Morsleben – Einblicke in die Tiefen eines Endlagers

Morsleben-Netzwerk | Karl-Schmidt-Str. 4 | 39104 Magdeburg | 01 62-860 89 49 | kontakt@morsleben-stillegung.de | www.morsleben-stillegung.de

Übersicht zur Dia-Show

I. kurze Einführung

II. wie Morsleben zum Endlager wurde

III. Einlagerungen – was da so alles liegt

IV. sicher ist's, wenn mensch dran glaubt

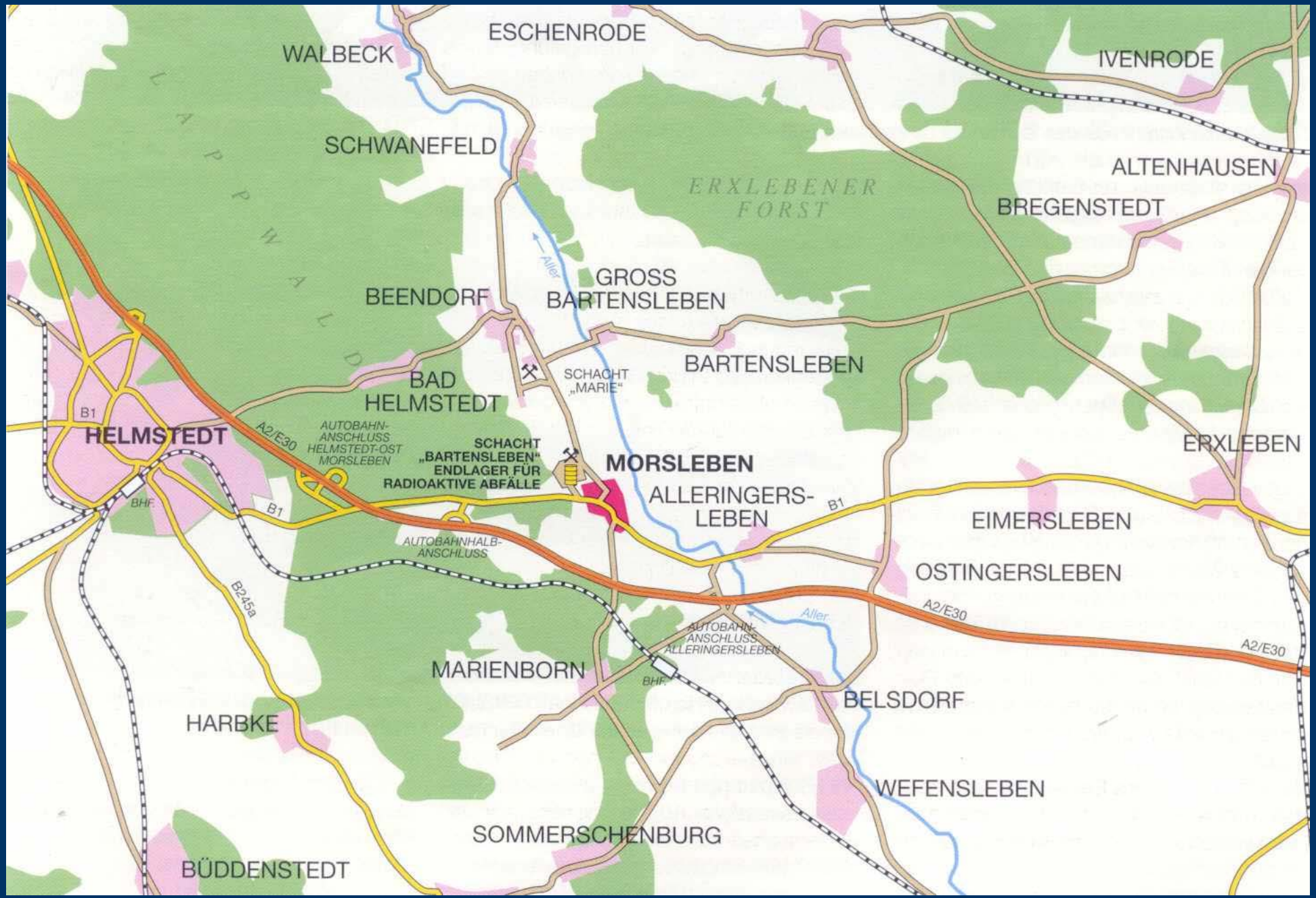
V. Widerstand: dem Endlager die Suppe versalzen

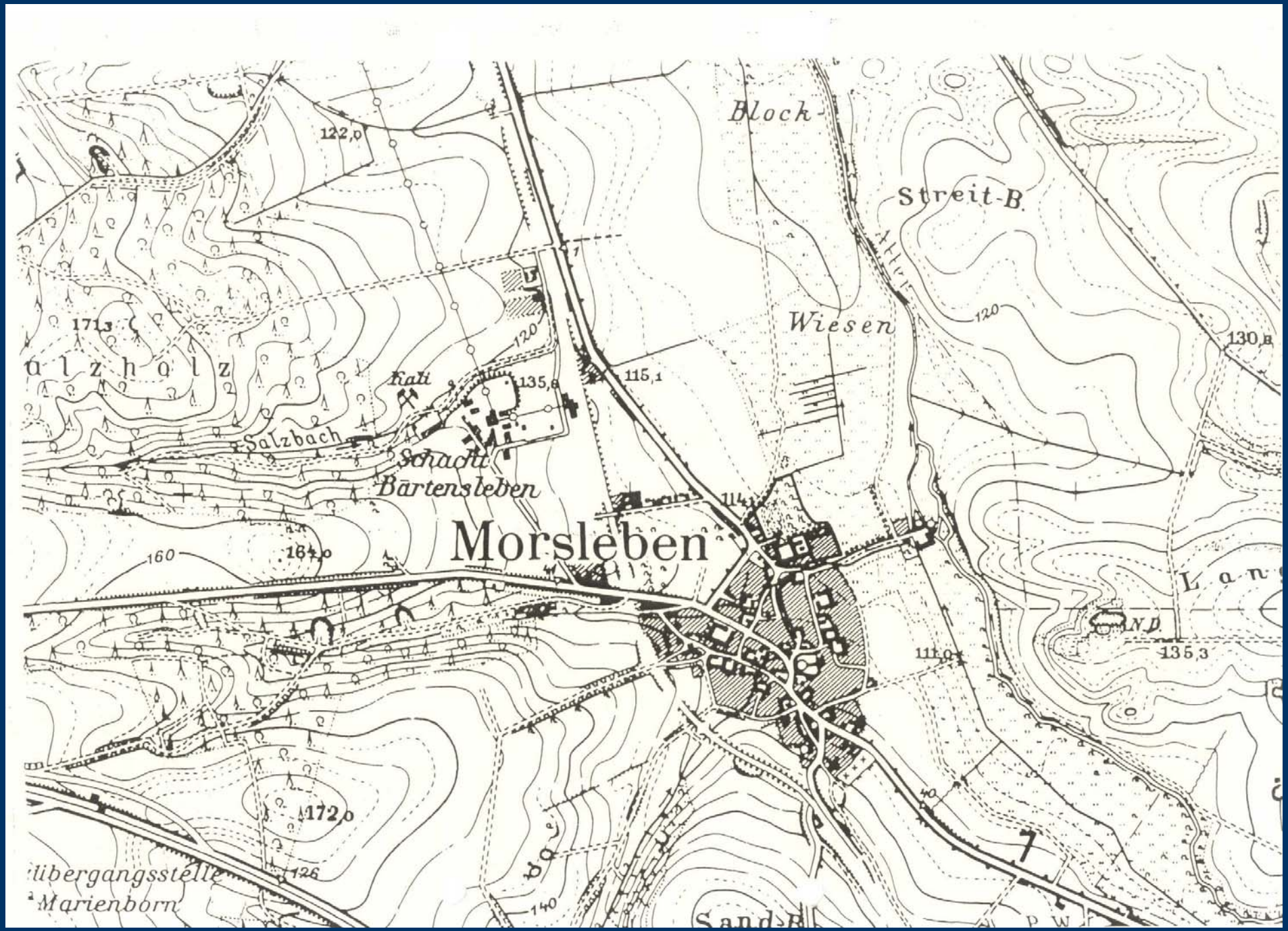
VI. Stillegung – aber wie?

VII. was tun?

kurze Einführung

Rostock
Hamburg
Berlin
Morsleben
Hannover
Leipzig
Bundesrepublik
Bonn
Frankfurt
Deutschland
München


ESCHENRODE
WALBECK
IVENRODE
SCHWANEFELD
ERXLEBENER FORST
ALTENHAUSEN
BREGENSTEDT
Aller
GROSS BARTENSLEBEN
BEENDORF
BARTENSLEBEN
SCHACHT „MARIE“
BAD HELMSTEDT
B1
HELMSTEDT
A2/E30
AUTOBAHN-ANSCHLUSS HELMSTEDT-OST MORSLEBEN
SCHACHT „BARTENSLEBEN“ ENDLAGER FÜR RADIOAKTIVE ABFÄLLE
MORSLEBEN
ERXLEBEN
BHF.
B1
ALLERINGERS-LEBEN
B1
EIMERSLEBEN
AUTOBAHNHALB-ANSCHLUSS
OSTINGERSLEBEN
B245a
A2/E30
Aller
AUTOBAHN-ANSCHLUSS ALLERINGERSLEBEN
A2/E30
MARIENBORN
BHF.
BELSDORF
HARBKE
WEFENSLEBEN
SOMMERSCHENBURG
BÜDDENSTEDT


Block-
Streit-B.
Wiesen
Salzbach
Kali
Schacht
Bartensleben
Morsleben
122,0
171,3
135,6
115,1
130,8
164,0
160
172,0
135,3
111,0
120
140
126
Marienborn

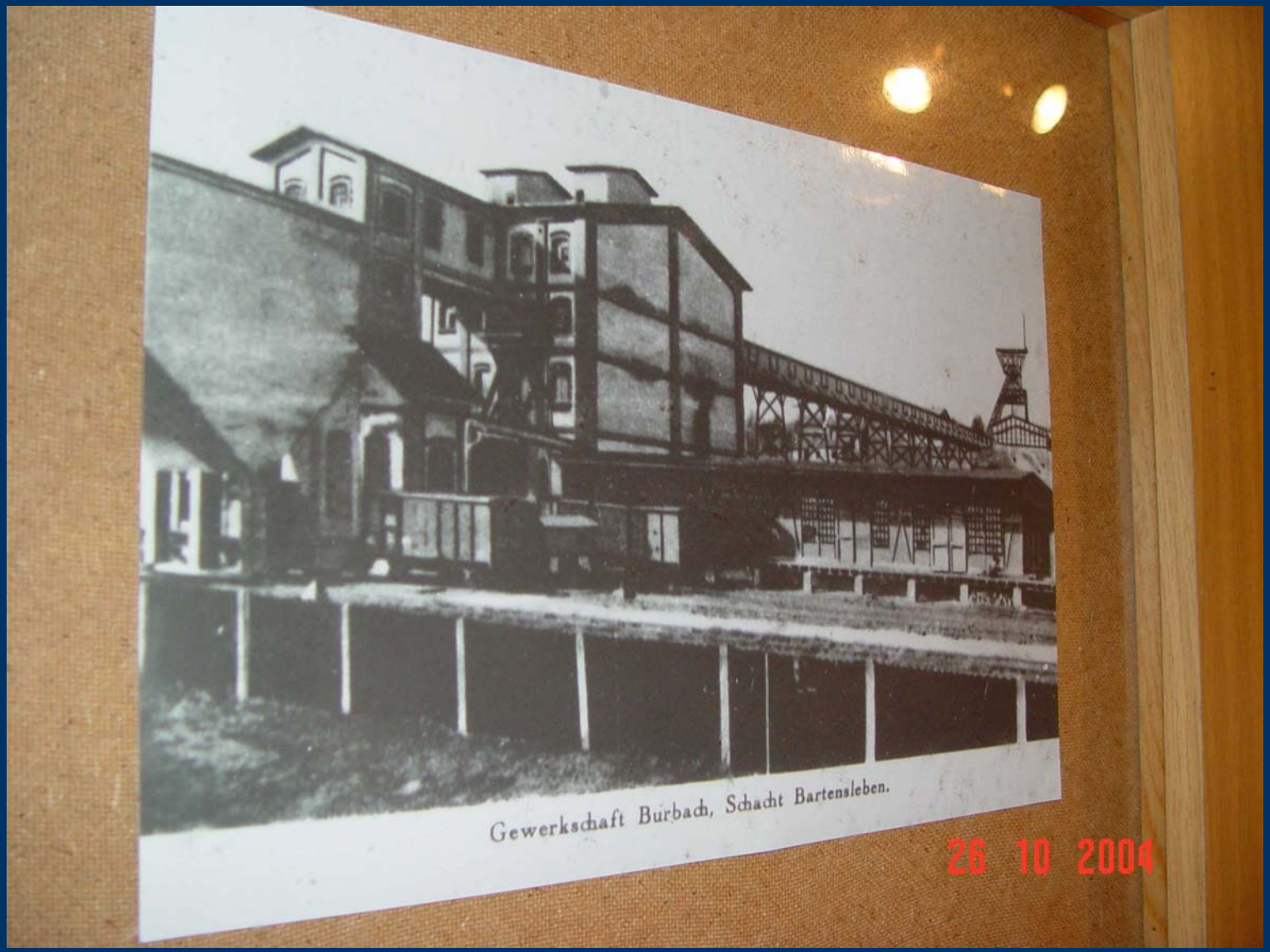
26 10 2004

STOP
20

wie Morsleben zum Endlager wurde

- Vergangenheit der Schachtanlage
- Energiepolitik der DDR
- Standortsuche / Genehmigungen
- Aus- und Umbau der unter- und oberirdischen Anlagen

Vergangenheit der Schachtanlage



Berliner Illustrierte Zeitung, 31. August 1944 (Bundesarchiv)

Unauffindbar — unangreifbar

RÜSTUNG unter TAGE

Sonderbericht für die „Berliner Illustrierte Zeitung" von Kriegsberichter Bernd Lohse

Das war der Urzustand.

Ein weitläufiges System von zerklüfteten Stollen und Grotten — das war das Bild, das sich den Ingenieuren und Arbeitern bei ihrem Einzug in die neue Produktionsstätte unter Tage bot.

Geräumig und hell

... sieht es schon nach wenigen Tagen aus. Durch Sprengungen wurden große Säle — in den Felswänden zwischen Fabrikhalle über Tage ebenbürtig — gewonnen. Der Boden ist asphaltiert. Die Beleuchtungskörper werden von einer eigenen Kraftanlage gespeist.

Licht und Luft für den Berg.

Ein Netz Kilometer langen Netz von Leitungen und Rohren mußte gelegt werden, um allen Räumen des unterirdischen Rüstungsbetriebes elektrische Energie und Preßluft zuzuführen.

Die „Fingerspitzenprobe".

„Es schmeckt nach Salz", stellt die junge Arbeiterin fest, als sie zum erstenmal ihre neue Arbeitsstätte, den unterirdischen Rüstungsbetrieb, betritt.

Direktionsbüro ohne Polstertüren.

Für „Papierkrieg" ist unter Tage „schlechte Luft". Über Stock hinweg technischen Komfort hat die Direktionsabteilung unter Tage. Im übrigen sprechen die Arbeitsverhältnissen ihre Tätigkeit aufgeschlossen.

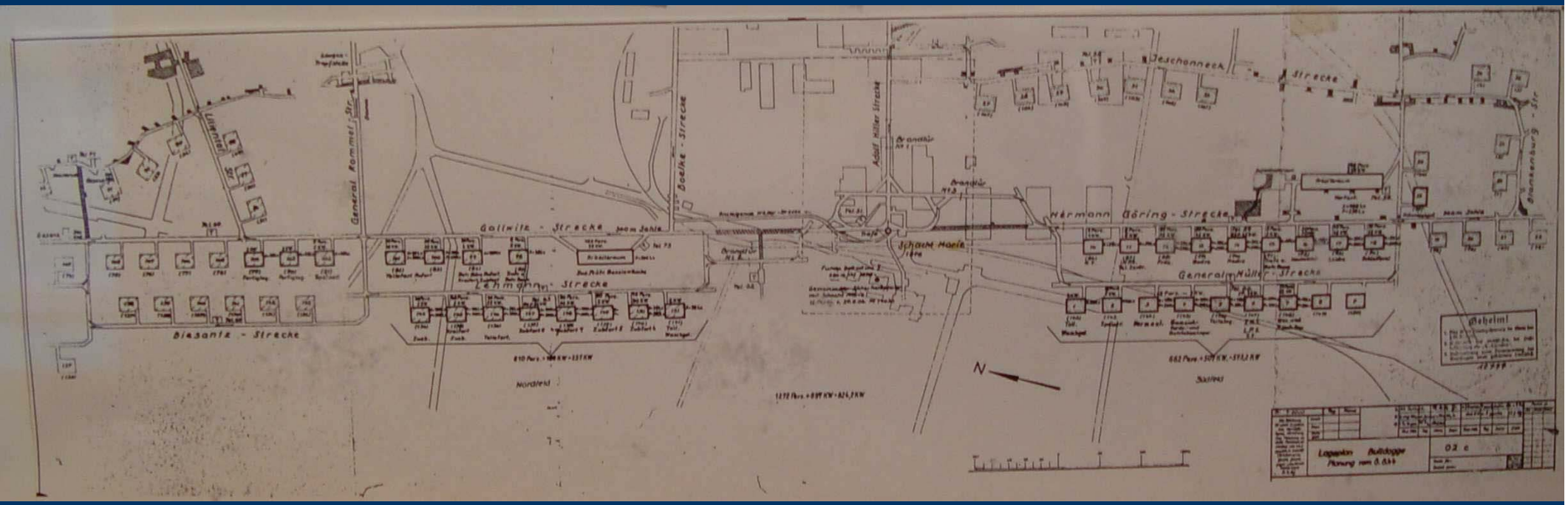
Die Fertigung ist angelaufen.

Hunderte von Maschinen haben in einem Saal des unterirdischen Betriebes Platz gefunden. Kein Alarm, keine Bombe kann die Arbeit stören. Die Anwendung des Bombenzentners [illegible] sorgfältig unter die Erde zu verlegen, hat wesentlich dazu beigetragen, daß die deutsche Rüstung trotz des Bombenterrors stetig steigende Leistungen aufweist.

Alles unter einem — dem sicheren „[illegible]"!

Die verschiedensten Abteilungen des Betriebes haben in den weitverzweigten Kavernen ihre Stollen gefunden; die enge Taktfolge ist für die Zusammenarbeit der einzelnen Betriebszweige von Vorteil. Alle „Probleme" des Aufenthalts in der Erdtiefe wie etwa gute Belüftung und Heizung, hat die Technik restlos gelöst. „Hier können wir völlig ungestört arbeiten", schätzen die Ingenieure. Nicht nur die Fertigung, auch die Entwicklung wichtiger Waffen vollzieht sich hier in 300 Metern Tiefe. Nach [illegible] Rückkehr über Tag kommen die Gefolgschaftsangehörigen schnell an ihre unterirdischen Arbeitsplätze, getragen von [illegible] Sonderzüge leisten sie hier einen unterbrechbaren Beitrag für die deutsche Rüstung.

26 10 2004

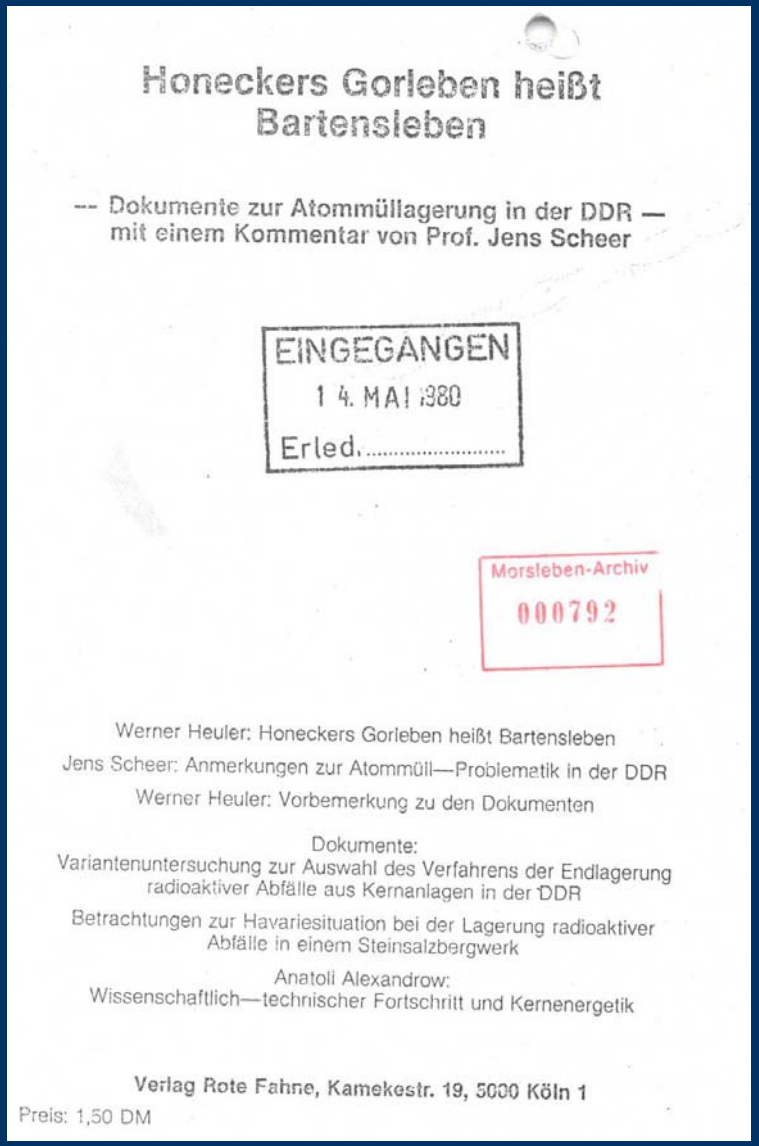

Jeschonneck - Strecke
Hermann Göring - Strecke
General Müller - Strecke
Gallwitz - Strecke
Lehmann - Strecke
Biesantz - Strecke
Boelke - Strecke
Adolf Hitler Strecke
Schacht Marie
Nordfeld
Südfeld
N
Geheim!

26 10 2004

SS-Lagerführer Gerhard Poppenhagen (Berlin Document Center)
SS-Blockführer Anton Brunken (Berlin Document Center)
26 10 2004

KZ - Gedenkstätte Beendorf
Die Luftmunitionsanstalt Beendorf
26 10 2004

Energiepolitik der DDR



Honeckers Gorleben heißt Bartensleben

-- Dokumente zur Atommüllagerung in der DDR — mit einem Kommentar von Prof. Jens Scheer

EINGEGANGEN
14. MAI 1980
Erled. .....

Morsleben-Archiv
000792

Werner Heuler: Honeckers Gorleben heißt Bartensleben

Jens Scheer: Anmerkungen zur Atommüll—Problematik in der DDR

Werner Heuler: Vorbemerkung zu den Dokumenten

Dokumente:
Variantenuntersuchung zur Auswahl des Verfahrens der Endlagerung radioaktiver Abfälle aus Kernanlagen in der DDR

Betrachtungen zur Havariesituation bei der Lagerung radioaktiver Abfälle in einem Steinsalzbergwerk

Anatoli Alexandrow:
Wissenschaftlich—technischer Fortschritt und Kernenergetik

Verlag Rote Fahne, Kamekestr. 19, 5000 Köln 1

Preis: 1,50 DM

An Dr. Ri, Dr. Blü, Dr. Kö, Dr. Schi., Hollinger ü. 22/2.

Rö 16/2

Morsleben-Archiv
001031

INSTITUT FÜR KRAFTWERKE

Wissensch.-techn. Zentrum der VVB Kraftwerke
BT Berlin: 110 Berlin, Ötztaler
Tel.: 48 0306

keine Vereinb.!

Staatliche Zentrale für
Strahlenschutz der DDR
15. FEB. 1968
Tg.-Nr. 22

INSTITUT FÜR KRAFTWERKE - 7544 VETSCHAU

583

An den
Leiter d.Staatl.Zentrale für
Strahlenschutz
Herrn MR Dr. Sitzlack

1162 Berlin
Müggelseedamm 336

7544 VETSCHAU
Bezirk Cottbus

Ihre Zeichen	Ihre Nachricht vom	Unsere Zeichen	Bearbeiter	Datum
		T4-Dr.W/Ja		7.2.1968

Betreff:

Sehr geehrter Herr Medizinalrat Dr. Sitzlack!

Entsprechend der vom Zentralen Arbeitskreis Kernenergetik ausgearbeiteten Prognose wird in der DDR voraussichtlich ab 1975 der Zuwachs in der Elektroenergieerzeugung durch Kernkraftwerke gedeckt. Hierfür ist ein umfangreiches Kernenergieprogramm vorgesehen. Einzelheiten dieses Programmes sind in der Anlage aufgeführt.

Beim Betrieb der Kernkraftwerke sowie bei der Herstellung, Wiederaufarbeitung, Refabrikation und Transport des Kernbrennstoffes sind große Mengen radioaktiver Materialien zu bearbeiten, zu transportieren und zu lagern.
Wir bitten Sie in diesem Zusammenhang, bei den in der SZS durchzuführenden prognostischen Untersuchungen über die Strahlenbelastung der Bevölkerung in der DDR und über die Freisetzung radioaktiver Stoffe auf dem Territorium der DDR, das Kernenergieprogramm mit allen seinen Anlagen zu berücksichtigen und die in Zukunft an diese Anlagen zu stellenden Forderungen unter Berücksichtigung des maximal zumutbaren Risikos infolge der Strahlenbelastungen der Bevölkerung in der DDR auszuarbeiten.

Dazu sind gemeinsam Methoden zu erarbeiten, die es gestatten, die Strahlenbelastung in der Umgebung der Kernkraftwerke, der Anlagen des Kernbrennstoffzyklus, der Transportmittel und der Lagerstätten für radioaktives Material, infolge der Abgabe von Aktivität in gas-

-2-

Übergeordnetes Organ: VVB Kraftwerke | Fernruf: 525, 526, 630, 631 | Fernschreiber: 017-274 | Drahtwort: IfK Vetschau | Bankkonto: Deutsche Notenbank Cottbus Konto 1082 Bank-Kenn-Nummer 106050

KOPIE AUS DEM BUNDESARCHIV

BArchB DF 10 Nr. 257

Ablage

Wissensch.-theor.Bereich

Morsleben-Archiv
001032

An den
Generaldirektor der VVB Kali
Herrn Dr. Rödiger

5o1 E r f u r t
Klement-Gottwald-Str. 28

169/67 Prof.Dr.Bu/Ri. 29.8.1967

Betr.: Nutzung der Grube Schönebeck zur Endbeseitigung radioaktiver Abfälle
Bezug: Ihr Schreiben vom 22.6.1967

Sehr geehrter Herr Generaldirektor!

Ihr freundliches Angebot, die Grube Schönebeck für die Endbeseitigung radioaktiver Abfälle zu nutzen, habe ich prüfen lassen. Leider kann ich Ihnen infolge der Urlaubszeit erst heute antworten. Der Inhalt dieses Schreibens wurde Ihrem Herrn Dr. Fulda am 7.8.1967 fernmündlich mitgeteilt.

Wie Ihnen bekannt ist, werden gegenwärtig in Zusammenhang mit der perspektivischen Entwicklung der Kernenergie, verschiedene Varianten der Beseitigung radioaktiver Abfälle untersucht. Nach wie vor besteht für die Nutzung von Hohlräumen in Salzformationen - wie dies auch der neueren internationalen Entwicklungstendenz entspricht - seitens der Staatlichen Zentrale für Strahlenschutz der DDR das stärkste Interesse.

Sie werden jedoch verstehen, daß eine Entscheidung über Art und Ort einer solchen Abfallbeseitigungsstätte, die das Problem der Beseitigung radioaktiver Abfälle aller Kategorien, darunter hochaktiver Abfälle aus der Kernbrennstoffaufbereitung, über Jahrzehnte lösen soll, nur in Verbindung mit den nicht in unserer Kompetenz liegenden Festlegungen über die weitere Entwicklung der Kernenergie in der DDR - also nicht kurzfristig - möglich ist.
Die Grube Schönebeck besitzt auf Grund ihrer Größe sowie Hohlraumart und -anordnung eine Reihe von günstigen Voraussetzungen. Für die Nutzung dieser

KOPIE AUS DEM BUNDESARCHIV

BArchB DF 10 Nr. 257

A. 564

Morsleben-Archiv
001034

Ministerium für Grundstoffindustrie
Genossen Minister S i e b o l d

103 B e r l i n
Leipziger Str.5-6

Berlin, den 1.8.1969

Sehr geehrter Genosse Minister !

Mit Schreiben vom 29.7.69 haben Sie zu der "Konzeption zur Beseitigung radioaktiver Abprodukte aus Kernanlagen der DDR" Stellung genommen.

Diese Konzeption wurde von der Staatlichen Zentrale für Strahlenschutz unter Mitarbeit der VVB Kraftwerke, des Institutes für Kraftwerke, der VVB Kali, des ZFK Rossendorf, des Deutschen Brennstoffinstitutes Freiberg u.a. Institutionen erarbeitet und mit dem Forschungsleitgremium Kernenergetik unter Hinzuziehung des Staatssekretariates für Geologie und des Amtes für Wasserwirtschaft beraten und von diesem Kreise befürwortet.

Bei der Beseitigung radioaktiver Abprodukte aus Kernanlagen geht es um den optimalen Schutz des Menschen und der Biosphäre vor der Einwirkung ionisierender Strahlung unter Beachtung der volkswirtschaftlich zweckmäßigsten Methoden.
Auf Grund der bisher durchgeführten Untersuchungen und Beratungen muss das in der Konzeption vorgesehene Verfahren der zentralen Endlagerung fester radioaktiver Abprodukte niedriger bis hoher Aktivität in Hohlräumen von Salzformationen als zweckmäßigstes Verfahren angesehen werden.
Diese Grundsatzfeststellung kann eindeutig getroffen werden; sie ist unabhängig von selbstverständlich noch notwendigen technologischen

KOPIE AUS DEM BUNDESARCHIV

BArchB DF 10 Nr. 257

Standortsuche / Genehmigungen

BArchB DF 10 Nr. 257

MINISTERRAT
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
MINISTERIUM FÜR GRUNDSTOFFINDUSTRIE
DER MINISTER

a 30.7.

108 Berlin, den 29. Juli 1969
Leipziger Straße 5-7
Telefon 232 4438
1760/165

Leiter
der Staatlichen Zentrale
für Strahlenschutz
Genossen Dr. Sitzlack

1162 B e r l i n
Müggelseedamm 336

Morsleben-Archiv
001033

Werter Genosse Dr. Sitzlack!

Den Entwurf der Konzeption "Beseitigung radioaktiver Abprodukte aus Kernanlagen der DDR" habe ich erhalten und geprüft. In Übereinstimmung mit den Ergebnissen der Beratung dieses Entwurfs durch das Forschungsleitgremium Kernenergetik komme ich zu der Auffassung, daß die bisher durchgeführten Untersuchungen noch nicht ausreichen, um eine Entscheidung über die volkswirtschaftlich zweckmäßigste Methode der Beseitigung radioaktiver Abprodukte im Zeitraum bis 2000 zu treffen. Ich stimme mit der Konzeption dahingehend überein, daß zur Vorbereitung einer endgültigen Entscheidung noch umfangreiche Forschungsarbeiten, wie sie in der Konzeption dargestellt sind, notwendig werden. Ihrem Schreiben vom 30.6.1969 entnehme ich, daß die Steinsalzgrube Bartensleben als späteres Endlager für radioaktive Abfälle vor allem vom Standpunkt der Sicherheit günstige Voraussetzungen bietet und gleichzeitig gestattet, mit einem ausreichenden Vorlauf das Forschungsprogramm durchzuführen. Aus diesem Grunde stimme ich mit Ihnen überein, die Grube Bartensleben zu erhalten und die Forschung zur Endbeseitigung radioaktiver Abfälle auf dieses Objekt zu konzentrieren.

KOPIE AUS DEM BUNDESARCHIV

Morsleben-Netzwerk | Karl-Schmidt-Str. 4 | 39104 Magdeburg | 01 62-860 89 49 | kontakt@morsleben-stillegung.de | www.morsleben-stillegung.de

20

448/4.3.71 bi

MINISTERRAT
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
MINISTERIUM FÜR NATIONALE VERTEIDIGUNG

- 9. 1. 71

Postanschrift: MfNV 126 Postschließfach-Nr.: 2024

VEB Kernkraftwerk

1955 Rheinsberg

-4. MRZ. 1971
Eing. 03501
WT
WTE
8.3.

Ihre Zeichen | Ihre Nachricht vom | Unsere Nachricht vom Tgb.-Nr.: 4/129 | Unser Zeichen /71 | 02.03 | den 71

Betreff: Errichtung eines zentralen Endlagers für radioaktive Abfallprodukte

Auf der Grundlage der am 18. 02. 1971 mit Ihren Vertretern geführten Beratung wird dem Standort des zentralen Endlagers für radioaktive Abfallprodukte BARTENSLEBEN bei Einhaltung nachstehender Forderungen zugestimmt.

1. Die durch das Ministerium des Innern und die örtlichen Organe zur Gewährleistung der Sicherheit im Grenzgebiet erteilten Auflagen sind einzuhalten.

2. Eine Ausdehnung der Schachtanlagen in westliche Richtung ist nicht vorzunehmen.

Butzlaff
Oberst

Morsleben-Archiv
001099

Fernruf:
Sammel-Nr.: Apparat-Nr.: Postleitzahl

VA 33 685 – Ag 117/II-1/69 – 143

Anlage 1

lfd. Nr. 4.1/86

Eingegangen
12 MAI 1986
2803

STAATLICHES AMT FÜR ATOMSICHERHEIT UND STRAHLENSCHUTZ

beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik

Der Präsident

gelöscht

Vertrauliche Dienstsache

Nachw. Ist Bereich	Lfd.-Nr.	Jahr	Ausf.-Nr.	Blatt
SAAS				
B4	10	86	6.	A-49

Dr.-Ing. Ebel
Direktor

Genehmigung

zum Dauerbetrieb des Endlagers für radioaktive Abfälle

Auf Grund des Antrages vom 23. September 1985 wird gemäß § 7 des Gesetzes vom 08. Dezember 1983 über die Anwendung der Atomenergie und den Schutz vor ihren Gefahren - Atomenergiegesetz - (GBl. I Nr. 34 S. 325) in Verbindung mit

- § 4 Abs. 3 und 4 der Verordnung vom 11. Oktober 1984 über die Gewährleistung von Atomsicherheit und Strahlenschutz - VOAS - (GBl. I Nr. 30 S. 341),
- § 7 der Anordnung vom 21. Juni 1979 über die Erteilung der Strahlenschutzgenehmigung für Kernanlagen - Kernanlagen-Genehmigungsanordnung - (GBl. I Nr. 21 S. 198),
- der Anordnung vom 25. Februar 1986 über die zentrale Erfassung und Endlagerung radioaktiver Abfälle (GBl. I Nr. 13 S. 182),
- der Anordnung vom 12. April 1978 über den Transport radioaktiver Stoffe - ATRS - (GBl. Sdr. Nr. 953) sowie
- § 5 der Anordnung vom 07. April 1982 über den physischen Schutz von Kernmaterial und Kernanlagen - APS - (GBl. I Nr. 21 S. 410) in Verbindung mit der dazugehörenden Ordnung vom 07. April 1982 (Mitteilungen des Staatlichen Amtes für Atomsicherheit und Strahlenschutz Nr. 2A, 1982)

dem

VE Kombinat Kernkraftwerke "Bruno Leuschner" Greifswald
BT Endlager für radioaktive Abfälle

3241 Morsleben

mit Wirkung vom 22.04.1986

die Genehmigung zum Dauerbetrieb für die Erfassung und Endlagerung niedrig- bis mittelradioaktiver Abfälle erteilt.

Der Genehmigung liegen die in Anlage 1 aufgeführten Dokumentationen und bisher vom SAAS ausgestellten Zustimmungen zu den einzelnen Stufen des Genehmigungsverfahrens für die Kernanlage zu Grunde.

Morsleben-Archiv
000609

Abschrift

VD MKE/EW 374/77

Ministerium für Kohle und Energie
Abteilung Elektroenergie/Wärme

Berlin, 24. 10. 1977

BStU 000247

A r g u m e n t a t i o n

für Anfragen aus der Bevölkerung im Zusammenhang mit der Durchführung von regelmäßigen Transporten mit radioaktivem Abfall zum Endlager für radioaktive Abfälle

Nach umfangreichen Forschungs- und Entwicklungsarbeiten und der Schaffung der erforderlichen materiell-technischen Voraussetzungen wird 1978 beginnend die zentrale Einlagerung schwach radioaktiver Abfälle in den Bezirk Magdeburg verlagert, nachdem diese bisher im Bezirk Dresden erfolgte.

Bedingt durch günstige geologische Voraussetzungen wird eine sichere unterirdische Einlagerung der radioaktiven Abfälle durchgeführt, die eine endgültige Isolierung dieser Abfälle von der Umgebung gewährleistet.
Der Versuchsbedrieb im Endlager beginnt im Oktober 1977 mit Transporten ohne radioaktive Abfälle.
Nach Bestätigung der Funktionssicherheit des Systems wird im Jahre 1978 der regelmäßige Transport schwach radioaktiver Abfälle aufgenommen.

Die radioaktiven Abfälle werden vorschriftsmäßig gekennzeichnet, anfangs nur vom VEB KKW "Bruno Leuschner" Greifswald und später aus dem gesamten Territorium der DDR, auf den öffentlichen Verkehrswegen zur Endlagerung überführt.

Das ist international und national üblich, Transport mit radioaktiven Stoffen auf den öffentlichen Verkehrswegen durchzuführen. Es ist gesichert, daß mit derartigen Transporten keinerlei Strahlengefährdungen für die Bevölkerung oder anderer Personen auftreten. Die Verpackung sichert einen dichten Einschluß der schwach radioaktiven Stoffe und eine Abschwächung der Strahlung auf die staatlich festgelegten und damit unschädlichen Werte bereits an der Oberfläche der Transportbehälter.

Die Verpackung erfüllt die gesetzlichen Anforderungen des Staatlichen Amtes für Atomsicherheit und Strahlenschutz der DDR. Alle erforderlichen Genehmigungen der staatlichen Organe liegen vor.
Die Transportdurchführung erfolgt auf der Basis der Transportordnung Gefährliche Güter (TOG) und der Anordnung über den Transport von radioaktiven Stoffen (ATRS).
Alle internationalen Vorschriften werden eingehalten. Die Sicherheit wurde durch technische und organisatorische Maßnahmen, gemessen am internationalen Stand, weiter erhöht. Die Konstruktion der Transporteinrichtungen gewährleistet auch bei üblichen Verkehrsunfällen im Straßenverkehr, an denen Transportfahrzeuge mit radioaktivem Abfall beteiligt sind, einen sicheren Einschluß der radioaktiven Abfälle. Es wurden für alle außergewöhnlichen Ereignisse Maßnahmen festgelegt, die durch das Transportbegleitpersonal zu veranlassen sind, um Auswirkungen auf die Umgebung zu minimieren und schnellstmöglich zu beseitigen.

BdRd.A.
Klenz

Morsleben-Archiv
000006

BStU, Bezirksverwaltung Magdeburg, Abt. VIII, Nr. 1014, S. 000247

BArchB DF 10 Nr. 121

MINISTERRAT
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
MINISTERIUM FÜR NATIONALE VERTEIDIGUNG

E - 955
23.10.70

Postanschrift: MfNV Strbg. Postschließfach-Nr. 2059

Staatliche Zentrale für Strahlenschutz
MR Prof. Dr. med. habil. Sitzlack

1162 Berlin-Friedrichshagen
Müggelseedamm 336

Morsleben-Archiv
001037

Ihre Zeichen	Ihre Nachricht vom	Unsere Nachricht vom	Unsere Zeichen	
				O.U., 21. 10.70 Tgb.-Nr. 1610/70

Betreff:

Sehr geehrter Genosse Professor!

Die Kennzeichnung der Transportmittel beim Transport radioaktiver Stoffe entsprechend ATRS steht in einigen Fällen im Widerspruch zu den militärischen Geheimhaltungsforderungen.
Ich bitte Sie daher, um eine entsprechende Ausnahmegenehmigung für derartige Transporte sowie um Hinweise, durch welche anderen zusätzlichen Sicherungsmaßnahmen eine Gefährdung durch diese Transporte zu vermeiden ist.
Bei einer Überarbeitung der bestehenden Vereinbarung sollte mit Ihrer Zustimmung eine derartige Regelung mit aufgenommen werden.

Mit sozialistischem Gruß

Heinz
Oberst

Bereich Med. bitte Gen. ... ausstellen. Abwicklung über Zentr. Sekt. I ...

26.10.70

Fernruf: Sammel-Nr.: Apparat-Nr.: Postleitzahl

NVA 33 605 Ag 117/II-1/68 – 1102

KOPIE AUS DEM BUNDESARCHIV

Morsleben-Archiv
001038

Entwurf

Ausnahmegenehmigung

Dem Ministerium für Nationale Verteidigung wird für die in der Anordnung über den Transport radioaktiver Stoffe - ATRS - vom 10. Juni 1967 (G.Bl. Sonderdruck Nr. 552) in § 15 getroffenen Festlegungen über die Kennzeichnung von Transporten radioaktiver Stoffe eine Ausnahmegenehmigung erteilt. Diese Ausnahmegenehmigung gilt für Transporte von umschlossenen Strahlungsquellen in Spezialcontainer-Fahrzeugen auf allen Straßen der DDR.
Durch die Ausnahmegenehmigung hervorgerufenen Transportgefährdungen und Strahlenbelastungen von Personen und Sachgütern sind durch anderweitige Vorkehrungen und Maßnahmen zu verhindern. Deshalb werden folgende Auflagen erteilt:

1. Bei Durchführung dieser Transporte sind die Straßen- und Witterungsverhältnisse und andere allgemeine Transportgefährdungen zu berücksichtigen.
2. Die Transporte sind in geschlossener Ladung durchzuführen.
3. Die Verpackungen haben denen der Verpackungstypen A und B zu entsprechen.
4. Jedes einzelne Versandstück ist zusätzlich mit einem Kennzeichen für Transportmittel gemäß Anlage 6 D zu kennzeichnen. Die Kennzeichnung der einzelnen Versandstücke hat dabei so zu erfolgen, daß sie nicht den gültigen Geheimhaltungsforderungen widerspricht.
5. Das Transportpersonal ist über die Besonderheiten des Transportes zu belehren.

Berlin, den 1.12.70

Prof. Dr.med.habil.Sitzlack

KOPIE AUS DEM BUNDESARCHIV

Aus- und Umbau der unter- und oberirdischen Anlagen

- 1. Bauphase ab 1972: Förderturm, Schachtröhre, Containerhalle, Werkstätten etc.
- Probleme beim Bau führten zu politischem Druck von ganz oben ("Staatsauftrag Kernergie"
- Nachbauten: spezielle Kanalisation, Einzäunung
- Bauten nach 1990: u.a. Wetterstation, Labor- und Polizeicontainer

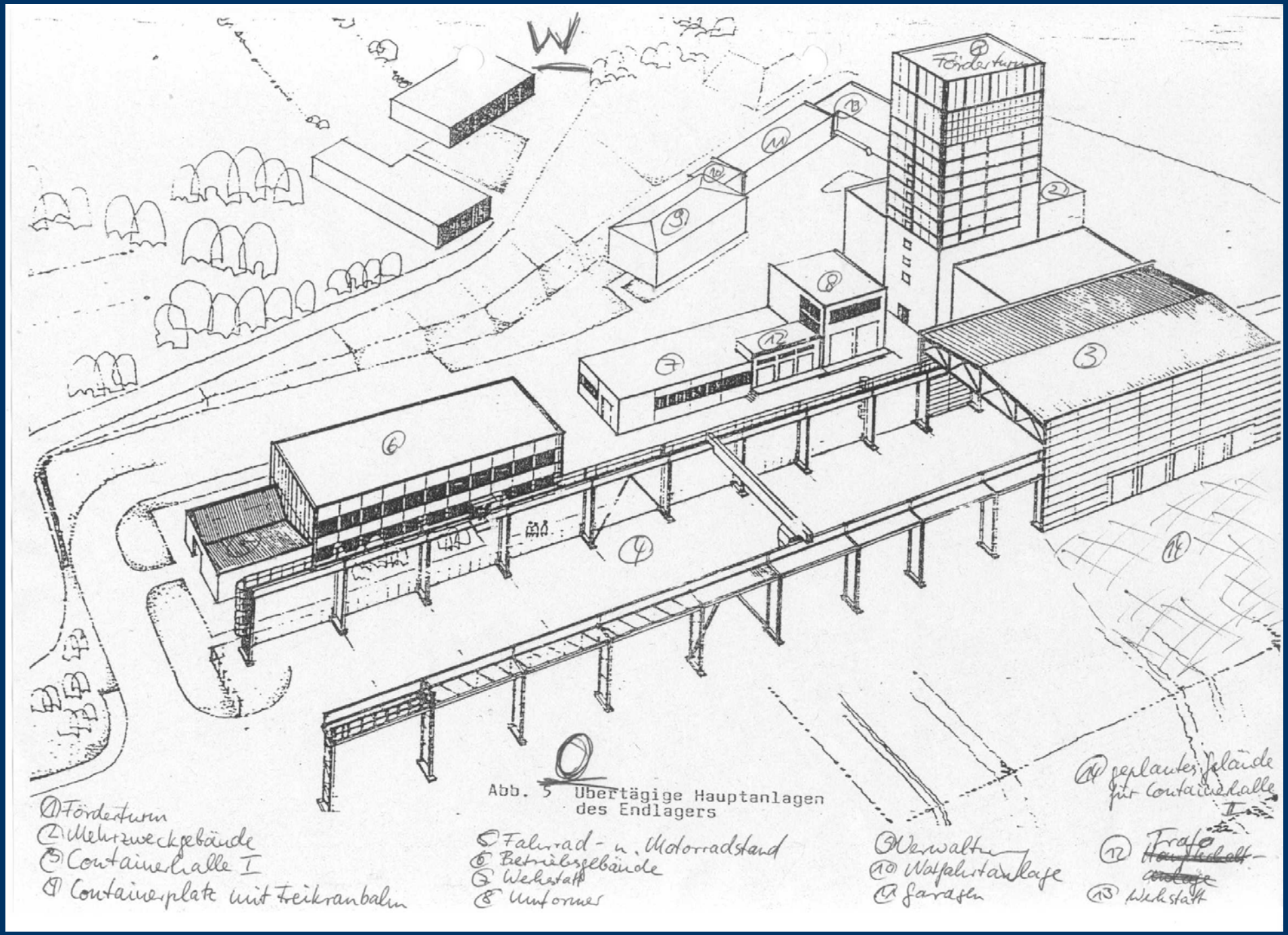
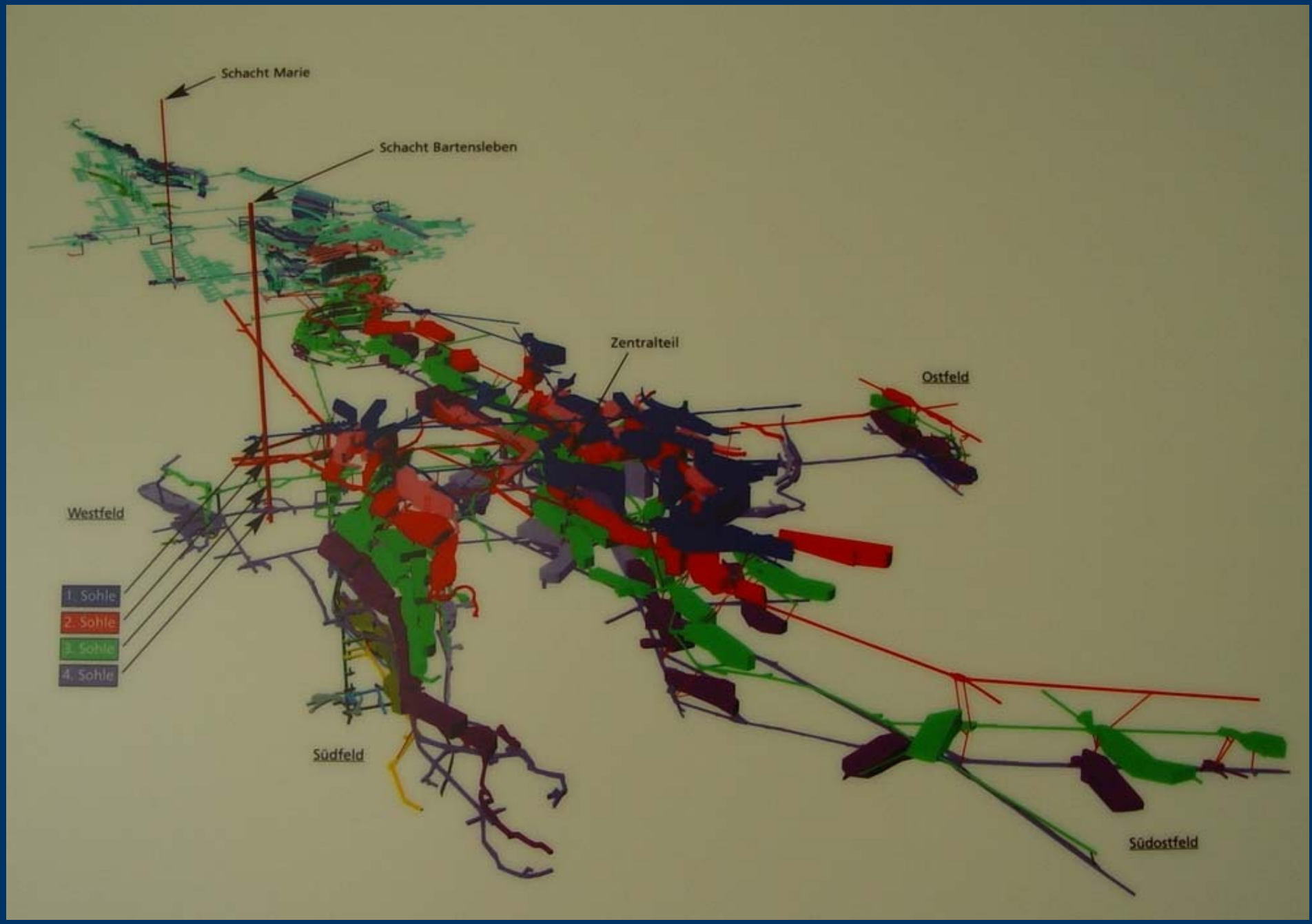
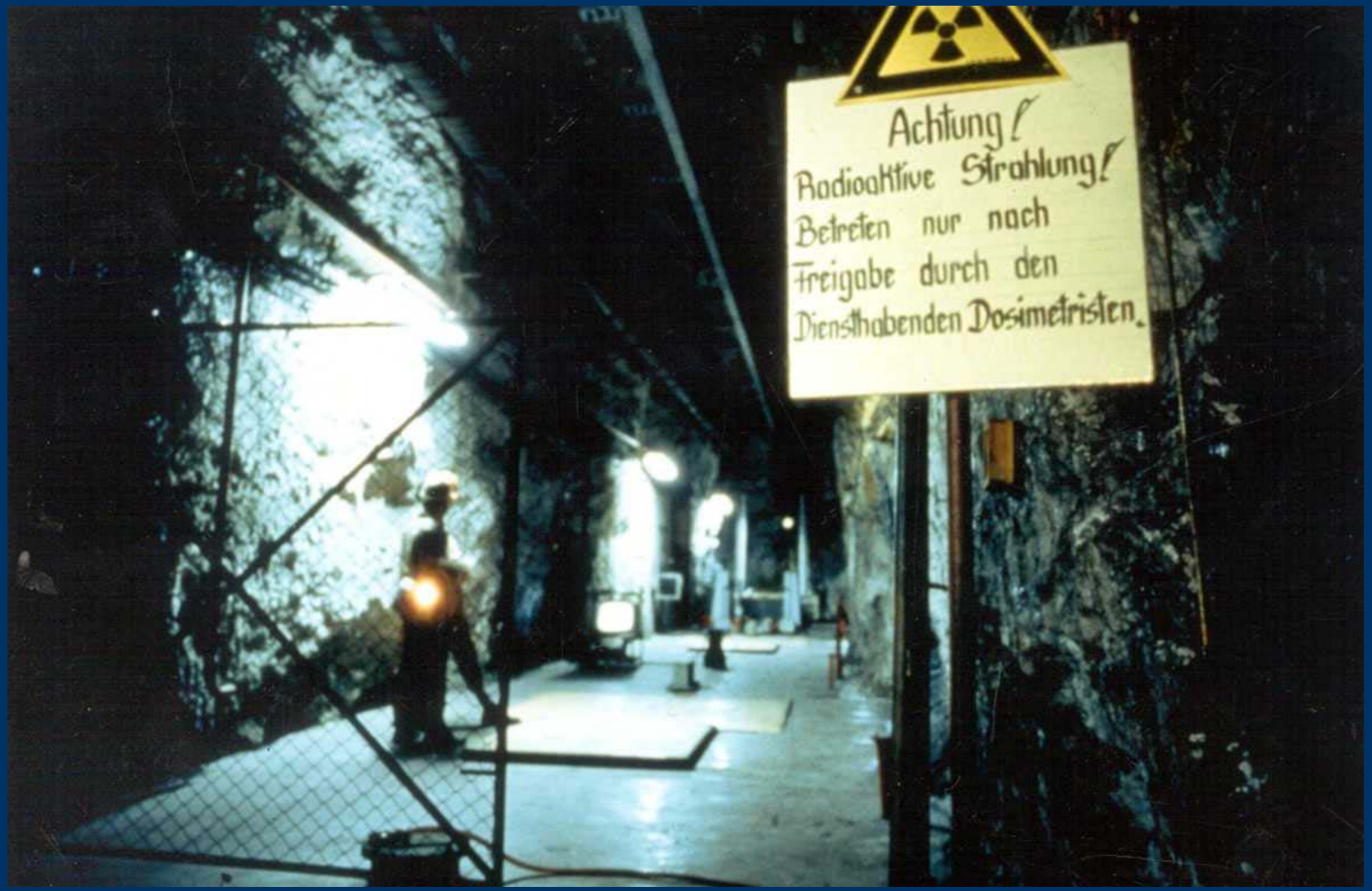


Abb. 5 Übertägige Hauptanlagen des Endlagers


Schacht Marie
Schacht Bartensleben
Zentralteil
Ostfeld
Westfeld
1. Sohle
2. Sohle
3. Sohle
4. Sohle
Südfeld
Südostfeld

Einlagerungen – was da so alles liegt



VEB KERNKRAFTWERKE GREIFSWALD - RHEINSBERG

Übergeordnetes Organ: VVB Kraftwerke

Zentrales Endlager Bartensleben 3241 Morsleben

VEB Kernkraftwerke Greifswald-Rheinsberg

Rat des Kreises Haldensleben
Abt. Inneres

324 Haldensleben

Rat des Kreises
Eingang: 1. DEZ. 1971
Nr. ... / ... Anl. ...

Ihre Zeichen	Ihre Nachricht vom	Unsere Nachricht vom	Unsere Zeichen	3241 Morsleben, den
			WZ-Lo/Hf.	1.12.1971

Morsleben-Archiv
001041

Betr.: ~~Vorzeitige~~ Endbeseitigung von radioaktiven Abfällen

Auf der Grundlage des Wirtschaftsvertrages zwischen dem VEB Kernkraftwerke Greifswald-Rheinsberg und der Staatlichen Zentrale für Strahlenschutz vom 27.10./5.11.1971 werden im Zentralen Endlager für radioaktive Abfälle, Grube Bartensleben in der Zeit vom 6.12.1971 bis 31.1.1972 500 m³ niedrigaktive radioaktive Abfällen (2500 Rollreifenfässer à 200 l) endbeseitigt.

Für diese Einlagerung wurde eine Technische Dokumentation erarbeitet. Es liegt eine Strahlenschutzgenehmigung der Staatlichen Zentrale für Strahlenschutz vor, die auch die Einhaltung der Strahlenschutzbestimmungen garantiert. Hierfür delegiert die SZS einen verantwortlichen Mitarbeiter und einen Dosimetristen in das Zentrale Endlager Bartensleben.

Der Transport wird vom VEB Kraftverkehr Pirna mit Lkw Typ W 50 und Hänger über Autobahn bis Abfahrt Eilsleben, F 1 durchgeführt. Montags bis freitags treffen zwischen 16,oo und 19,oo Uhr wechselnd 2 oder 3 Lkw ein und fahren dienstags bis sonnabends gegen 10,oo Uhr zurück. Die Fahrer und der Transportbegleiter der SZS übernachten wie das o.g. Strahlenschutzpersonal im Betriebsgelände des Zentralen Endlagers.

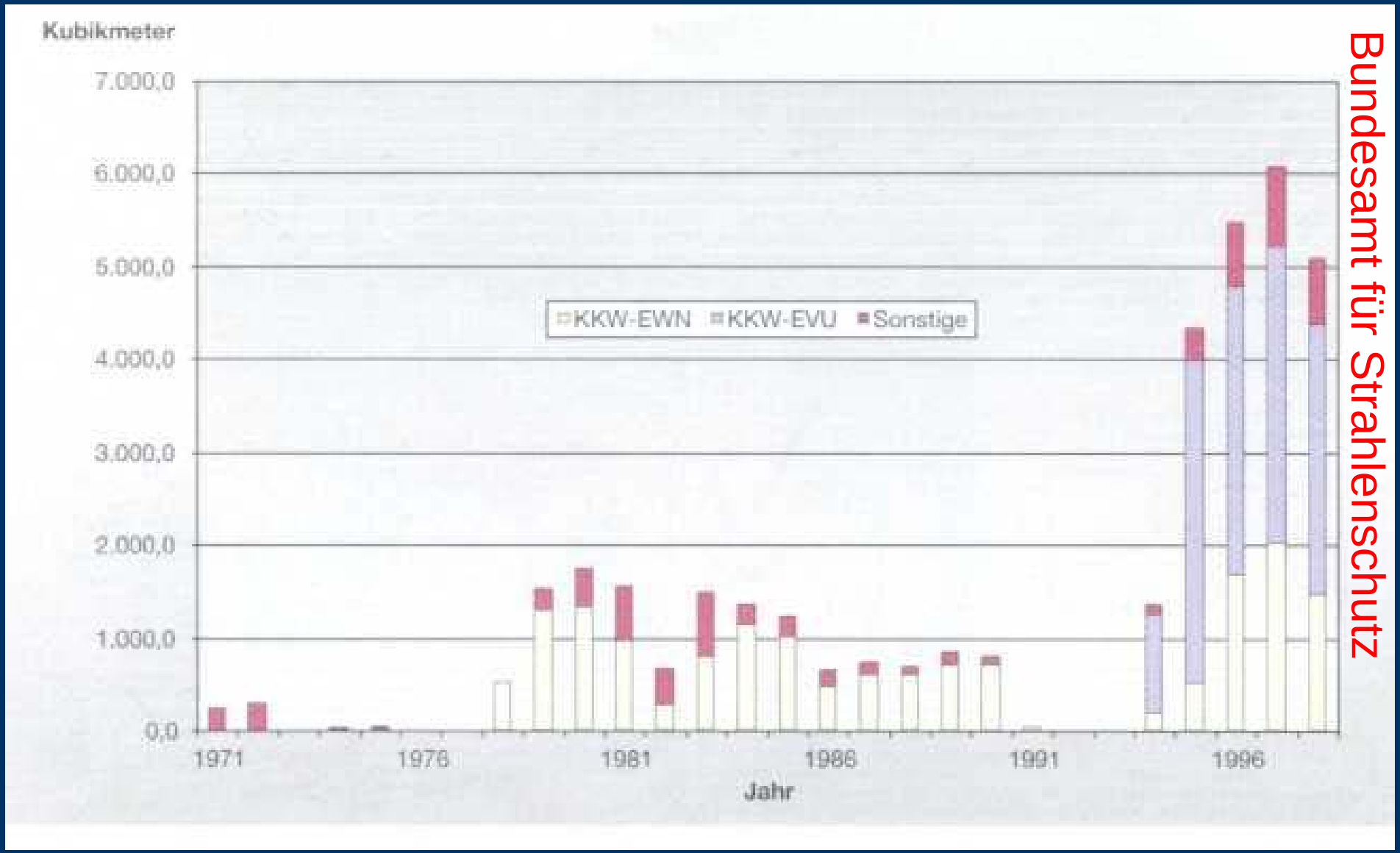
Alle eingesetzten Kollegen sind im Besitz von Passierscheinen für das Grenzgebiet, in denen auch die Kraftfahrzeuge vermerkt sind. Die Kollegen wurden über das Verhalten im Grenzgebiet belehrt. Eine namentliche Liste über die Kollegen, die sich vorübergehend im Grenzgebiet aufhalten, sowie über die eingesetzten Fahrzeuge (pol. Kennzeichen) reichen wir umgehend nach.

VEB Kernkraftwerke Greifswald-Rheinsberg
Zentrales Endlager Bartensleben

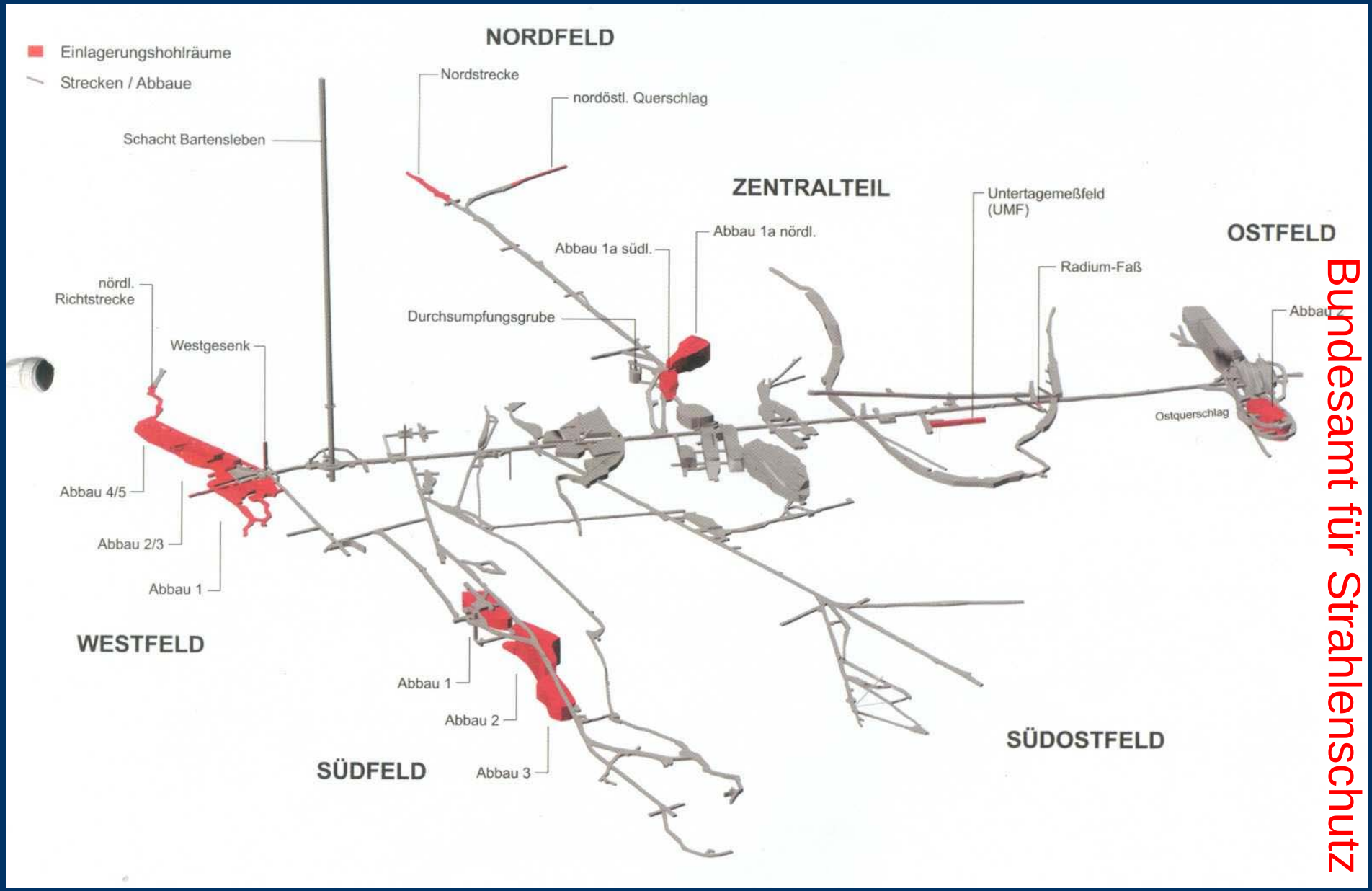
(Lotzwick)
Betriebsteilleiter

Sitz der Werkdirektion: Lubmin
Bankkonto: IHB Neuruppin 1931 - 15 - 1
Versandanschrift: 3241 Morsleben
Bahnstation: Marienborn
Telefon: Wefensleben 222
Telex: 08 347

II-5-15 CI 2-71 - 41



Bundesamt für Strahlenschutz



Bundesamt für Strahlenschutz

Befahrung ERAM – Bilder der Einlagerungsbereiche

30 8 2004

aktives Treppenhaus
30 8 2004

Signalordnung
1. Ausführungssignale
1 Schlag - Halt
2 Schläge - Auf
3 Schläge - Hängen
4+4 Schläge - Freigabe
2. Ankündigungssignale
4 Schläge - langsam fahren
5 Schläge - Seilfahrt
6 Schläge - Selbstfahrt
30 8 2004

30 8 2004

30
2004

30 6 2004

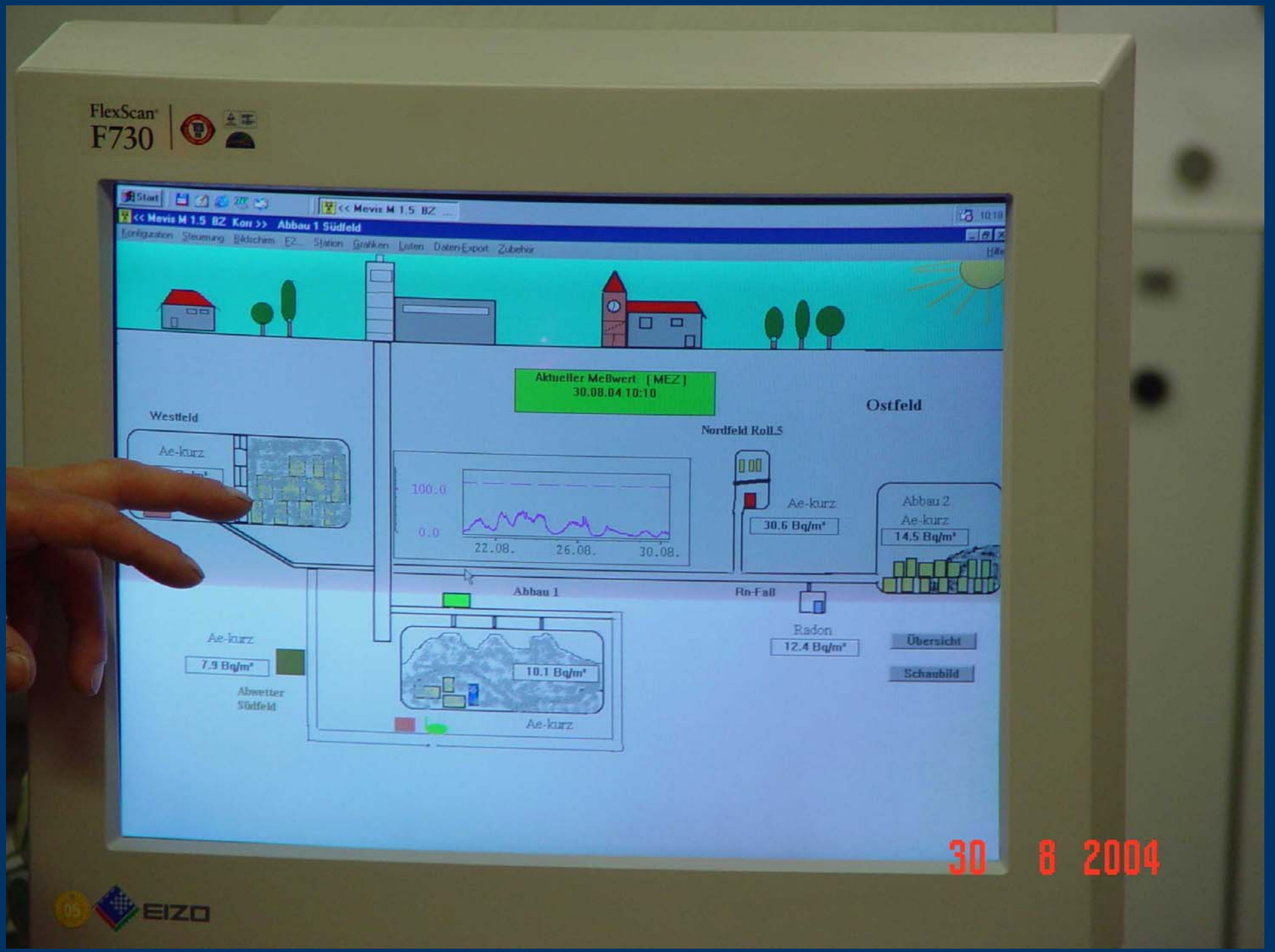
30 8 2004

Gefahrengruppe
II
Sperrbereich
Kein Zutritt
Vorsicht Strahlung
30 8 2004

Meßcontainer Strahle
Unbefugte kein Z
30 8 2004

BITTE NICHT ÖFFNEN !
LANGZEITMESSUNG
BITTE NICHT ÖFFNEN !
LANGZEITMESSUNG
CANBERR
30 8 2004

berthold LB 770
W-LEVEL COUNTER
30 8 2004


FlexScan
F730
<< Mevis M 1.5 BZ Kon >> Abbau 1 Südfeld
Konfiguration Steuerung Bildschirm F2 Station Grafiken Listen Daten-Export Zubehör
Aktueller Meßwert [MEZ]
30.08.04 10:10
Westfeld
Ae-kurz
100.0
0.0
22.08.
26.08.
30.08.
Ostfeld
Nordfeld Roll.5
Ae-kurz
30.6 Bq/m³
Abbau 2
Ae-kurz
14.5 Bq/m³
Abbau 1
Rn-Faß
Radon
12.4 Bq/m³
Übersicht
Schaubild
Ae-kurz
7.9 Bq/m³
Abwetter
Südfeld
10.1 Bq/m³
Ae-kurz
30 8 2004
EIZO

Westfeld
Stapelung von Abfallgebinde
30 8 2004

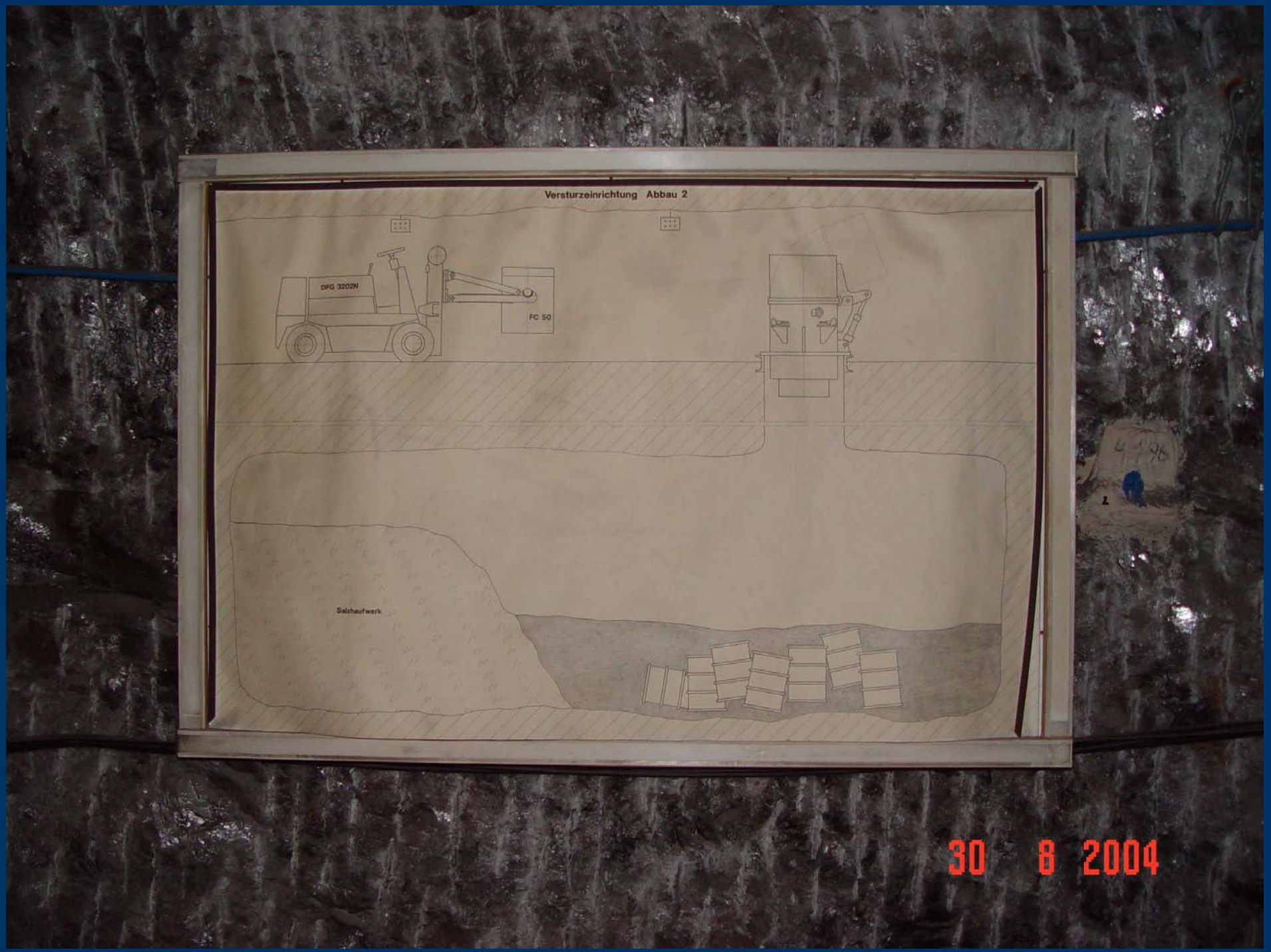
30 8 2004

RADIOAKTIV
Gewerbeabfälle
30 8 2004

" Achtung !
Fassversturz"
30 8 2004

FC / PC - Traverse
Deckelspeicherung
Versturzeinrichtung
Primärcontainer (um 90° gedrehter PC) mit
oberem Deckel und Mantel
PC- Topf
Verriegelungsmechanismus
PC- Topf- Versturzlochdeckel
Versturzeinrichtung für
30 8 2004

RADIOACTIVE
LSA II
30 8 2004


Versturzeinrichtung Abbau 2
DFG 3202N
FC 50
Salzhaufwerk
30 8 2004

ALARMTAFEL
Alarm
Signal
Alarmmittel
Verhalten
17Y CG707 E-01-06
17Y CT707 E-01
17YER31
CG187F 1-3
CT187F 1
Ciotzi
30 8 2004

Einlagerungsbereich !
erhöhte Gammadosisleistung !
F1
2+CO2
30 8 2004

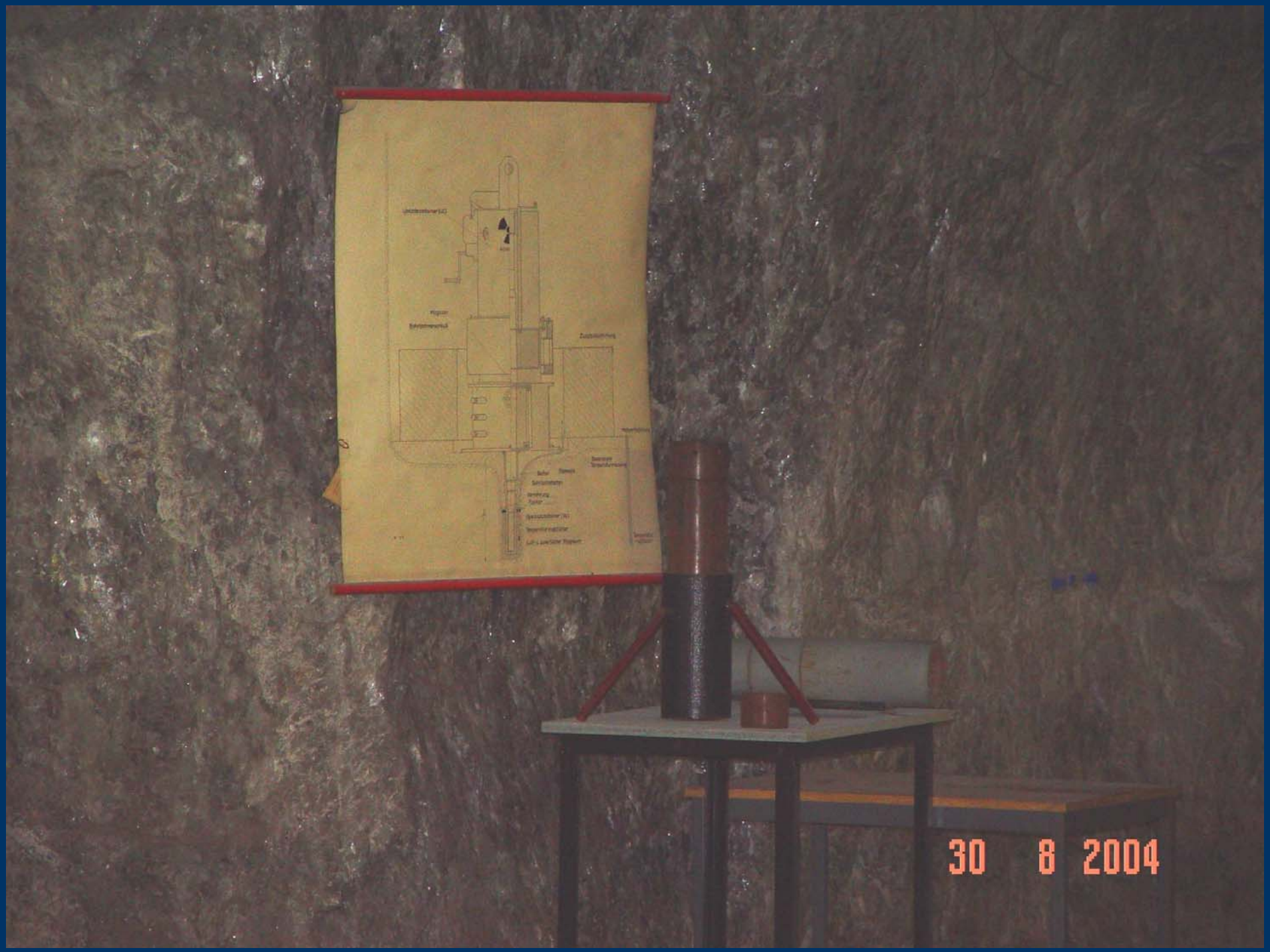
30 8 2004

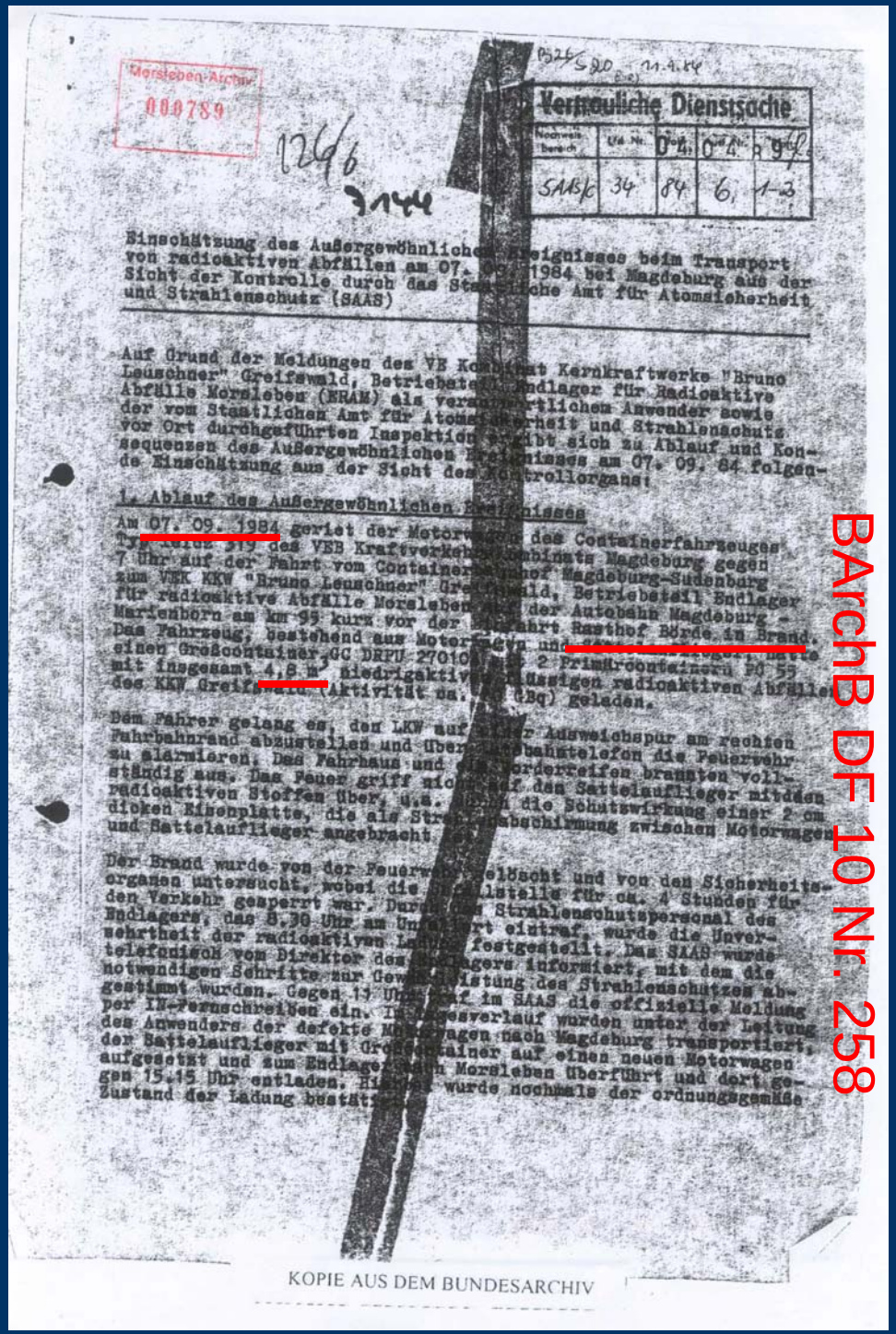
30 8 2004

UN 2912
30 8 2004

CHEMO
30 8 2004

30 8 2004


30 8 2004



Morsleben-Archiv
000789

126/6
3144

P326/S20 11.9.84

Vertrauliche Dienstsache

Nachweis Bereich	Lfd. Nr.	04	04	9
SAAS/C	34	84	6,	1-3

Einschätzung des Außergewöhnlichen Ereignisses beim Transport von radioaktiven Abfällen am 07. 09. 1984 bei Magdeburg aus der Sicht der Kontrolle durch das Staatliche Amt für Atomsicherheit und Strahlenschutz (SAAS)

Auf Grund der Meldungen des VE Kombinat Kernkraftwerke "Bruno Leuschner" Greifswald, Betriebsteil Endlager für Radioaktive Abfälle Morsleben (ERAM) als verantwortlichem Anwender sowie der vom Staatlichen Amt für Atomsicherheit und Strahlenschutz vor Ort durchgeführten Inspektion ergibt sich zu Ablauf und Konsequenzen des Außergewöhnlichen Ereignisses am 07. 09. 84 folgende Einschätzung aus der Sicht des Kontrollorgans:

1. Ablauf des Außergewöhnlichen Ereignisses

Am 07. 09. 1984 geriet der Motorwagen des Containerfahrzeuges Typ Leicz 319 des VEB Kraftverkehrskombinats Magdeburg gegen 7 Uhr auf der Fahrt vom Containerbahnhof Magdeburg-Sudenburg zum VEK KKW "Bruno Leuschner" Greifswald, Betriebsteil Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben auf der Autobahn Magdeburg - Marienborn am km 95 kurz vor der Einfahrt Rasthof Börde in Brand. Das Fahrzeug, bestehend aus Motorwagen und Sattelauflieger, hatte einen Großcontainer GC DRPU 27010 mit 2 Primärcontainern PC 55 mit insgesamt 4,8 m³ niedrigaktiven flüssigen radioaktiven Abfällen des KKW Greifswald (Aktivität ca. [illegible] GBq) geladen.

Dem Fahrer gelang es, den LKW auf einer Ausweichspur am rechten Fahrbahnrand abzustellen und über Autobahntelefon die Feuerwehr zu alarmieren. Das Fahrhaus und die Vorderreifen brannten vollständig aus. Das Feuer griff nicht auf den Sattelauflieger mit den radioaktiven Stoffen über, u.a. durch die Schutzwirkung einer 2 cm dicken Eisenplatte, die als Strahlenabschirmung zwischen Motorwagen und Sattelauflieger angebracht ist.

Der Brand wurde von der Feuerwehr gelöscht und von den Sicherheitsorganen untersucht, wobei die Unfallstelle für ca. 4 Stunden für den Verkehr gesperrt war. Durch das Strahlenschutzpersonal des Endlagers, das 8.30 Uhr am Unfallort eintraf, wurde die Unversehrtheit der radioaktiven Ladung festgestellt. Das SAAS wurde telefonisch vom Direktor des Endlagers informiert, mit dem die notwendigen Schritte zur Gewährleistung des Strahlenschutzes abgestimmt wurden. Gegen 11 Uhr traf im SAAS die offizielle Meldung per IN-Fernschreiben ein. Im Tagesverlauf wurden unter der Leitung des Anwenders der defekte Motorwagen nach Magdeburg transportiert, der Sattelauflieger mit Großcontainer auf einen neuen Motorwagen aufgesetzt und zum Endlager nach Morsleben überführt und dort gegen 15.15 Uhr entladen. Hierbei wurde nochmals der ordnungsgemäße Zustand der Ladung bestätigt.

BArchB DF 10 Nr. 258

KOPIE AUS DEM BUNDESARCHIV

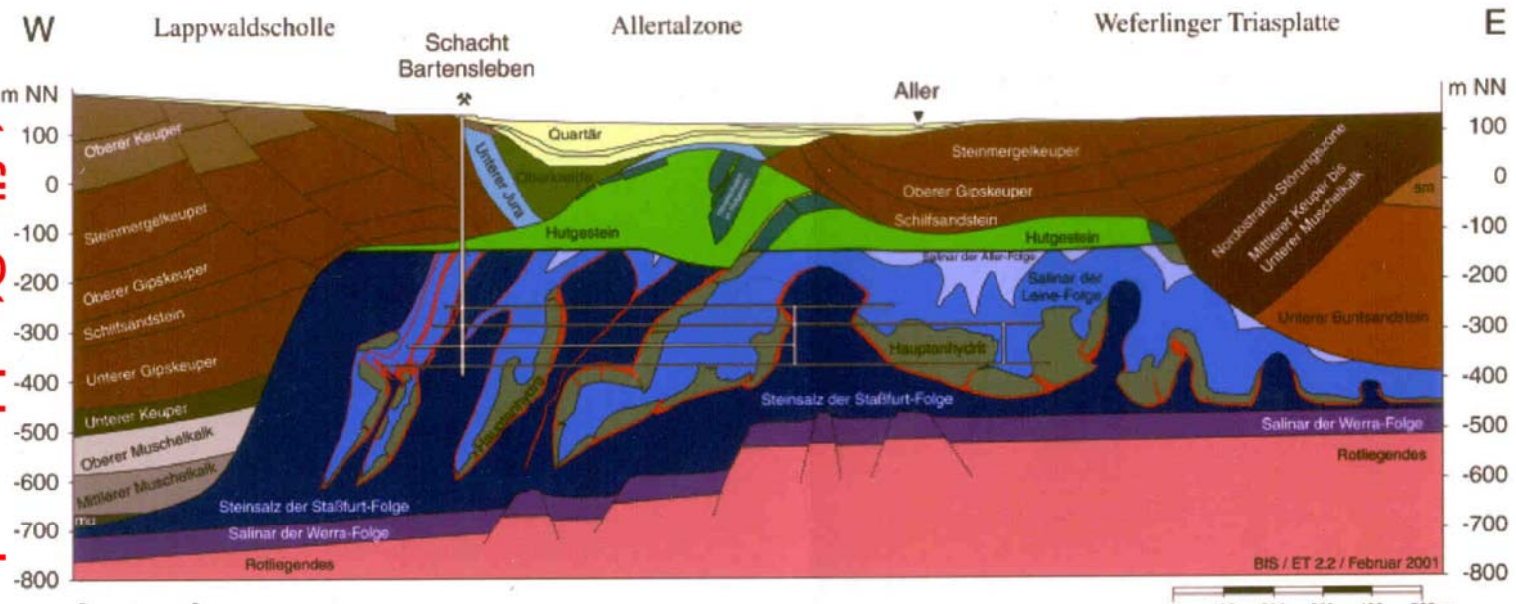
sicher ist's, wenn mensch dran glaubt

- Giftmüll im Schacht Marie ("Härtereialtsalze")
- Tropfstellen ("Laugenzutritte")
- Einsturzgefahr ("Standsicherheit")
- Komplexität der Schachtanlagen
- was macht die Politik?

Geologie

Bundesamt für Strahlenschutz

Schematischer geologischer West-Ost-Schnitt



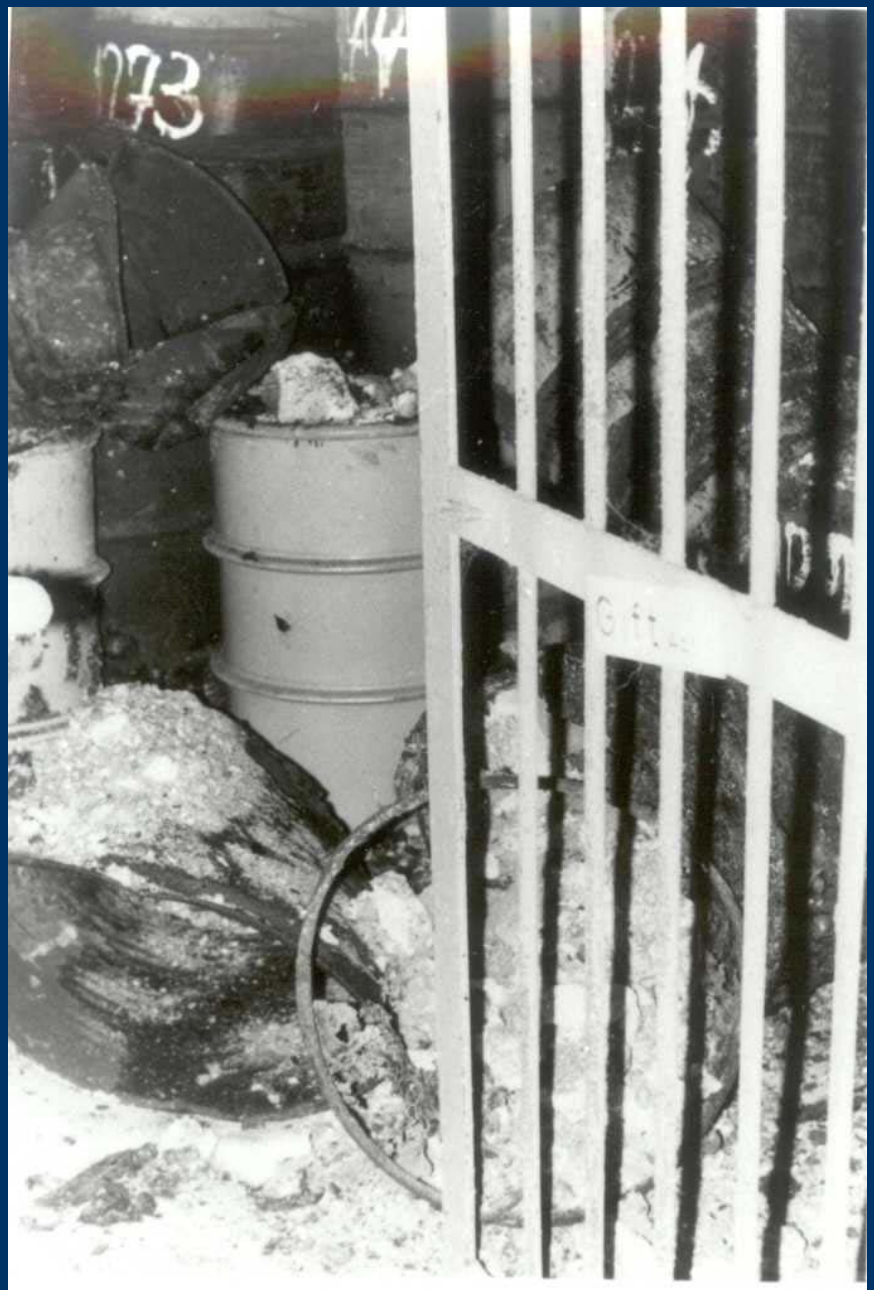
Legende

- Störung
- Schichtung
- Nordostrand-Störungszone
- Salzspiegel
- Quartär
- Oberkreide
- Unterer Jura (Lias)
- Oberer Keuper
- Mittlerer Keuper
- Unterer Keuper
- Oberer Muschelkalk
- Mittlerer Muschelkalk
- Unterer Muschelkalk (mu)
- Mittlerer Buntsandstein (sm)
- Unterer Buntsandstein
- Hutgestein
- Zechstein
  - z4 Salinar der Aller-Folge
  - z3 Hauptanhydrit
  - Salinar der Leine-Folge
  - z2 Kaliflöz Staßfurt
  - Steinsalz der Staßfurt-Folge
  - z1 Salinar der Werra-Folge
- Hauptanhydrit im Hutgestein mit „DGL" (Deckanhydrit, Grauer Salzton, Leine-Karbonat)
- Rotliegendes

| Verantwortung für Mensch und Umwelt |

Bundesamt für Strahlenschutz

Giftmüll im Schacht Marie



BStU-Kopie- MfS BV Mgdb.
Abt.XVIII Nr.1014

Vertrauliche Dienstsache
Nachweisbereich | Lfd. Nr. | Jahr | Anf.-Nr. | Blatt
SAAS/C | 27 | 85 | 7. | 1-3
Inventarisiert 1986

STAATLICHES AMT FÜR ATOMSICHERHEIT UND STRAHLENSCHUTZ

beim Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik

Der Präsident

Stellungnahme zur Vorlage für das Präsidium des Ministerrates

"Nutzungskonzeption für die Grube 'Marie' bei Morsleben als unterirdische Deponie für toxische Stoffe", (VVS B 2 - B 5 12-14/85)

Aus der Sicht des Staatlichen Amtes für Atomsicherheit und Strahlenschutz (SAAS) und seiner Verantwortung als Kontrollorgan für das Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben (ERAM) ergeben sich unter Berücksichtigung der zur Frage der Nutzung der Grube Marie als unterirdische Deponie toxischer Stoffe erreichten Vorabstimmungen mit anderen Staatsorganen, der vorhandenen volkswirtschaftlichen Zwänge sowie der Tragweite der mit dem vorgesehenen Beschluß verbundenen perspektivischen Festlegungen folgende Anmerkungen und Hinweise:

1. Wie bereits mehrfach vom SAAS in seinen Stellungnahmen unterstrichen, muß vor der Deponie von Giftstoffen in der Grube Marie der Nachweis erbracht werden, daß der Betrieb und die Sicherheit des Endlagers für radioaktive Abfälle in der DDR Morsleben nicht beeinträchtigt oder gefährdet werden. Dies gilt auch für die selektive befristete Deponie von Härtereialtsalzen in der Grube Marie. Eine entsprechende definitive Festlegung sollte in den Beschluß aufgenommen werden. Ferner sollte die Befristung der Deponie von Härtereialtsalzen deutlicher im Beschluß kenntlich gemacht werden.

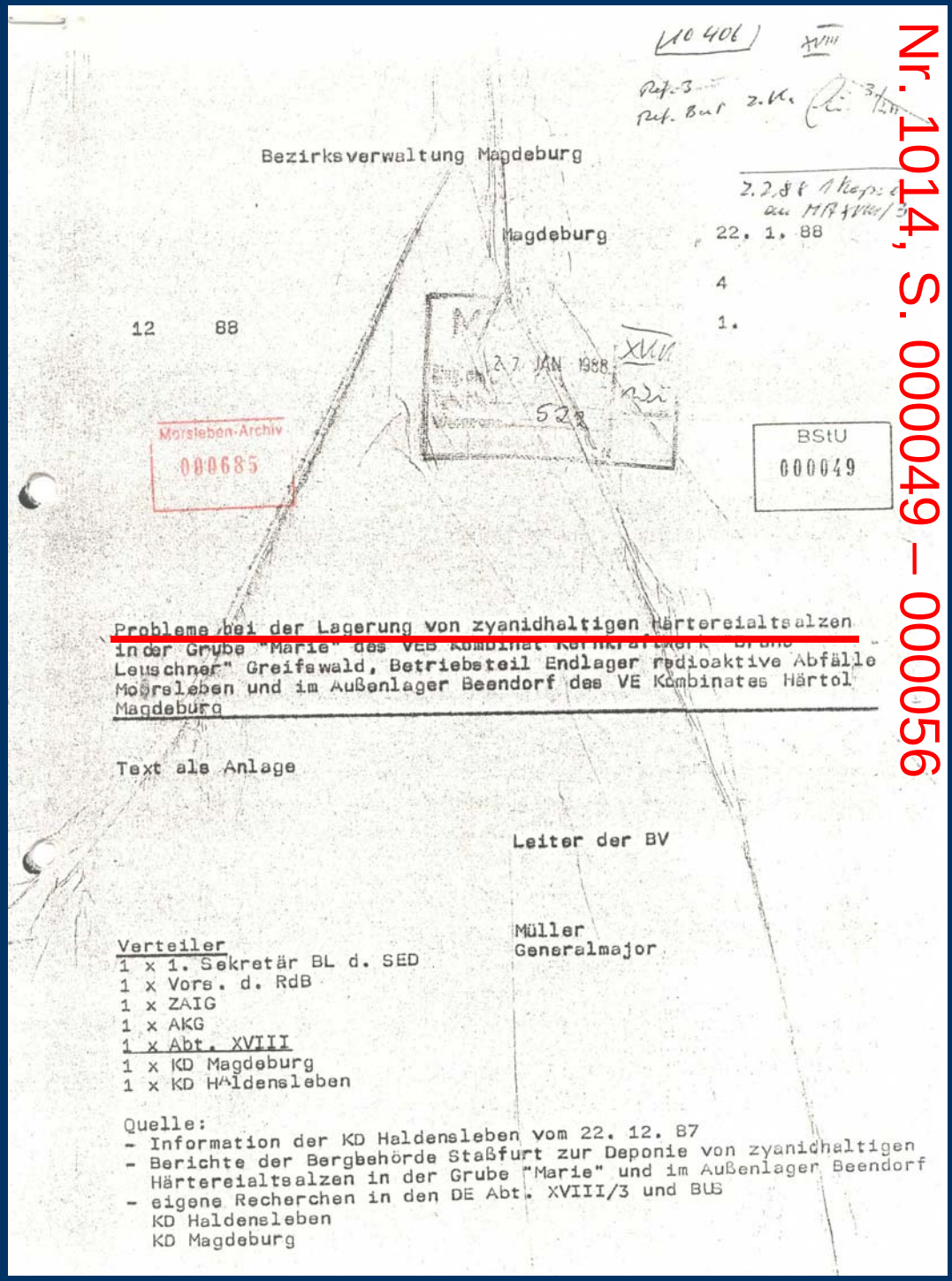
2. Aus der Kontrolltätigkeit des SAAS resultierende Kenntnisse geben Anlaß, erneut darauf hinzuweisen, daß das ERAM nicht über die erforderliche Sachkenntnis sowie personellen und technischen Voraussetzungen verfügt, um die Verantwortung zum Betrieb einer zeitweiligen selektiven Deponie von Härtereialtsalzen oder anderen chemisch-toxischen Stoffen sowie für

Morsleben-Archiv
000670

281 DkG 002/77

KOPIE AUS DEM BUNDESARCHIV

BArchB DF 10 Nr. 258



Bezirksverwaltung Magdeburg

Magdeburg 22. 1. 88

12 88

4

1.

27 JAN 1988

Morsleben-Archiv
000685

BStU
000049

Probleme bei der Lagerung von zyanidhaltigen Härtereialtsalzen in der Grube "Marie" des VEB Kombinat Kernkraftwerke "Bruno Leuschner" Greifswald, Betriebsteil Endlager radioaktive Abfälle Morsleben und im Außenlager Beendorf des VE Kombinates Härtol Magdeburg

Text als Anlage

Leiter der BV

Müller
Generalmajor

Verteiler
1 x 1. Sekretär BL d. SED
1 x Vors. d. RdB
1 x ZAIG
1 x AKG
1 x Abt. XVIII
1 x KD Magdeburg
1 x KD Haldensleben

Quelle:
- Information der KD Haldensleben vom 22. 12. 87
- Berichte der Bergbehörde Staßfurt zur Deponie von zyanidhaltigen Härtereialtsalzen in der Grube "Marie" und im Außenlager Beendorf
- eigene Recherchen in den DE Abt. XVIII/3 und BUS
  KD Haldensleben
  KD Magdeburg

BStU, Bezirksverwaltung Magdeburg, Abt. XVIII
Nr. 1014, S. 000049 – 000056

Abteilung XVIII
Stellvertreter

Magdeburg, 24.2.1988

BStU
000058

Standpunkt
zur Problemberatung am 26.2.1988 beim Stellvertreter Operativ über Anlieferprobleme VEB ERA Morsleben
(Bericht der KD Haldensleben)

1. Grundsatz

Sicherheitspolitische Forderungen der KD Haldensleben sind durchzusetzen, und die Lösung hat durch die staatlichen Organe und beteiligten Kombinate zu erfolgen.

2. Seite 2

Durch Protokoll WRB vom 23.2.1988 und Information des [redacted], Gen. [redacted], vom 22.2.1988 ist Sachlage verändert.
Auslagerung Lager Beendorf hat begonnen. Prozeß läuft.
Operative Kontrolle durch SB ist gewährleistet.

Anlage: - Informationen des [redacted]
- Protokoll des [redacted]

3. Information des IMS "Dieter Schmidt"

1. Stellungnahme der KD Magdeburg ist aggressiv und nicht im Sinne des o.g. Grundsatzes konstruktiv.
Verantwortung der KD Magdeburg für die politisch-operative Sicherung des Kombinates Härtol bedeutet, die Probleme der KD Haldensleben aus politisch-operativer Sicht zu beachten und an der Lösung mitzuarbeiten.

2. Seite 2 (Stellungnahme der KD Magdeburg) zeigt eindeutig positive Maßnahmen zur Erhöhung der Ordnung und Sicherheit in den Aussagen der Punkte 1 - 4. In Verbindung mit den Aussagen des [redacted], des WRB gegenüber dem Gen. Ltn. Werner ist die generelle Zwischenschaltung Härtol bei Großanlieferungen falsch. Bei Kleinanlieferungen gilt die Aussage Seite 2/Pkt. 4.
Diese Aussage ist operativ zu kontrollieren durch KD Magdeburg.

3. Ein möglicher Anschlag auf die Staatsgrenze ist m.E. nicht aus dem Transportgut abzuleiten, sondern aus den zum Einsatz kommenden Fahrern und der Fahrzeugtype.
Dazu muß die KD Magdeburg über die jeweiligen KD Einfluß nehmen, daß nur überprüfte Personen als Fahrer zum Einsatz kommen.
Anlehnung an Pkt. 2 - Seite 2.

Morsleben-Archiv
000686

BStU, Bezirksverwaltung Magdeburg, Abt. XVIII
Nr. 1014, S. 000058 – 000061

AKG

Dok-Nr. 6224

KD Haldensleben

Haldensleben, 22. 12. 1987
bö-ml

BStU
000025

Morsleben-Archiv
000704

Z U M S T A N D
der politisch-operativen Sicherung sowie der Realisierung des Beschlusses des Präsidiums des Ministerrates (PMR-Beschluß) vom 25. 7. 1985 über die Zwischenlagerung von zyanidhaltigen Härtereialtsalzen in der Grube "Marie"

1. Stand der politisch-operativen Sicherung

Die politisch-operative Sicherung des VEB KKW "Bruno Leuschner", ERA Morsleben, Betriebsteil Grube "Marie" erfolgt anhand eines durch den Leiter der KD bestätigten Maßnahmeplanes vom 5. 3. 1987.

Durch die Werbung des IMS "Dieter Schmidt", Reg.-Nr. VII 883/87 (Aufgabe aus dem Plan des Leiters) der unmittelbar in der Grube tätig ist sowie die Wiederaufnahme der Verbindung zum GMS "Martin Berg", Reg.-Nr. VII 1905/87 (Archiv-IM der [illegible]) konnte die operative Basis zur Sicherung der Grube "MARIE" im Jahre 1987 weiter ausgebaut werden. Zur politisch-operativen Sicherung werden z. Zt. das FIM-Netz "Heinz Deparade" in der Stärke 1 : 5 (3IMS/ 2 GMS) sowie weitere 3 IMS und 1 GMS eingesetzt. Durch den IMS "Dieter Schmidt" wird unmittelbar Einfluß auf die Annahme und Einlagerung der zyanidhaltigen Härtereialtsalze genommen. Damit wird garantiert, daß die Interessen unseres Organs in diesem operativ-bedeutsamen Bereich durchgesetzt werden.
Über den FIM "Heinz Deparade" wurden unsere Interessen im Zusammenhang mit der äußeren Objektsicherung durchgesetzt. Diese Aufgaben wurden von ihm in einer sehr guten Qualität erfüllt. Durch sein Engagement konnte die äußere Objektsicherung mit Beginn der Einlagerung garantiert und sukzessive weiter ausgebaut werden. Positiv dazu beigetragen hat auch die Realisierung der Neuerervereinbarung "Marie", zu der der FIM auch einen wesentlichen Beitrag geleistet hat. Diese Neuerervereinbarung wurde gemeinsam mit der Abteilung XVIII, Referat Brände und Störung realisiert.

Operativvorgänge und operative Ausgangsmaterialien werden im ERA Morsleben nicht bearbeitet, und es wird auch keine operative Personenkontrolle durchgeführt.

Durch die veränderten Reisebestimmungen in dringenden Familienangelegenheiten nimmt auch die besuchsweise Ausreise von Beschäftigten des ERA Morsleben zu. Negative Auswirkungen hatte diese verstärkte Reisetätigkeit bisher noch nicht. Durch den IM in Schlüsselposition "Heinrich Bergmann" und dem FIM "Heinz Deparade" wird hierbei auch weiterhin garantiert, daß nur Bürger reisen, die unsere Republik würdig vertreten.

BStU, Bezirksverwaltung Magdeburg, AKG, Nr. 253, S. 000025 – 000037

BStU
0000654

[redacted]

Wesentliche Stimmungen und Meinungen im Grenzgebiet

Trotz der angespannten Witterungslage im Januar und Februar gab es keine negativen Auswirkungen bei der Versorgung der Bevölkerung im Grenzgebiet.

Positive Reaktionen erfolgten auf die Abrüstungsvorschläge der UdSSR sowie auf die Ergebnisse des 11. FDGB-Kongresses.

Vereinzelt traten insbesondere im Bereich Beendorf immer wieder Diskussionen zur Einlagerung von giftigen Stoffen in der Schachtanlage "Marie" auf. Am 24. 04. 1987 wurde in Beendorf eine öffentliche Gemeindevertreterversammlung durchgeführt, an der verantwortliche Mitarbeiter des Kreises und des VEB Härtol Magdeburg teilnahmen. Dabei wurde den Teilnehmern mitgeteilt, daß es für die Anwohner keine Gefährdung gibt, die aus den Einzellagerungen in den Schachtanlagen resultieren. Es kann davon ausgegangen werden, daß dies dazu führte, daß eine gewisse Beruhigung der Bevölkerung der Grenzgemeinde Beendorf erreicht wurde. Die umlaufenden Gerüchte wurden entkräftet und konkrete Aussagen zu den Vorhaben der Einlagerung getroffen.

Seinecke
Hauptmann

BStU, Bezirksverwaltung Magdeburg

Tropfstellen ("Laugenzutritte")

Morsleben-Archiv
000808

Albert Günter Herrmann

unter Mitarbeit von
Beatrice Adel und Fred Türck

ENDLAGER FÜR RADIOAKTIVE ABFÄLLE MORSLEBEN (ERAM)

Lösungsvorkommen in den Grubenfeldern Marie und Bartensleben: Stoffbestand, Herkunft, Entstehung

Eine Dokumentation

Abschlußbericht für den Zeitabschnitt
1. Januar bis 31. Dezember 1993

Clausthal-Zellerfeld, den 28. Februar 1994

Anschrift des Autors:

Univ.-Prof. Dr. A. G. Herrmann
Technische Universität Clausthal
Institut für Mineralogie und Mineralische Rohstoffe
Fachgebiet Salzlagerstätten und Untergrund-Deponien
Adolph-Roemer-Straße 2A
D-38678 Clausthal-Zellerfeld

Der Bericht BfS-Bestell-Nr. 8066/2 [PSP-Nr. 9M-212312-21] wurde im Auftrag des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS) erstellt. Das BfS behält sich alle Rechte vor. Insbesondere darf der Bericht BfS-Bestell-Nr. 8066/2 nur mit Zustimmung des BfS zitiert, ganz oder teilweise vervielfältigt bzw. Dritten zugänglich gemacht werden. Der Bericht gibt die Meinung und Auffassung des Verfassers wieder und muß nicht in jedem Falle mit der Meinung des BfS übereinstimmen.

6 Zusammenfassung und Bewertung

Die vorliegende Dokumentation beinhaltet die Untersuchungsergebnisse für das Beobachtungsjahr 1993 einschließlich verschiedener Proben vom Dezember 1992. Die neuen Analysen bestätigen wiederum die bereits in den Jahresberichten 1991 und 1992 dargestellten Beobachtungen, Ergebnisse und Bewertungen (HERRMANN, 1992, 1993a).

Unter Berücksichtigung der Ergebnisse des vorliegenden Berichtes gilt für die Gesamtheit der Lösungsvorkommen im ERAM auch weiterhin die folgende und bereits in ähnlicher Form in den Jahresberichten 1991 und 1992 zitierte Schlußfolgerung (HERRMANN, 1992, 1993a):

Auf Grund der geologischen und geochemischen Situationen der Lösungsvorkommen in den Grubenfeldern Marie und Bartensleben muß festgestellt werden, daß offensichtlich nur unzulänglich wirksame natürliche bzw. geologische Barrieren zwischen dem Endlager und der Biosphäre existieren. In diesem Zusammenhang ist auch die Diskussion möglicher Hangendzuflüsse in spezifischen Bereichen des ERAM von Interesse (z. B. MOSLER, 1972).

Es gibt zur Zeit im Bereich des ERAM auch keine technischen Barrieren, welche eine wirksame Rückhaltefunktion gegenüber mobilisierten Radionukliden ausüben können. Ob die Defizite an natürlichen Barrieren überhaupt durch fehlerfrei funktionierende technische Abschlußbauwerke an spezifischen Punkten eines komplizierten geologischen Systems kompensiert werden können, ist erfahrungsgemäß eine allein mit theoretischen Modellen nicht immer eindeutig zu beantwortende Frage. Bisher wurde ein geotechnisches Konzept für die Betriebsphase des ERAM zur (theoretischen) Beherrschung von stärkeren Lösungszuflüssen im Bereich der Lokalität Lagerteil "H" entworfen und dieses Modell von "Güteprüfern" positiv bewertet (Quelle: Bundesamt für Strahlenschutz).

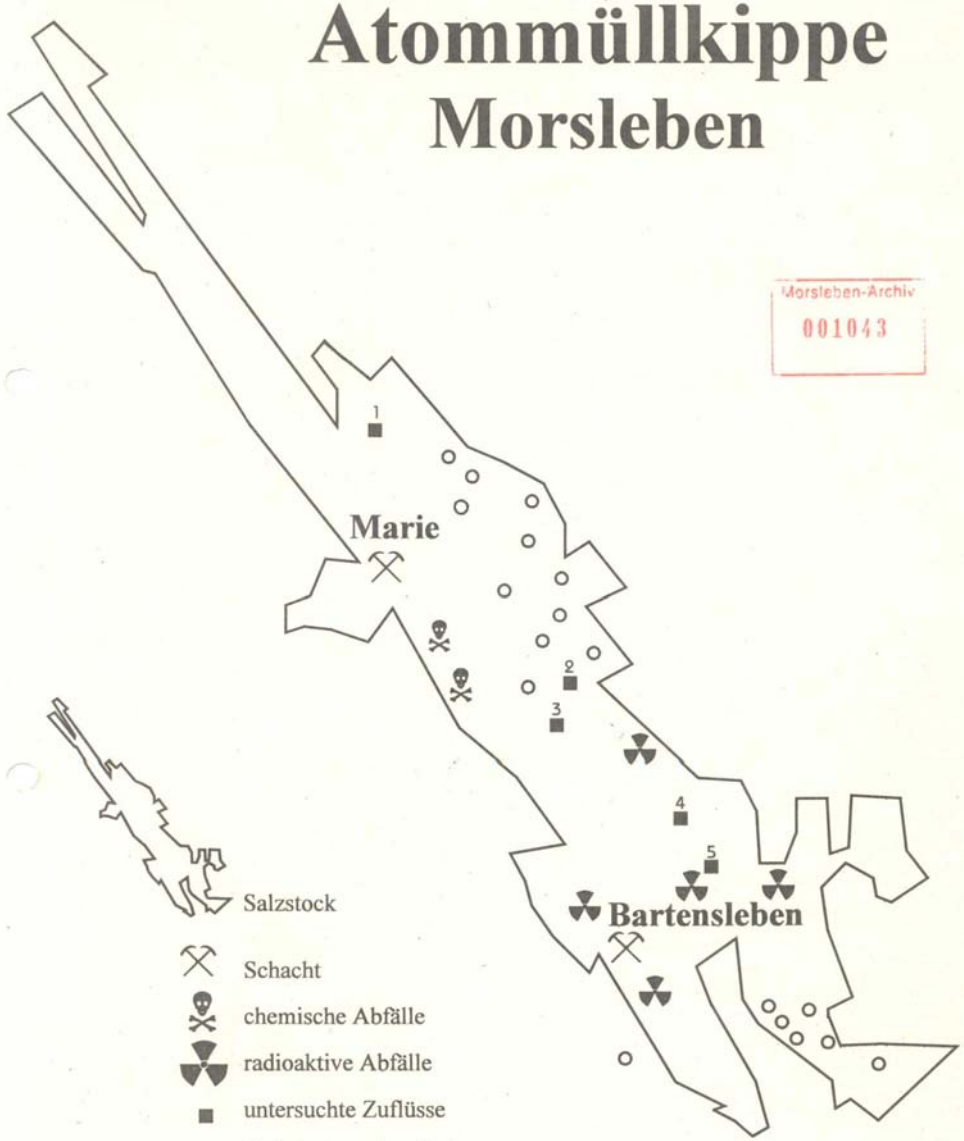
Zur Zeit werden weitere wissenschaftliche und technische Untersuchungen für das ERAM durchgeführt. Unsere wissenschaftlichen Arbeiten gelten gegenwärtig schwerpunktmäßig der Lokalität "Bunte First" (M. G. SIEMANN) sowie allen Tropfstellen und Lösungsvorkommen, welche wegen eines fehlenden und zur Zeit noch in Arbeit befindlichen Lösungskatasters für das ERAM nicht in unsere bisherigen Untersuchungen einbezogen werden konnten.

Erst nach dem vollständigen Abschluß dieser aus meiner Sicht wesentlichen Arbeiten von grundsätzlicher Bedeutung über die Lösungssituation im ERAM kann unter Berücksichtigung aller Aspekte mit der notwendigen Sorgfalt und Zuverlässigkeit über die weitere Endlagerung radioaktiver Abfälle entschieden werden. Diese Feststellung hat nach meiner persönlichen Beurteilung der wissenschaftlichen Gesamtsituation und trotz der weiteren Endlagerung radioaktiver Abfälle im ERAM seit Januar 1994 auch zum gegenwärtigen Zeitpunkt volle Gültigkeit.

Morsleben-Netzwerk | Karl-Schmidt-Str. 4 | 39104 Magdeburg | 01 62-860 89 49 | kontakt@morsleben-stillegung.de | www.morsleben-stillegung.de

Atommüllkippe Morsleben

Morsleben-Archiv
001043



Ihr Zeichen, ET 2/II/Wa	Ihre Nachricht vom 12. Februar 2001	Mein Zeichen 34560-4841- Integrität / Abbau 1a	bearbeitet von Herrn Klamser	☎ 039265 53 - 110	Staßfurt, am 30. Mai 2001

Verbesserung des Zustands der Barriere im Zentralteil des ERAM

Sehr geehrter Herr Doktor Illi,

in meinem Schreiben vom 21. Dezember 2000 hatte ich Sie auf den Zustand im Zentralteil hingewiesen.

Sie hatten in Ihrem Schreiben vom 12. Februar 2001 – ET 2/II/Wa - darauf hingewiesen, dass Sie die Ergebnisse der Radarmessungen im Zentralteil abwarten wollten, bevor neue Entscheidungen getroffen werden sollten.

Diese liegen nun, zumindest teilweise, vor.

Im Zentralteil des ERAM treten in den Abbau 1 a zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur intrasalinare Lösungen zu. Durch die mikroakustische Überwachung wird allerdings belegt, dass dort Verformungsvorgänge ablaufen. Das BfS bzw. der vom BfS beauftragte Planer sagt hierzu auf Seite 24 im Bericht der BGR zum Zentralteil vom Dezember 1996 (AP9M66630011) unter Beachtung des Schreibens der BGR vom 22. Dezember 1997 "Zusammenfassende Beurteilung der Standsicherheit und Integrität im Zentralteil der Grube Bartensleben":

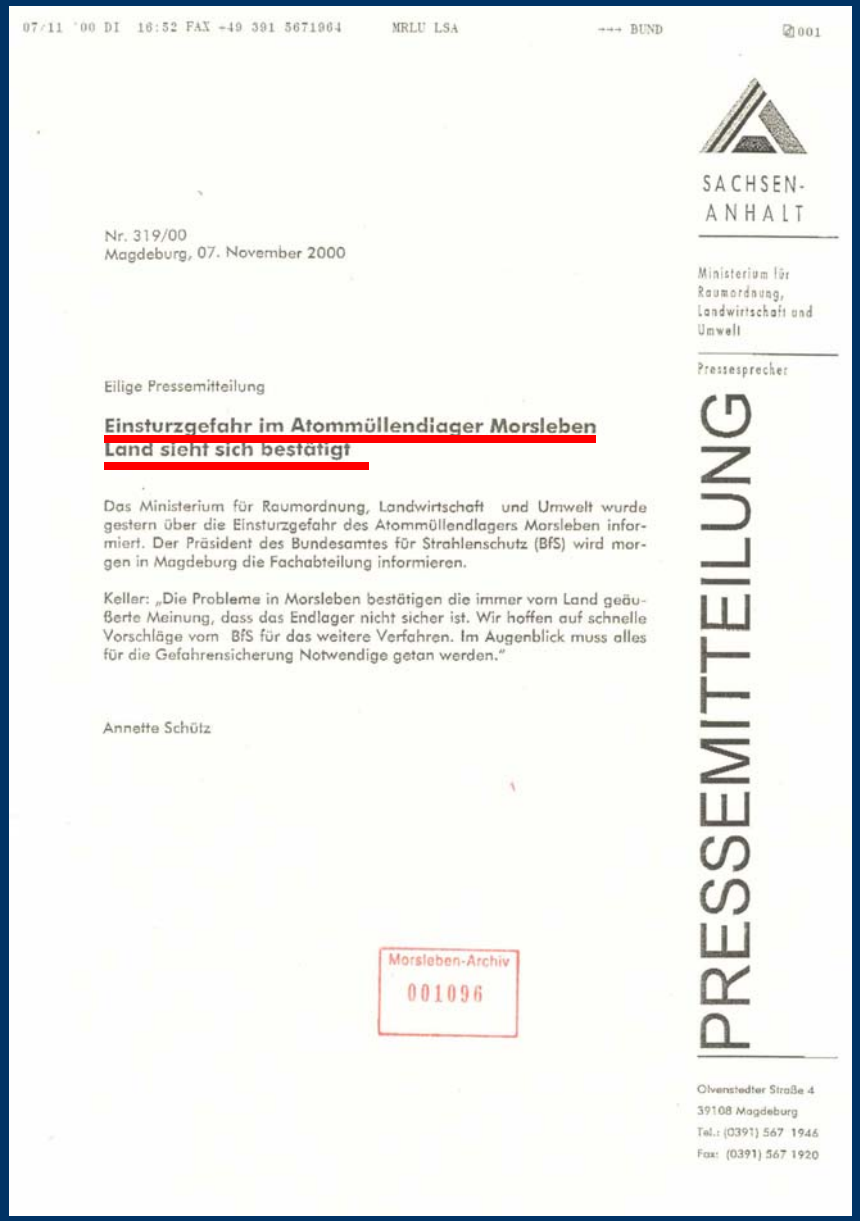
> *"Die Integrität der Salzbarriere kann nur durch eine wirksame Verfüllung der Abbaue in der Hauptmulde* ***erhalten werden****, indem durch die Verfüllung i.V.m. der Konvergenz langfristig ausreichend hohe Druckspannungen bewirkt* ***werden****. Da dieser Druckaufbau in der Salzbarriere Zeit in Anspruch nimmt, sollte die Verfüllung der Abbaue möglichst bald begonnen werden."*

Folglich geht auch das BfS davon aus, dass Wegsamkeiten für Wässer aus dem Salzspiegel entstehen werden und bald Gegenmaßnahmen im Hinblick auf deren rechtzeitiges Wirksamwerden **notwendig** sind.

Morsleben-Archiv
000001

...2

Einsturzgefahr ("Standsicherheit")



07/11 '00 DI 16:52 FAX +49 391 5671964 MRLU LSA →→→ BUND 001

SACHSEN-ANHALT

Ministerium für Raumordnung, Landwirtschaft und Umwelt

Pressesprecher

PRESSEMITTEILUNG

Nr. 319/00
Magdeburg, 07. November 2000

Eilige Pressemitteilung

Einsturzgefahr im Atommüllendlager Morsleben Land sieht sich bestätigt

Das Ministerium für Raumordnung, Landwirtschaft und Umwelt wurde gestern über die Einsturzgefahr des Atommüllendlagers Morsleben informiert. Der Präsident des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS) wird morgen in Magdeburg die Fachabteilung informieren.

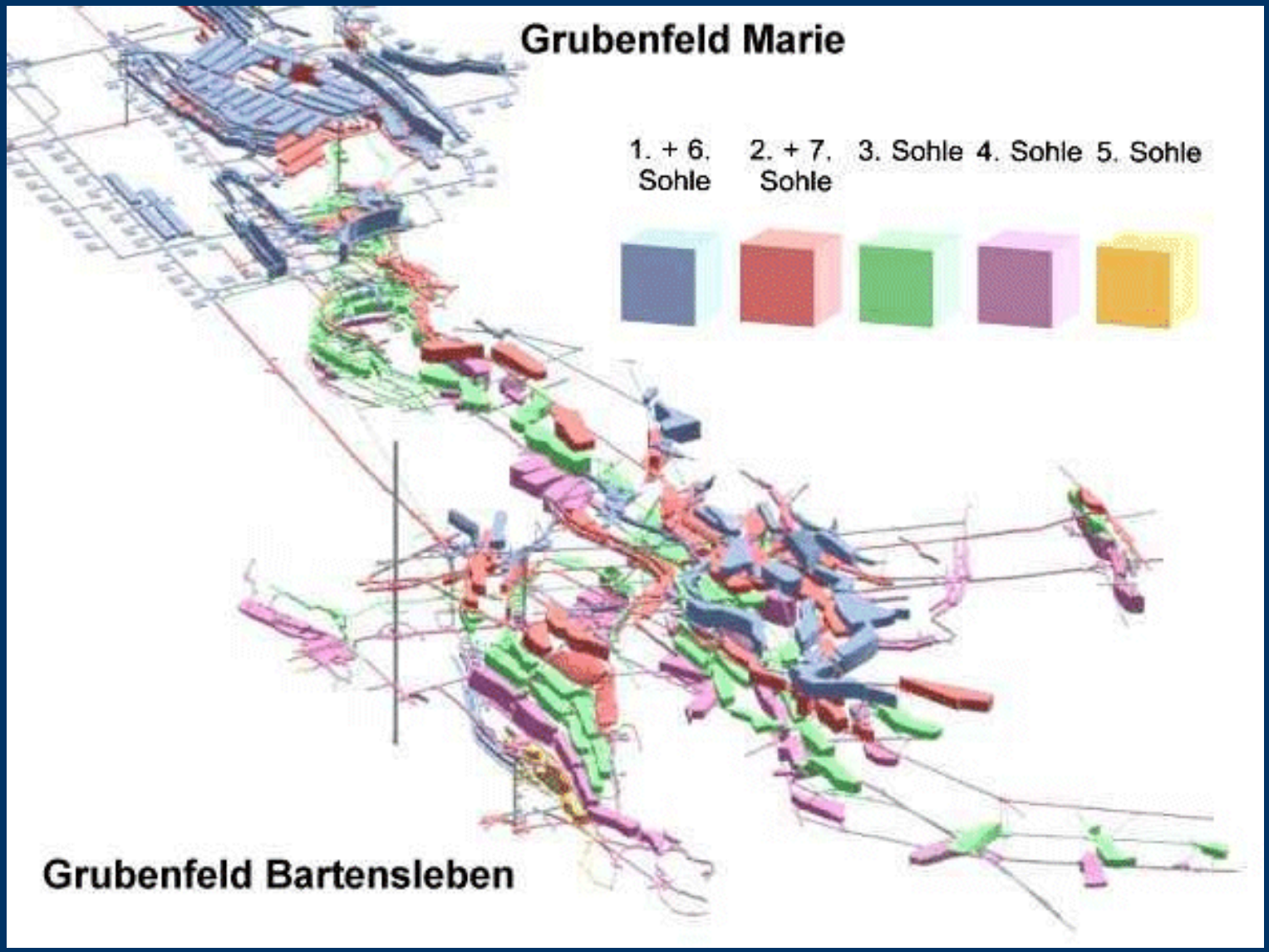
Keller: „Die Probleme in Morsleben bestätigen die immer vom Land geäußerte Meinung, dass das Endlager nicht sicher ist. Wir hoffen auf schnelle Vorschläge vom BfS für das weitere Verfahren. Im Augenblick muss alles für die Gefahrensicherung Notwendige getan werden."

Annette Schütz

Morsleben-Archiv
001096

Olvenstedter Straße 4
39108 Magdeburg
Tel.: (0391) 567 1946
Fax: (0391) 567 1920

Komplexität der Anlage



was macht die Politik?

- DDR-Regierung:
  - Geheimhaltungspolitik
  - Wissen um Sicherheitsprobleme
  - Stasi-Aktivität
- BRD-Regierung bis 1998:
  - eigene GutachterInnen werden ignoriert
  - Falschaussagen in der Öffentlichkeit
  - Sicherheitsprobleme werden heruntergespielt
- BRD-Regierung nach 1998:
  - Sicherheitsprobleme bestätigen sich
  - Gefahrenabwehrmaßnahmen
  - Einlagerungsende, aber Verschleppung der Stillegung

Inv. 19.79/Ha.
" 1980 Mü

A. 32 S. 14
8.6.79 B. 18

Inventarisiert 19.81

- 8. 06. 79

K.

Vertrauliche Dienstsache				
Nachweisbereich	Lfd. Nr.	04	04	89
SAAS/A	7	79	2.	1/2

Minister für Kohle und Energie
Genossen S i e b o l d

102 B e r l i n
Karl-Liebknecht-Str. 34

PT/4 5460

Werter Genosse Minister Siebold!

Anläßlich des Symposiums der IAEA über die Beseitigung radioaktiver Abfälle im Untergrund, 2. - 6.7.79 in Finnland, war aus dem Bereich des Ministeriums für Kohle und Energie ein Vortrag von K. Ebel u.a.

"Vorbereitung, Errichtung und Inbetriebnahme des Endlagers Morsleben"

vorgesehen, den Sie mit Schreiben vom 12.3.79 an den Generaldirektor der VVB Kraftwerke freigegeben hatten. Inzwischen hat die Diskussion über die Kernenergie in westlichen Ländern und auch die Auseinandersetzung um das BRD-Endsorgungszentrum Gorleben eine derartige Verschärfung erfahren, daß die Frage des aktiven Auftretens mit dem genannten Vortrag überprüft werden sollte.

In diesem Zusammenhang möchte ich Sie darüber informieren, daß ich vom ZK der SED vor einigen Wochen mit der Ausarbeitung mehrerer Publikationen zu Kernenergiefragen beauftragt wurde. Nach Prüfung der Ausarbeitungen durch Genossen des Politbüros hat der Generalsekretär der SED, Genosse Erich Honecker, entschieden, wegen der politischen Brisanz dieser Fragen die Veröffentlichung zurückzustellen, deren Zeitpunkt er selbst festlegen wird. Ich halte es für erforderlich, diese für eine allgemeine öffentliche Information zu Kernenergiefragen geltende Entscheidung grundsätzlich auch auf Fachveröffentlichungen zu solchen Problemen der Kernenergie auszudehnen, die Angriffen westlicher Massenmedien Vorschub leisten könnten.

Ich schlage daher vor, von dem o. g. Vortrag gegenwärtig bis zu weiteren Hinweisen der Parteiführung abzusehen.

- 2 -

Morsleben-Archiv
000584

KOPIE AUS DEM BUNDESARCHIV

Vertrauliche Dienstsache				
Nachweisbereich	Lfd. Nr.	04	04	89
SAAS/A	7	79	2.	2

- 2 -

Aus meiner Sicht erscheint es dagegen berechtigt, den Ihnen ebenfalls zur Zustimmung vorliegenden Vortrag von D. Schreiter u.a.

"Die berufliche Strahlenbelastung in den Kernkraftwerken der DDR"

auf dem Symposium der IAEA über berufliche Strahlenbelastung in Kernanlagen, 18. bis 22. 6. 79 in Los Angeles, zu halten, der die optimale Gestaltung des Strahlenschutzes in unseren Kernkraftwerken und die dabei erzielten guten Ergebnisse aus nichttechnischer Sicht darstellt.

Mit sozialistischem Gruß

Prof.Dr.med.habil.Sitzlack
Staatssekretär

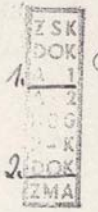
Rö 8.6.

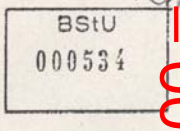
KOPIE AUS DEM BUNDESARCHIV

BArchB DF 10 Nr. 258

Reaktionen auf die Inbetriebnahme der Deponie Morsleben

Streng vertraulich





Information A/5877 /04/08/81

Im Zusammenhang mit der am 01. 07. 1981 vollzogenen Inbetriebnahme der zum Kernkraftwerk "Bruno Leuschner" gehörenden Deponie in Morsleben im Bezirk Magdeburg wurden zuverlässig Hinweise zu Aktivitäten in der BRD bekannt, die sich gegen die Errichtung einer solchen Deponie in unmittelbarer Grenznähe zur BRD wenden.

Diesen Aktivitäten liegen angeblich Befürchtungen zugrunde, wonach durch die Ablagerung von radioaktivem Material seitens der DDR eine Verseuchung des Grundwassers im grenznahen Raum des BRD-Landes Niedersachsen sowie des Flusses Aller verursacht werden könnte, in deren Folge eine Gefährdung der Trinkwasserversorgung der Stadt Helmstedt nicht auszuschließen sei. Die Bekanntgabe der Inbetriebnahme der radioaktiven Mülldeponie Morsleben löste angeblich unter der niedersächsischen Bevölkerung eine Welle von Anfragen und Protesten an das Bundeskanzleramt und das Bundesinnenministerium aus, in denen Maßnahmen zur Abwendung radioaktiver Gefahren gefordert werden.

Das BMI ist federführend mit der Beurteilung möglicher Gefahren und Risiken beauftragt.

Im einzelnen liegen dazu folgende Hinweise vor:

Das Bundesgesundheitsamt hatte bis 31. 07. 1981 im Auftrag des Bundesinnenministeriums ein Gutachten zu eventuellen Gefährdungen und Möglichkeiten zu deren Abwendung zu erstellen. Die Bundesanstalt für Gewässerkunde hatte ebenfalls die Aufgabe, zu diesen Fragen eine Stellungnahme zu erarbeiten. Diese Stellungnahme liegt auch dem Bundesgesundheitsamt vor.

Nach Ansicht des Bundesgesundheitsamtes würden die in der Stellungnahme der Bundesanstalt für Gewässerkunde beschriebenen Färbungsversuche in der Aller nicht alle radioaktiven Risikofaktoren erfassen, da durch diese Versuche nur die oberflächennahen Strömungen betroffen sind.

Vom Bundesgesundheitsamt und von der Bundesanstalt für Gewässerkunde wurde der DDR unterstellt, daß sie nur spärliche Informationen zur Mülldeponie veröffentliche.

Beispielsweise lägen der BRD zur Konditionierung keinerlei Angaben vor. Im Bundesgesundheitsamt wird vermutet, daß sich

BStU Zentralarchiv, MfS-HA XVIII, Nr. 8443, S. 000534 – 000536

BArchB DF 10 Nr. 252

Vertraulich !

T. 10. 6. 80

Aktennotiz

über eine Unterredung mit Genossen Merz, Generaldirektor des AHB Isocommerz, am 23.05.1980, im SAAS

Genosse Merz informierte über Probleme im Zusammenhang mit dem Export von Isotopenerzeugnissen in die BRD. Die BRD ist der Hauptmarkt solcher Erzeugnisse. Da gegenwärtig wegen der Schließung der ASSE Schwierigkeiten mit der Abfall-Lagerung bestehen, machen die Abnehmer von Isotopen in der BRD den Import von Garantien zur Rücknahme entstehender niedrig- bis mittelaktiver Abfälle abhängig. Konkurrenzfirmen geben bereits solche Zusicherungen. Um den Isotopenexport und seine vorgesehene Steigerung in die BRD durchsetzen zu können, ist die DDR zu entsprechenden Entscheidungen gezwungen.

Für eine Abnahme radioaktiver Abfälle+ sprechen folgende Gründe:

- Exportsteigerung im Zeitraum 1980-85 bis auf das 10fache möglich;
- zusätzliche Einnahmen in gleicher Größenordnung für die Übernahme der Abfälle;
- günstige Lage und vorhandene Kapazitäten des Endlagers Morsleben;
- geringe Investitionen erforderlich (evtl. Transportmittel);
- lediglich niedrig- bis mittelaktive Abfälle (nicht alphahaltig) in konfektionierter Form (Fässer, verfestigt) aus Kliniken und Forschungseinrichtungen;
- politisch als "Rücknahme" (keine Übernahme) argumentierbar.

Genosse Merz hat die Auflage der AG Schalck, dem Minister für Außenhandel eine Vorlage für Genossen Dr. Mittag auszuarbeiten und sich dazu mit dem MKE (ökonomische Fragen) und dem SAAS (Sicherheitsfragen) abzustimmen. Genosse Merz bittet um Prüfung anhand übergebener Unterlagen (Anlage).

Berlin, den 23. Mai 1980

Rohrusch

Morsleben-Archiv
001039

KOPIE AUS DEM BUNDESARCHIV

Staatliches Amt für Atomsicherheit und Strahlenschutz der DDR

Berlin, 25. 4. 79

Morsleben-Archiv
000582

S t e l l u n g n a h m e

zum irreführenden Vergleich in den Massenmedien der BRD zur Abfallproblematik in Gorleben/BRD und Morsleben/DDR

Regierungsvertreter der BRD haben in Massenmedien erklärt, daß die DDR von der BRD über die Pläne zur Errichtung eines Endlagers für radioaktive Abfälle in Gorleben informiert wurde. Gleichzeitig wurde darauf verwiesen, daß die DDR im Gegensatz dazu keinerlei Informationen über ihr Endlager für radioaktive Abfälle an die BRD übergeben habe.

Zu diesen Äußerungen ist folgendes zu bemerken:

1. Die Gleichstellung der Anlagen in Gorleben/BRD und Morsleben/DDR ist falsch und irreführend. So sollen in Gorleben umfangreiche Anlagen zur Wiederaufbereitung bestrahlter Kernbrennstoffe und Endlagerung der entstehenden hochradioaktiven Abfälle errichtet werden. Demgegenüber ist Morsleben nur ein Endlager für niedrig- und mittelaktive Abfälle. Hochaktive Abfälle fallen in der DDR bekanntlich nicht an, da die ausgebrannten Brennelemente aus den Kernkraftwerken in die UdSSR zurücktransportiert werden. Technologien, Radioaktivitätsinventare und Gefährdungspotentiale dieser unterschiedlichen Anlagen sind in keiner Weise vergleichbar.

2. Die DDR hat bereits 1975 auf einem internationalen Symposium des RGW und 1976 auf einem internationalen Symposium der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEA) durch Vorträge grundsätzlich über die Kategorien der anfallenden radioaktiven Abfälle und die

KOPIE AUS DEM BUNDESARCHIV

Konzeption zu ihrer Beseitigung im Steinsalzbergwerk Morsleben informiert.

Nach Fertigstellung des Endlagers wurde in Abstimmung mit dem Minister für Kohle und Energie auf der Grundlage der vom Sekretariat des Zentralkomitees der SED und vom Präsidium des Ministerrates bestätigten Direktive durch den Leiter der Regierungsdelegation der DDR, Genossen Staatssekretär Prof. Dr. Sitzlack, auf der 22. Generalkonferenz der IAEA, der Vollversammlung der 110 Mitgliedstaaten dieser für die nuklearen Fragen zuständigen Organisation des UNO-Systems, folgende Information gegeben:

"In the past decade, for example, an industrially operated depository for low- and intermediate-level radioactive wastes was prepared and constructed, which is characterized by a high degree of automation and permits the final storage of wastes over long periods. As is well known, the problem of high-level radioactive wastes has been solved for years within the Council of Mutual Economic Assistance in close co-operation with the USSR."

("So wurde im vergangenen Jahrzehnt ein großes industriell betriebenes Endlager für niedrig- bis mittelaktive radioaktive Abfälle vorbereitet und errichtet, das sich durch einen hohen Grad an Automatisierung auszeichnet und die Abfallagerung über große Zeiträume ermöglicht. Das Problem der hochaktiven Abfälle ist im Rahmen des RGW bekanntlich seit Jahren in enger Zusammenarbeit mit der UdSSR gelöst.")

Diese Information ist damit in den Dokumenten der Generalkonferenz der IAEA enthalten.

KOPIE AUS DEM BUNDESARCHIV

BArchB DF 10 Nr. 253

Quelle: Aktenlinie 11.3.81
Inventarisiert
2. April 1987
E1033/ Inst. B
Vertrag des Bergamtes
Morsleben, d. 30.03.87
ZFF-Zi/Zi
hhW-2 | 32 | 87 | 6 | 1-2

VE Kombinat KKW "Bruno Leuschner"
BT Endlager f. radioaktive Abfälle

P r o t o k o l l

Beratung zu Problemen der Langzeitstabilität der Grube Bartensleben

Zeit: 17.10.1986
Ort: Dresden
Teilnehmer:
Koll. Dr. Schwandt - VEB K Kali, DB Forschung
Koll. Dr. Mosler - BI Freiberg
Kolln. M. Petschel - KKW/FAW
Koll. H. Ziegert - ERA/ZF

Morsleben-Archiv
000664

Gegenstand der Beratung waren Probleme der Langzeitstabilität der Grube Bartensleben, mögliche Verwahrungsmaßnahmen sowie Fragen einer möglichen Radionuklidausbreitung in der Grube. Als Vorlage zur Beratung dienten die Diskussionsgrundlage für die Expertenbefragung zur Langzeitstabilität der Grube Bartensleben (VD KKW-Z 94/86) sowie der Protokollentwurf der Beratung zum selbigen Thema vom 11.09.86 (VD KKW-Z 117/86).

Folgende Aussagen wurden getroffen:

1. Zur Verwahrung:

Als praktikable Verwahrungsart der Grube Bartensleben wird die gezielte Flutung angesehen. Die Verwahrungskonzeption ist auf einer präzisierten Szenarienanalyse und Expertenaussage zu erstellen. Je nach den spezifischen Verhältnissen in der Grube ist eine Steuerung des Flutungsvorganges durch Hilfsdämme u.ä. möglich. Die Flutung selbst ist ein außerordenlich komplizierter Vorgang, in dem verschiedene Effekte wie Umlösungen, Gasfreisetzungen u.ä. Berücksichtigung finden müssen. Im Ergebnis der Flutung entsteht eine Dichteschichtung der Lauge, die sehr stabil ist und sich praktisch unter normalen geologischen Bedingungen (geothermischens Feld) nicht vermischt. Diese Aussage wird belegt durch Untersuchungen in gefluteten Schachtröhren sowie an Salzlösungen in Grubenfeldern und Ablaugungsflächen. Hier sind stabile Laugenschichtungen teilweise in geologischen Zeiträumen nachgewiesen worden.
Ebenso zeigen Satellitenaufnahmen von NaCl-Abwässern bei der Herstellung von Gaskavernen in der Nordsee, daß diese sich mit dem umgebenen Meerwasser nur schwer mischen. Die Diffusion und Konvektion der Lauge durch das natürliche geothermische Feld hat praktisch keinen Einfluß auf die Laugenschichtung.

2. Zur Radionuklidmigration:

Der Angriff der Lauge an den EDR-BFA-Monolithen wird gering sein, ebenso auf Abfällen in Einlagerungsbereiche, die separat liegen und abriegelbar sind (Nordfeld, Ostfeld).
Die Radionuklidmigration kann in signifikantem Umfang nur in Folge einer An- oder Durchströmung der Einlagerungsbereiche mit Lauge erfolgen. Ursachen für eine solche Strömung sind

Morsleben-Netzwerk | Karl-Schmidt-Str. 4 | 39104 Magdeburg | 01 62-860 89 49 | kontakt@morsleben-stillegung.de | www.morsleben-stillegung.de

 3.8.87 A/10

Neue Leitung in den Harz soll bei verseuchtem Wasser helfen

Helmstedter Trinkwasser durch Atommüll der DDR gefährdet

Eigener Bericht

eg. Hannover

Die Stadt Helmstedt kann die Gefahr einer radioaktiven Verseuchung des Trinkwassers durch eine nur 1500 Meter vom Haupttrinkwasserbrunnen der Stadt entfernte Atommülldeponie auf dem Gebiet der DDR nicht mit Sicherheit ausschließen. Es werden jedoch umfangreiche Vorkehrungen zum Schutz der Bevölkerung getroffen. Das teilte der Helmstedter Stadtdirektor Lothar Wien am Sonntag auf Anfrage mit. Unter anderem werde eine Trinkwasserleitung in den Harz gebaut, nach deren Fertigstellung der gefährdete Brunnen innerhalb kürzester Zeit geschlossen werden könne, ohne daß es deshalb zu Engpässen bei der Versorgung komme.

Der Helmstedter Verwaltungschef reagierte mit dieser Stellungnahme auf Berichte vom Wochenende, nach denen Grundwasser aus der Umgebung der Atommüll-Lagerstätte der DDR direkt auf den Helmstedter Brunnen zufließe. Dies sei, so betonte Wien, der Helmstedter Stadtverwaltung und auch der Landesregierung seit 1981 bekannt.

Als Vorsichtsmaßnahme seien auf dem Gelände zwischen dem Helmstedter Trinkwasserbrunnen und dem DDR-Grenzgebiet fünf Kontrollbrunnen angelegt worden, die alle vier Wochen auf eventuelle radioaktive Belastung hin kontrolliert würden. Eine häufigere Überprüfung sei nach Auffassung des dafür zuständigen Umweltministeriums nicht notwendig, weil durch einen Störfall auf DDR-Gebiet verseuchtes Wasser – wissenschaftlichen Gutachten zufolge – erst Monate, wahrscheinlich sogar erst Jahre später in Helmstedt auftauche. Diese zeitliche Verzögerung sei auf den „trägen Grundwasserfluß" zurückzuführen.

Eine neue Diskussion um die Gefährdung des Trinkwassers kommt den Stadtvätern der 96 000 Einwohner zählenden Grenzstadt nicht ganz ungelegen. Denn die Fertigstellung der Trinkwasserfernleitung in den Harz droht sich zu verzögern, nachdem das Land Niedersachsen von 1988 an keine Zuschüsse mehr zu dem 25 Millionen Mark teuren Bauprojekt geben will.

Bisher habe das Land Niedersachsen 80 Prozent der Kosten getragen. Nun, da 19 Millionen Mark verbaut seien, habe sich das Land zurückgezogen, sagte Stadtdirektor Wien. Es sei deshalb zur Zeit völlig ungewiß, ob und wann die Fernwasserleitung fertiggestellt werde.

Wien bestätigte, daß die DDR in einem direkt an der Grenze gelegenen früheren Salzbergwerk „Schacht Bartensleben" seit 1981 in 400 Meter Tiefe ein zentrales Atommüllager für schwach- und mittelaktiven Atommüll unterhält. Über die gelagerten Mengen sei nichts bekannt. Sprecher der Umweltministerien in Hannover und Bonn vertraten am Wochenende die Auffassung, daß die Gefahr einer Verseuchung des Trinkwassers sehr gering sei. Die bisher vorgenommenen Überprüfungen des Grundwassers hätten zu keinem Zeitpunkt erhöhte Werte ergeben.

DDR-Atommüll-Lager „Schacht Bartensleben"*: Das Bergwerk nebenan steht schon unter Wasser

„Was die da machen, weiß keiner genau"

Deutsch-deutsche Gemeinsamkeit: Auch die DDR lagert ihren Atommüll in Grenznähe

„Gefährdung größerer Personengruppen" durch freigesetzte Radioaktivität – dieses Risiko bescheinigt eine DDR-Studie Atommüll-Lagerstätten, wie sie der SED-Staat in einem Salzbergwerk in der Nähe der niedersächsischen Grenzstadt Helmstedt unterhält. Obwohl die Regierungen in Bonn und Hannover die Gefahren kennen, haben sie bislang auf Proteste verzichtet. Sie wollen ihre eigenen Pläne nicht gefährden, in einem Salzstock bei Gorleben, ebenfalls an der deutsch-deutschen Grenze, strahlende Atomabfälle einzulagern.

Lothar Wien, Stadtdirektor in der niedersächsischen Grenzstadt Helmstedt, fürchtet sich vor einer unsichtbaren Gefahr aus dem Osten: Was „die da drüben machen", sagt der Kommunalbeamte, wisse doch „kein Mensch so ganz genau".

Der Grund für Wiens Sorge liegt 400 Meter tief in der Erde, gerade mal ein paar hundert Meter entfernt drüben in der DDR. Dort, nahe am Dorf Morsleben, lagert der SED-Staat im ehemaligen Salzbergwerk „Schacht Bartensleben" seinen Atommüll ein.

Erst auf „internationalen Umwegen", empört sich der Verwaltungschef, habe Helmstedt von der nahen Entsorgungsstätte erfahren, und das auch noch viel zu spät: Da hatte die DDR schon Tausende von 200-Liter-Fässern mit radioaktivem Inhalt in die Kavernen verbracht.

Das Atommüll-Lager zählt, so scheint es, zu den geheimsten Einrichtungen der DDR. Bonner Fachbeamte baten die DDR erfolglos um präzise Daten über die Anlage. Kein West-Physiker oder Bergingenieur durfte bislang die Grube von innen sehen. Die DDR, sagt ein Strahlenschutzexperte im Bonner Umweltministerium, zeige sich „ziemlich zugeknöpft". „Die genieren sich wohl", vermutet ein Atommüll-Fachmann der niedersächsischen Landesregierung, die gleichfalls nicht genau einschätzen kann, wie hoch das Risiko für den Westen ist.

Gleichwohl reagierte die CDU-Regierung in Hannover, die bei Gorleben, ebenfalls nahe der deutsch-deutschen Grenze tief unten in einem Salzstock, gegen Widerstände das erste westdeutsche Atommüll-Endlager herrichten will, auf die Ost-Berliner Informationspolitik nur verhalten: Einerseits möchte das hannoversche Kabinett die Strahlenangst der Bürger nicht noch schüren und mögliche Risiken herunterspielen; andererseits ließ die Landesregierung vorsichtshalber bei Helmstedt Untersuchungen vornehmen, deren Ergebnisse geeignet sind, Sorgen noch zu verstärken.

So fand das niedersächsische Landesamt für Bodenforschung bei Tiefbohrungen heraus, daß Grundwasser aus der Umgebung der Grube genau auf Helmstedts wichtigsten Trinkwasserbrunnen „Clarabad" zufließt. Bei einer nuklearen Verseuchung, urteilten die Geologen zurückhaltend, sei eine Gefahr für Helmstedts Wasser „nicht ausgeschlossen".

Brunnenvergiftung ist nicht das einzige Risiko für den Westen: Der alte Schacht Bartensleben liegt im Urstromtal der Aller, die nördlich von Helmstedt die Grenze passiert. Havariert die Salzgrube, könnte der kleine Fluß schnell zu einem Atomstrom werden.

Solange westliche Wissenschaftler weder exakte Daten über das atomare Endlager erhalten noch die Anlage in Augenschein genommen haben, können sie Gefahren nur anhand von Artikeln in Fachzeitschriften und von Vorträgen abschätzen, die auf internationalen Symposien gehalten wurden. Soviel, immer-

* Reproduktion aus einer Publikation der Internationalen Atomenergie-Organisation.

Morsleben-Netzwerk | Karl-Schmidt-Str. 4 | 39104 Magdeburg | 01 62-860 89 49 | kontakt@morsleben-stillegung.de | www.morsleben-stillegung.de

Kopie

Der Bundesminister
für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit
- Der Staatssekretär -

5300 Bonn 1, den 2.10.1990
Postfach 120629
Fernruf (0228) 305-2020/21/22
oder (0228) 305-0 (Vermittlung)

Per Telefax

Bundesamt für Strahlenschutz
Postfach

3320 Salzgitter

Betr.: Endlager für radioaktive Abfälle in Morsleben
hier: Fortführung durch das BfS
gemäß Artikel 13 Abs. 2 des Einigungsvertrages in Verbindung mit §§ 9a, 9b und 23 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 AtG

Unbeschadet der Tatsache, daß derzeit noch die Energiewerke Nord AG i.V. den unmittelbaren Besitz an dem Endlager Morsleben (ERAM) ausüben, hat das SAAS das ERAM gemäß Umweltrahmengesetz (Artikel 2 § 3 Abs. 1 Satz 1 und § 5) nach den §§ 9a, 9b und 23 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 AtG als staatliches Endlager zu betreiben.

Nach Artikel 13 Abs. 1 und 2 des Einigungsvertrages untersteht eine Einrichtung, die nach der Kompetenzordnung des Grundgesetzes Bundesaufgaben erfüllt, der zuständigen obersten Bundesbehörde. Diese regelt die Überführung oder Abwicklung (Artikel 13 Abs. 2 Satz 2 des Einigungsvertrags). Das ERAM stellt Verwaltungsvermögen im Sinne des Artikel 21 des Einigungsvertrags dar, das nach dieser Bestimmung auf den Bund übergeht.

Morsleben-Archiv
000607

Recycling Papier, zu 100% aus Altpapier hergestellt

taz 8.11.90

SED-Atommüllager soll weiter genutzt werden

Töpfers Bundesamt für Strahlenschutz sieht „kein Risiko"

Berlin/Morsleben/Bonn (dpa/taz) — Das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) in Salzgitter ist offenbar wild entschlossen, das Atommüll-Endlager Morsleben bei Helmstedt weiter zu nutzen. Das BfS hat am Mittwoch offiziell die Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern (DBE) damit beauftragt, den Betrieb des von der SED gebauten und genehmigten ehemaligen DDR-Endlagers zu übernehmen. Ein sicherheitsrelevantes Risiko, das die weitere Einlagerung in Frage stellen würde, sei nicht zu erkennen, erklärte das BfS unter Berufung auf „Zwischenergebnisse" einer Sicherheitsanalyse. Umweltminister Töpfer hatte im letzten August die Gesellschaft für Reaktorsicherheit damit beauftragt, das Morslebener Atommüllager zu überprüfen.

Die Helmstedter Rechtsanwältin Claudia Fittkow warf dem Bundesamt für Strahlenschutz und dem Bonner Umweltministerium gestern vor, daß sie jetzt versuchen würden, einen sauberen Betreiber zu präsentieren, nachdem die Frage von Eigentümer, Betreiber und Kontrollinstanzen über mehrere Wochen völlig unklar gewesen sei. Zudem seien die Gemeinde Morsleben und der Kreis Haldesleben zur Übernahme des Endlagers bis heute nicht einmal angehört worden. Dies seien massive Rechtsverstöße. Frau Fittkow hat nach ihrem Antrag auf eine einstweilige Verfügung gegen den Weiterbetrieb in Morsleben jetzt eine Verfassungsbeschwerde eingereicht.

Am letzten Wochenende wurde in Haldesleben die erste „gesamtdeutsche Bürgerinitiative" gegen Atomanlagen gegründet. Die neue „Initiative gegen das Atommüll-Endlager Morsleben" mit Mitgliedern aus alten und neuen Bundesländern will die Bevölkerung im Eiltempo über die „unglaublichen Zustände" in Morsleben aufklären. Von der abenteuerlichen Einlagerung flüssiger Abfälle bis hin zu den verbeulten Fässern, in denen die strahlenden Frachten einfach abgekippt würden, verstoße der Betrieb des Endlagers in vielen Punkten gegen deutsche Sicherheitsregeln, erklärten BI-Sprecher.

Die „Ärzte gegen den Atomkrieg" rufen zu einer eigenständigen Ärzte-Demo innerhalb des bundesweiten Protestes gegen das Atommüllager in Gorleben am 10. November auf. Atomarer Müll stelle eine langandauernde, außerordentliche Gefahr für Gesundheit und Umwelt durch ionisierende Strahlung dar, heißt es in einem Aufruf. Die „Ärzte gegen den Atomkrieg" erheben in „unserem und im Namen unser Patienten" Einspruch gegen den Weiterbau in Gorleben und fordern zugleich den Ausstieg aus der Atomenergienutzung. -man-/gn

FDP: Ohne Morsleben keine Kranken-Behandlung

VST 1.4.

Magdeburg (EB). In scharfer Form wandte sich der umweltpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Martin Schwalba, gegen die von Abgeordneten verschiedener Fraktionen des Landtages geforderte Schließung des Endlagers Morsleben.

Schwalba: Gegen Schließung

Man beziehe sich, so Schwalba, auf Unterlagen von Greenpeace, in denen Morsleben als „Tropfsteinhöhle" bezeichnet wird. Von einem jährlichen Wasserzufluß bis zu 525 000 m^3 sei beispielsweise die Rede. Tatsächlich dringe nur an einer einzigen Stelle tropfenweise Wasser ein, und diese Menge sei seit langem konstant geblieben.

Schwalba betonte, daß in Morsleben ohnehin keine stark strahlenden verbrauchten Brennstäbe der Atomindustrie, sondern nur schwach radioaktive Abfälle aus Medizin, Forschung und Industrie abgelagert werden.

Die Einbringer des Antrages sollten nach Auffassung des liberalen Politikers bedenken, daß im medizinischen Bereich die Anwendung von radioaktiven Strahlen für die Erhaltung des menschlichen Lebens zwingend notwendig ist. Auch werde die Verwendung von markierten Kontrastmitteln zur Untersuchung von Herz-, Magen- und Darmkrankheiten gefährdet, wenn dabei entstehende Abfälle nicht mehr ordnungsgemäß abgelagert werden können.

„Wer Morsleben auf Dauer schließen will, der muß den schwerkranken Menschen mitteilen, daß ihre medizinische Behandlung in Deutschland nicht mehr möglich ist."

Morsleben-Archiv
001081

UND SO SIEHT DER PLAN DER ATOMWIRTSCHAFT ZU MORSLEBEN AUS:

1. STUFE

Man versucht, die Betriebsgenehmigung aus DDR-Zeiten unbedingt zu erhalten.
Dazu wird über die Bundesregierung Einfluß auf das Bundesver fassungsgericht ausgeübt, damit der Einspruch von Frau Claudia Fittkow abgewiesen und wenn das nicht erreichbar ist, möglichst lange verzögert wird.

2. STUFE

Man versucht, die Sicherheitsbedenken gegen das Endlager Morsleben zu relativieren.
Dazu werden die kritischen Gutachten, wie das von Prof. Herrmann nicht beachtet bzw. in Frage gestellt.
Es wird versucht, mit allen Mitteln äquivalente Schutzmöglichkeiten aufzuzeigen, wie das geotechnische Konzept des Dr.Schwandt. Hauptsache der Öffentlichkeit wird vermittelt, Morsleben sei beherrschbar.

3. STUFE

Es wird Druck auf die Landesregierung von Sachsen-Anhalt ausgeübt, zuerst ein Endlager oder eine Lagermöglichkeit für den bereits vorhandenen radioaktiven Abfall aus der Medizin zu erreichen.
Dabei wird öffentlicher Druck erzeugt, die Morsleben-Kritiker gefährden die medizinische Versorgung.
So soll Akzeptanz für Morsleben in der Bevölkerung erzeugt werden.
Natürlich nur eine vorübergehende Einlagerung.

4. STUFE

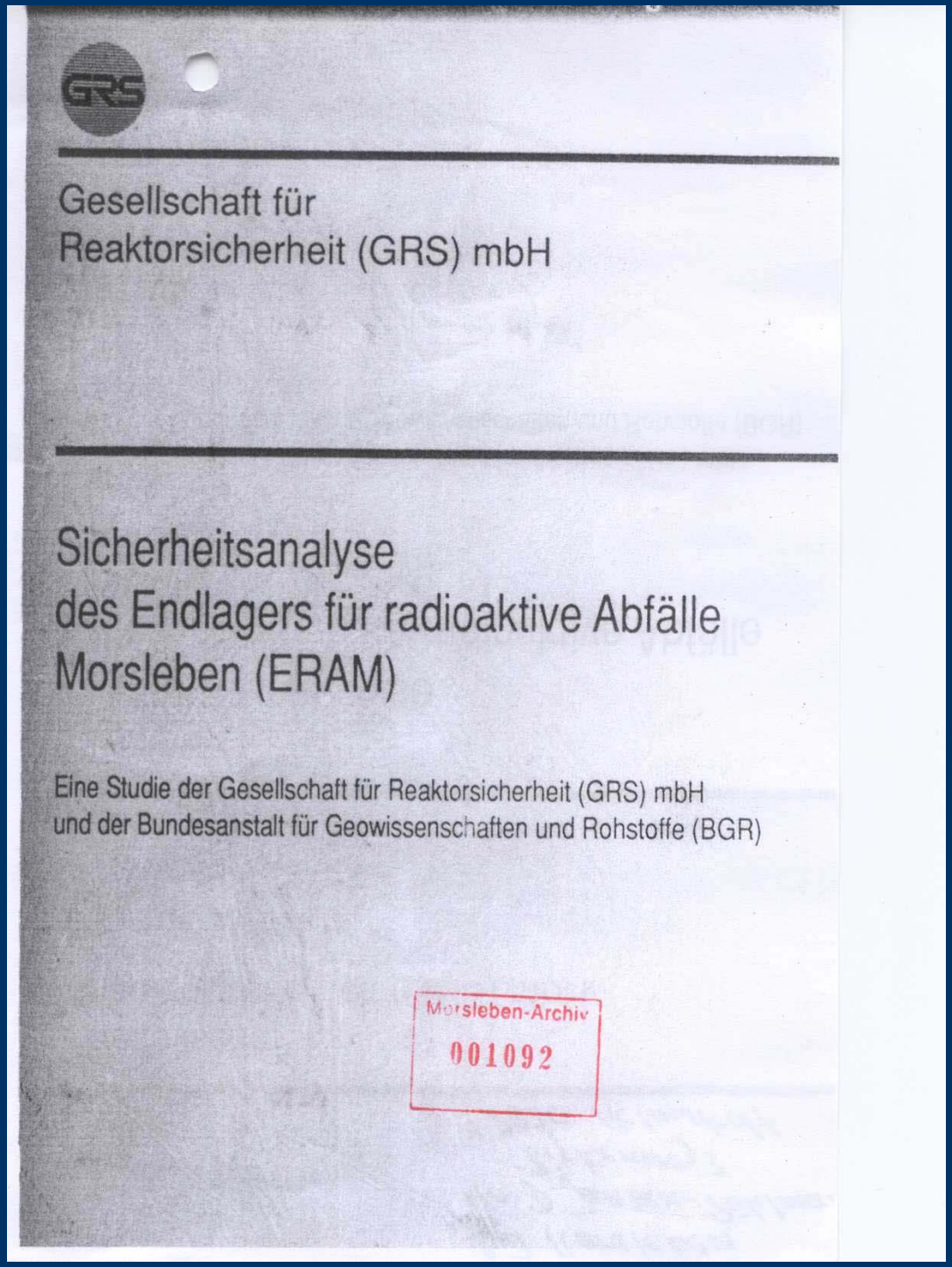
Man versucht, allen nicht wärmeentwickelnden radioaktiven Abfall aus den neuen Bundesländern einzulagern.
Grundlage dafür ist die umstrittene Betriebsgenehmigung aus DDR-Zeiten. Also auch Atommüll aus Greifswald, Rheinsberg und Rossendorf.
Dabei wird verstärkt auf die "Ostmentalität" spekuliert: "Wir entsorgen unseren Müll selbst, aber Westmüll kommt nicht rein!"
Natürlich auch wieder nur eine vorrübergehende Einlagerung.

5. STUFE

Es wird über die Bundesregierung angewiesen, auch radioaktivem Atommüll aus den alten Bundesländern "probeweise" und nur "vorrübergehend" einzulagern. Schließlich ist Westmüll nicht gefährlicher als Ostmüll und angesichts des Entsorgungsnotstandes muß der Abfall aus den AKWs und der Wiederaufarbeitung im Ausland ja irgendwo zwischengelagert werden, vor allem weil sich Schacht Konrad immer mehr als ungeeignet herausstellt.

6. STUFE (etwa im Jahr 2000)

Inzwischen sind in Morsleben die größten Mengen von radioaktiven Abfällen eingelagert worden.
Das Planfeststellungsverfahren stellt bestätigt, wenn es zu diesem Zeitpunkt schon beendet ist, Morsleben ist ungeeignet. Falls zu diesem Zeitpunkt Schacht Konrad noch nicht in Betrieb ist, wird die Macht des Faktischen die Entsorgungfrage zur nationalen Frage erhoben und Morsleben zum nationalen Endlager erklärt.



Gesellschaft für
Reaktorsicherheit (GRS) mbH

Sicherheitsanalyse des Endlagers für radioaktive Abfälle Morsleben (ERAM)

Eine Studie der Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS) mbH
und der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR)

Morsleben-Archiv
001092

BfS Bundesamt für Strahlenschutz

BfS: Morsleben ist sicher!

Gegenwärtig ist das Endlager für radioaktive Abfallstoffe Morsleben (ERAM) das einzige genehmigte Endlager Deutschlands für schwach- und mittelaktive Abfälle. Berichte in den Medien bezweifeln seine Sicherheit. Widerrechtlich blockierte Greenpeace tagelang den Eingang des Endlagers und verunsichert die Bürger durch falsche Behauptungen.

Deshalb stellt das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) klar:

Greenpeace behauptet:
Das Endlager Morsleben wird illegal betrieben.

Tatsache ist:

Das BfS ist rechtmäßiger Inhaber der Genehmigung für das ERAM. Die von der ehemaligen DDR erteilte Dauerbetriebsgenehmigung gilt bis zum 30. Juni 2000 fort. Bestätigt wurde dies 1992 durch ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes. Nach dem deutschen Atomgesetz ist das BfS gesetzlich verpflichtet, das ERAM als Bundesendlager zu betreiben.
Von einem "illegalen Betrieb" kann also keine Rede sein!

Greenpeace behauptet:
Das Endlager hat keinen Nachweis der Langzeitsicherheit.

Tatsache ist:

Bereits 1989 wurde ein Sicherheitsbericht fertiggestellt, der den Nachweis der Langzeitsicherheit enthält. Maßstab dafür waren internationale Grundsätze der Atomenergiebehörde (IAEA) und die damals geltenden Gesetze der DDR.

Ergebnis: ***Die Schutzziele für die Bevölkerung und die Umwelt werden eingehalten!***
Nach der deutschen Einigung ließ der Bundesumweltminister von der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) eine Sicherheitsanalyse für das ERAM erstellen. Diese kommt zu dem Ergebnis: die Sicherheit der Beschäftigten und der Umwelt während des Anlagenbetriebes ist gewährleistet. Auch nach Ende des Einlagerungsbetriebes wird es keine unzulässigen Aktivitätsfreisetzungen an das Grund- und Oberflächenwasser der Umgebung geben.
Erhöhte Strahlenbelastungen für die Bevölkerung und die Umwelt sind also ausgeschlossen.

Greenpeace behauptet:
Durch Tropfstellen im Endlager kann die Grube "absaufen" und das Grundwasser verseucht werden.

Tatsache ist:

Fünf Tropfstellen sind seit vielen Jahren, teilweise seit 1907, im Salzstock Morsleben bekannt und keineswegs sensationell. Untersuchungen im Auftrag des BfS - beispielsweise von Professor A.G. Herrmann - belegen: Nur für eine Tropfstelle im "Lager H"

BfS Z 0006 06.93

Presseinformation

Ministerium für **Umwelt** und **Naturschutz** des Landes Sachsen-Anhalt
Sprecher des Ministeriums

Sender:
Ministerium für Umwelt und Naturschutz,
Pfälzer Str. O-3024 Magdeburg

Datum: 2.06.93
Tel 0391 / 567-3213
Fax 0391 / 567-3366

Sollten Sie nicht alle aufgeführten Seiten erhalten haben, rufen Sie uns bitte an.

Seitenzahl: (einschließlich Deckblatt)

Umweltminister Rauls: "Aus für atomares Endlager in Morsleben - Gutachten liegt vor"

Sachsen-Anhalts Umweltminister Wolfgang Rauls (FDP) sieht sich in seiner bisherigen Annahme um die Nutzung des Endlagers für radioaktive Abfälle (ERAM) bestätigt. Der Berliner Rechtsexperte, Prof. Michael Kloepfer, stellte in seinem Gutachten fest, daß es gegen die vom Bund geplante Nutzung des ERAM für die gesamte Bundesrepublik erhebliche rechtliche Bedenken gebe.

In der Frage, ob in das ERAM radioaktive Abfälle nur aus den neuen Ländern oder aus dem gesamten Bundesgebiet eingelagert werden darf, vertrat Rauls stets die Ansicht, daß das ERAM lediglich für die neuen Bundesländer in Frage käme.

Morsleben-Archiv
001094

BE:
Staatsministerium für Umwelt
und Landesentwicklung des
Freistaates Sachsen

9. UMK-Ost
TOP 12

Entsorgung radioaktiver Abfälle in das Endlager Morsleben

Beschluß:

Die Umweltminister der neuen Länder bitten den BMU, eine rasche Entscheidung für den Weiterbetrieb des Endlagers für radioaktive Abfälle Morsleben zu treffen und hierfür die erforderlichen Abstimmungen mit den Bundesressorts, dem Land Sachsen-Anhalt und den Ablieferungspflichtigen durchzuführen.

- - -

Protokollnotiz des Landes Sachsen-Anhalt:

Sachsen-Anhalt vertritt die Rechtsauffassung, daß die Einlagerung radioaktiver Abfälle in das Endlager Morsleben (ERAM) nur für Abfälle aus den neuen Bundesländern erfolgen darf.

Protokollnotiz des BMU:

Der Bund weist darauf hin, daß die Möglichkeit zur Einlagerung für alle Bundesländer gilt.

Morsleben-Archiv
000594

GREENPEACE aktuell

Greenpeace e.V., Pressestelle, Vorsetzen 53, 2000 Hamburg 11, Telefon (040) 3 11 86-142/143, Telefax (040) 31 186 141, Telex 2 164 831 gp d.

Claudia Sieg, Tel. 040 - 311 86 153

Morsleben-Archiv
001072

GREENPEACE-PRESSEMITTEILUNG VOM 8. FEBRUAR 1993

ATOM-ENDLAGER MORSLEBEN - SCHWERWIEGENDE SICHERHEITSBEDENKEN VERTUSCHT

Auf einer Pressekonferenz in Magdeburg legt Greenpeace heute interne Protokolle der Reaktor-Sicherheitskommission (RSK) vor, die belegen: Schwerwiegende Sicherheitsbedenken gegen die Wiederinbetriebnahme des Atom-Endlagers Morsleben wurden von der RSK beim Genehmigungsprozeß unterschlagen. Selbst der Betreiber des Endlagers, das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS), hat ernsthafte Bedenken gegen die Wiederinbetriebnahme des umstrittenen atomaren Endlagers.

Neue Gutachten und Aussagen bestätigen die Unsicherheit des Lagers: Danach stammen Zuflüsse von Wasser und Lösungen eindeutig aus dem Deckgebirge, es besteht die Gefahr, daß die Grube einstürzt oder in den zufließenden Wassermassen absäuft. Eine Langzeitsicherheit ist nach Auffassung von Greenpeace nicht gegeben.

"Das erste deutsche Atom-Endlager Morsleben erfüllt nicht im Mindesten die von der RSK 1983 selbst aufgestellten Sicherheitskriterien für die Endlagerung radioaktiver Abfälle", meint Atomexpertin Inge Lindemann von Greenpeace auf der Pressekonferenz. "Wir fordern die Rücknahme der Betriebsgenehmigung. Morsleben muß stillgelegt werden. Die bereits abgekippten Atomabfälle müssen gehoben werden."

Auch der Gutachter des Bundesamtes für Strahlenschutz, Professor Herrmann, warnt in seinem Abschlußgutachten vor der Unsicherheit des Endlagerstandortes Morsleben: "Aufgrund der dargestellten geologischen und geochemischen Situation der Lösungszuflüsse ... muß festgestellt werden, daß offensichtlich nur unzulänglich wirksame natürliche bzw. geologische Barrieren zwischen Endlager und der Biosphäre existieren."

Unvorhersehbare Wassereinbrüche aus dem Deckgebirge gefährden die Standsicherheit des Grubengebäudes und können zum Absaufen der Stollen führen. Entgegen offizieller Behauptungen über die "Beherrschbarkeit" der Tropfstellen ist mit Zuflüssen bis zu 1000 Liter pro Stunde zu rechnen, wie die Geologen Dr. Dietrich Appel und Jürgen Kreusch in ihrem Gutachten für Greenpeace vorrechnen.

Bankverbindungen:
Vereins- und Westbank, Kto. 1/471 300, BLZ 200 300 00; Postgiroamt Hamburg, Kto. 20 61-206, BLZ 200 100 20
Greenpeace ist vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt Spenden sind steuerabzugsfähig.

112/93 S
Bonn, 17.08.1993

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit teilt mit:

Töpfer: ERAM-Betrieb rechtmäßig und sicher

Als unglaubliche Unterstellung hat Bundesminister Dr. Klaus Töpfer die Aussagen von Greenpeace bei der heutigen Demonstration vor dem Endlager Morsleben (ERAM) bezeichnet. Insbesondere zu der Behauptung, die Einlagerung radioaktiver Abfälle im ERAM sei der "schwerste Fall vereinigungsbedingter Umweltkriminalität", stellt Töpfer fest:

1. Der Betrieb des ERAM ist rechtmäßig. Dies hat das Bundesverwaltungsgericht in seiner Entscheidung vom 25. Juni 1992 festgestellt. Danach ist auf der Grundlage des Einigungsvertrages die von der DDR erteilte Genehmigung - auch wenn eine Öffentlichkeitsbeteiligung hierbei nicht stattgefunden hat - rechtmäßig auf das Bundesamt für Strahlenschutz übergegangen. Entsprechend dem Einigungsvertrag gilt diese Genehmigung bis zum 30.6.2000 fort.

2. Der Betrieb des ERAM ist sicher. Entgegen den wiederholten Behauptungen von Greenpeace wurden sicherheitstechnische Bedenken nicht "vom Tisch gewischt". Sowohl das zuständige Bundesamt für Strahlenschutz wie auch Bundesminister Töpfer haben alle sicherheitsrelevanten Aspekte sorgfältig untersuchen lassen und haben hierzu mehrfach auch öffentlich Stellung genommen. Danach kann das ERAM im genehmigten Zeitraum sicherheitstechnisch unbedenklich betrieben werden, zumal im Gegensatz zur ehemaligen DDR die Einlage-

...

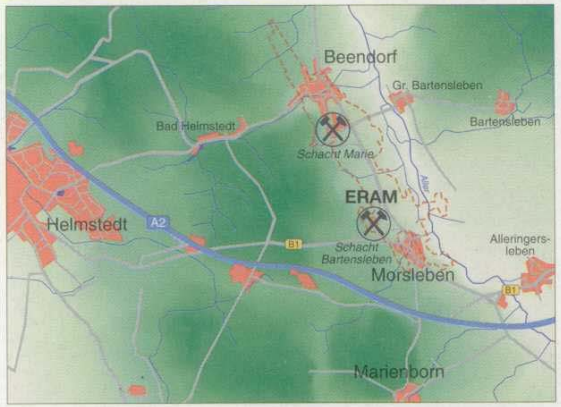
Morsleben-Archiv
000538

EMPFANGEN

ENDLAGER FÜR RADIOAKTIVE ABFÄLLE MORSLEBEN (ERAM)

Ministerium für Umwelt,
Naturschutz und Raumordnung
des Landes Sachsen-Anhalt

1974 folgte die Errichtungsgenehmigung für die erste Ausbaustufe.
Nach Abschluß des Versuchsbetriebes erging 1981 die erste Genehmigung zum befristeten Einlagerungsbetrieb mit einer Gültigkeit von fünf Jahren. 1986 erteilte das Staatliche Amt für Atomsicherheit und Strahlenschutz (SAAS) der DDR die Dauerbetriebsgenehmigung, die durch den Einigungsvertrag als fiktiver Planfeststellungsbeschluß bis zum 30. Juni 2000 festgeschrieben wurde. Am 13. Oktober 1992 hat das Bundesamt für Strahlenschutz als Betreiber der Anlage beim Umweltministerium von Sachsen-Anhalt als Planfeststellungsbehörde den Antrag zur Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens zum Weiterbetrieb des ERAM über den 30. Juni 2000 hinaus gestellt. Allerdings wurde vom Bund dem Umweltministerium des Landes außer dem Antragsschreiben keine weiteren technischen Unterlagen übergeben, weshalb das Verfahren bislang nicht geführt werden kann.



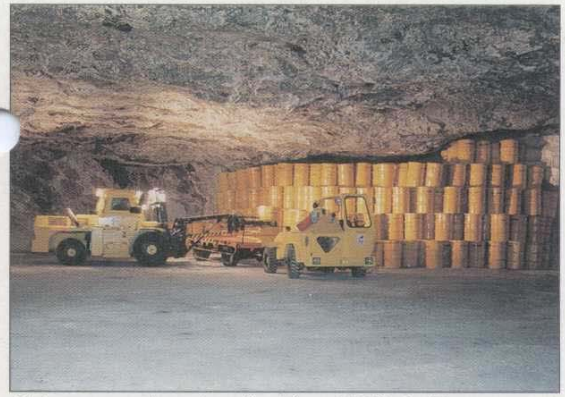
Atomares Endlager im ehemaligen Salzbergwerk - Skepsis seit Anbeginn

Bereits noch zu DDR-Zeiten ist - obgleich nicht öffentlich - die Diskussion um die Sicherheit eines Endlagers für radioaktive Stoffe in einem Salzstock geführt worden. Im SAAS regte sich Zweifel an dieser Variante der nuklearen Entsorgung. Das Amt qualifizierte unter anderem den Sicherheitsbericht des Betreibers von 1989

in seiner Stellungnahme vom 26. April 1990 als unzureichend und verband seine Kritik mit diversen Auflagen nicht nur hinsichtlich sicherheitstechnischer und technologischer Defizite während der Betriebsphase. Auch die Sicherheitsbetrachtung des Endlagers nach der Betriebsphase wurde als unzureichend eingeschätzt.
In der Stellungnahme des SAAS vom 26. April 1990 zum Sicherheitsbericht des Endlagers für radioaktive Abfälle Morsleben ist folgendes dokumentiert:

> *„Fehlende Aussagen zur Zuverlässigkeit der eingesetzten Technik, der Handhabungssicherheit der Endlagerungstechnologien, zur Häufigkeit von Technologieänderungen bzw. Sondermaßnahmen sowie eine unzureichende Auswertung von Störfällen stellen die zusammenfassenden Aussagen in den Kapiteln 5 und 7 zur Sicherheit des Endlagers in der Betriebsphase in Zweifel. Durch das Fehlen nukleidspezifischer Angaben zum Abfallaufkommen aus der KKW-Abfallwirtschaft, aber auch aus der Anwendung und Produktion von Radionukleiden wird die gegebene Sicherheitsanalyse für die Nachbetriebsphase auf die Nukleide Co-60, Cs-137 und Pu-239 drastisch beschränkt."*

Ein wesentlicher Schwachpunkt des Endlagers liegt im fehlenden Langzeitsicherheitsnachweis, der erst im Planfeststellungsverfahren für den Weiterbetrieb über das Jahr 2000 hinaus erbracht werden soll.



Einlagerung schwach radioaktiver Abfälle in Fässern

Morsleben-Netzwerk | Karl-Schmidt-Str. 4 | 39104 Magdeburg | 01 62-860 89 49 | kontakt@morsleben-stillegung.de | www.morsleben-stillegung.de

Weiterbetrieb des umstrittenen Endlagers in Morsleben

Laut Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes vom Juni 1992 gilt die Dauerbetriebsgenehmigung des Endlagers für radioaktive Abfälle als fiktiver Planfeststellungsbeschluß im Sinne des Paragraphen 9b Atomgesetz bis zum 30. Juni 2000 fort. Ein Konzept der Langzeitsicherheit und zur Verwahrung ist entsprechend dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes erst im laufenden Planfeststellungsverfahren zur Überprüfung und Entscheidung vorzulegen. Das Umweltministerium von Sachsen-Anhalt vertritt nach wie vor die Auffassung, daß das Endlager für radioaktive Abfälle in Morsleben nach bundesdeutschem Recht allein wegen des fehlenden Langzeitsicherheitsnachweises nie genehmigungsfähig gewesen wäre. Dies wird übrigens auch durch international anerkannte Kriterien gestützt, nach denen ein Endlager erst dann genehmigt werden soll, wenn der Langzeitsicherheitsnachweis geführt ist.
Es ist mehrmals von Seiten des Landes Sachsen-Anhalt die Forderung an das Bundesumweltministerium ergangen, die Einlagerungen solange auszusetzen, bis ein belastbarer Langzeitsicherheitsnachweis vorliegt. Der Landtag von Sachsen-Anhalt hat am 8. Februar 1996 die Landesregierung aufgefordert, sich gegenüber der Bundesregierung dafür einzusetzen, daß eine unabhängige Kommission aus Experten, Umweltverbänden und Vertretern des Bundes sowie des Landes Sachsen-Anhalts zur Bewertung der aktuellen Sicherheitsfragen im Zusammenhang mit dem Endlager Morsleben eingesetzt wird.

Weitere strittige Punkte zur gegenwärtigen Einlagerungspraxis des Bundes, die zwischen dem Land als Genehmigungs- und Planfeststellungsbehörde und dem Bund als oberste Aufsichtsbehörde sowie als Betreiber geklärt werden müssen, sind vor allem:

1. Die Überprüfung der Gültigkeit des Sicherheitsberichtes von 1989, woraus sich die Abweichung der einzulagernden Abfallmengen sowie des radiologischen Inventars zwischen der Genehmigung und den Planungen des Bundes ableitet. Das Umweltministerium

vertritt die vom Bund abweichende Auffassung, daß der Sicherheitsbericht von 1984 und nicht der aus dem Jahr 1989 Bestandteil der Dauerbetriebsgenehmigung ist.

2. Der Versturz von mittelradioaktiven Abfällen ist im Dezember 1994 wieder aufgenommen worden, obwohl dies 1993 zwischen Bund und Land mit einer Selbstbeschränkung des Bundes ausgeschlossen wurde. Die vom Landesumweltministerium vorgetragenen Gefährdungsverdachte bezüglich der Standsicherheit und der Einlagerungstechnologie, insbesondere in der 5a-Sohle, sind nicht ausgeräumt.

3. Die vom Betreiber geänderten Endlagerungs- und Annahmebedingungen stellen nach Auffassung der Genehmigungsbehörde wesentliche Änderungen des Betriebes dar und bedürfen einer Planfeststellung.

4. Seit 1991 lagern u.a. im Untersuchungs- und Meßfeld des ERAM wärmeentwickelnde hochradioaktive Stoffe der Strahlenschutzgruppen S5 und S6, für welche die Zwischengenehmigungen ausgelaufen sind und die nach geltender Dauerbetriebsgenehmigung nicht im Endlager gelagert werden dürfen. Die oberste Atomaufsichtsbehörde hat sich am 20. Dezember 1995 den Standpunkt des Betreibers zueigen gemacht, wonach die 84% des Strahleninventars von Morsleben ausmachenden radioaktiven Abfälle in eine Landessammelstelle überführt werden sollen.
Dieser Standpunkt wird vom Land Sachsen-Anhalt nicht geteilt. Das Umweltministerium fordert die Offenlegung aller ungenehmigt lagernden Materialien in Morsleben, um entsprechend realistische Bewertungen vornehmen zu können. Insbesondere dieser Punkt hat für das Umweltministerium Anlaß zur Kritik an der Eigenaufsicht des Betreibers gegeben, da die oberste Atomaufsichtsbehörde im Unklaren gelassen wurde, wo und welches Strahlenpotential tatsächlich in Morsleben lagert.

Planfeststellungsverfahren - entscheidungsoffenes Verfahren mit Verzögerungen

Das Bundesamt für Strahlenschutz als Betreiber des Endlagers hat ein Planfeststellungsverfahren nach § 9b Atomgesetz beim Landesministerium beantragt, um nach dem 30. Juni im Jahr 2000 den Weiterbetrieb nach bundesdeutschem Recht abzusichern.
Das Umweltministerium wird hierbei im Rahmen der Bundesauftragsverwaltung tätig und unterliegt der Rechts- und Zweckmäßigkeitsaufsicht des Bundes. Das Ministerium prüft, ob die gesetzlichen Voraussetzungen für das Planfeststellungsverfahren vorliegen und zieht zur Begutachtung der Planungsunterlagen Sachverständige hinzu. Gleichzeitig wird von der Planfeststellungsbehörde eine Beteiligung von Behörden und Träger öffentlicher Belange durchgeführt.

Das Verfahren hat konzentrierende Wirkung, das heißt, alle sonst zu erteilenden Erlaubnisse und Genehmigungen sind darin eingeschlossen. Auch die Umweltverträglichkeitsprüfung, die nach Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz (UVP-Gesetz) durchgeführt wird, ist Bestandteil des Verfahrens. Gesonderte Genehmigungsverfahren sind nach dem Berg- und Tiefspeicherrecht erforderlich.
Im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens wird auch die Öffentlichkeit beteiligt, so daß Bürger Einwendungen gegenüber der atomrechtlichen Planfeststellungsbehörde geltend machen können, die bei der Entscheidung zu berücksichtigen sind.
Das Planfeststellungsverfahren beinhaltet nicht nur die Sicherheitsfragen, die mit dem Weiterbetrieb des ERAM unmittelbar verknüpft sind, sondern auch die Nachbetriebsphase. In diesem Zusammenhang ist besonders das Stillegungskonzept im Hinblick auf die Langzeitsicherheit zu betrachten. Das bedeutet, daß für den Fall der Schließung des Endlagers kein gesondertes Planfeststellungsverfahren durchgeführt werden muß.

Gegenüber der ursprünglichen Konzeptplanung liegt die Erarbeitung der Planungsunterlagen bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt mit 18 Monaten im Zeitplan zurück. Es ist zu vermuten, daß im Jahr 2000 kein

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Geschäftszeichen (bei Antwort bitte angeben)

RS III. 1 - 14844/15

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Postfach 12 06 29 · 53048 Bonn

Hausanschrift:
Ahrstraße 20
53175 Bonn
Fernruf (0228) 305-0
(030) 23142-0*
Durchwahl 28 12
Telex 8 857 90
Telefax 228 38 54
Dienstgebäude Nr.: 4
1. September 1995

Ministerium für Umwelt,
Naturschutz und Raumordnung
des Landes Sachsen-Anhalt
Pfälzer Straße

39106 Magdeburg

Morsleben-Archiv
000566

vorab per Telefax: 0391-567-3368 oder 3393

Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben (ERAM)
- Bundesaufsichtliche Weisung nach Artikel 85 Abs. 3
des Grundgesetzes -

1. Ihr Schreiben vom 01. Juni 1995 an das Bundesamt für Strahlenschutz
- 58.1./40340/22 -
2. Mein Schreiben vom 07. Juni 1995
- RS III 1 - 14844/15 -
3. Ihr Schreiben vom 08. Juni 1995
- 58.1 / 40340/22 -
4. Schreiben des Bundesamts für Strahlenschutz vom 30. Juni 1995
- Z 2.2/2i/Sza -
5. Ihr Schreiben vom 23. August 1995
- Kö/Li -
6. Schreiben des Staatssekretärs des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, übermittelt per Fax am 24. August 1995
7. Mein Schreiben vom 24. August 1995
- RS III 1 - 14844/1 -
8. Mein Schreiben vom 25. August 1995
- RS III 1 - 14844/1 -
9. Ihr Bericht vom 25. August 1995
10. Mein Schreiben vom 25. August 1995
- RS III 1 - 14844/1 -
11. Ihr Schreiben vom 28. August 1995
12. Bundesaufsichtliches Gespräch vom 28. August 1995

Anlage

...

- 2 -

Gemäß Artikel 85 Abs. 3 des Grundgesetzes weise ich Sie an,

1. die an das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) mit Schreiben vom 24. August 1995 - Az.: 58.1/58/4034/22 - gerichtete Verfügung zur Dauerbetriebsgenehmigung für das Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben (ERAM) bis einschließlich 4. September 1995 zurückzunehmen und mich innerhalb der Frist hierüber per Telefax zu unterrichten,

2. alle von Ihnen im Rahmen Ihrer atomrechtlichen Zuständigkeit zum ERAM beabsichtigten, nach außen wirksamen Verfahrensschritte, die den Endlagerbetrieb des ERAM behindern oder verhindern könnten, mir vorher zur schriftlichen Zustimmung vorzulegen,

3. in Verwaltungsverfahren, einschließlich Verwaltungsstreitverfahren, Ihrem Handeln zugrunde zu legen, daß

   a) das ERAM aufgrund der gültigen Dauerbetriebsgenehmigung vom 22. April 1986, die auch die Einlagerung schwach- und mittelradioaktiver Abfälle durch Versturz auf der 5a-Sohle umfaßt, rechtmäßig betrieben wird,

   b) sicherheitstechnische Bedenken zum ERAM, aus denen sich eine Gefährdung von Mensch und Umwelt ergeben könnten, nicht ersichtlich sind,

   und

4. in Verwaltungsstreitverfahren, die das ERAM betreffen, den Inhalt der Schriftsätze und sonstiger Unterlagen, die bei Gericht eingereicht werden sollen, vorher mit mir abzustimmen.

Az		II Nr DMS	Version
403		2062/9.9.97	

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Geschäftszeichen (bei Antwort bitte angeben)

RS III 1 - 14844/15

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Postfach 12 06 29, 53048 Bonn

	Weiser zeichen	Bearb.-vermerk
1.	408	Kopie ed
2.	466.4	z. Bearb.
		WV
3.		z.d.A.
weitert an:		Ra 9/9

Bonn, 09. September 1997
Telefon (0228) 305-3008
oder (030) 28550-3008
Telefax (0228) 305-2810
Dienstgebäude:*
Husarenstraße 30

406

Ministerium für Raumordnung,
Landwirtschaft und Umwelt des Landes
Sachsen-Anhalt
Olvenstedter Str. 4

39012 Magdeburg

vorab per Telefax:

0391/567-3369

Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben (ERAM)
Bundesaufsichtliche Weisung nach Artikel 85 Abs. 3 des Grundgesetzes

I. Sonderbetriebsplan „Schachtanlage Bartensleben: Technologie der Einlagerung radioaktiver Abfälle"; 4. Ergänzung: „Einsatz von Primärcontainern der Typen 120/2 und 120/4"

1. Antrag der Deutschen Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe mbH (DBE) im Namen des Bundesamtes für Strahlenschutz beim Bergamt Staßfurt auf Zulassung der 4. Ergänzung zum Sonderbetriebsplan „Schachtanlage Bartensleben: Technologie der Einlagerung radioaktiver Abfälle - Einsatz von Primärcontainern der Typen PC 120/2 und 120/4" vom 02. September 1996.
2. Ihr Telefaxschreiben vom 04. Oktober 1996 an das Ministerium für Wirtschaft und Technologie des Landes Sachsen-Anhalt
3. Schreiben des Bergamtes Staßfurt an die DBE vom 28. November 1996
   - 34560-4841-04-MO194-E4 -
4. Schreiben des Bundesamtes für Strahlenschutz an das Bergamt Staßfurt vom 29. Januar 1997
   - ET-B/Bm/Lr -
5. Ihr Schreiben vom 18. März 1997 an das Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Europaangelegenheiten des Landes Sachsen-Anhalt
   - 56.4/40340/2 -

Morsleben-Archiv
000616

...

Lieferanschrift: Ahrstraße 20, 53175 Bonn
* Erreichbar mit Buslinie 638 - Haltestelle Augustinum -, Straßenbahnlinie 61 - Haltestelle Finanzministerium -
Zentrale für ☎ (0228) 305-0 u. (030) 28550-0 • Telefax: (0228) 305-3225 • Telex: 8 857 90 • Teletex: 228 38 54

Gemäß Artikel 85 Abs. 3 des Grundgesetzes weise ich Sie an,

1. die von Ihnen im Schreiben vom 11. Juli 1997 - 56.4/403402 - angekündigte nachträgliche Auflage zur Dauerbetriebsgenehmigung vom 22. April 1986 im Hinblick auf den Einsatz von Primärcontainern der Typen 120/2 und 120/4 sowie im Hinblick auf die Erhöhung der Massenbegrenzung für Fässer in Faßcontainern vom Typ FC 75 nicht zu erlassen,

2. Ihrem Verwaltungshandeln, insbesondere Ihren Stellungnahmen gegenüber dem Ministerium für Wirtschaft und Technologie des Landes Sachsen-Anhalt zu bergrechtlichen Betriebsplänen und Sonderbetriebsplänen zum ERAM meine Rechtsauffassung zugrunde zu legen, daß der Versturz von Faßmassen bis zu 1.100 Kilogramm von der Dauerbetriebsgenehmigung vom 22. April 1986 abgedeckt ist, zumindest aber daß es sich beim Versturz von Faßmassen bis 1.100 Kilogramm nicht um wesentliche Änderungen im Sinne von § 9 b Abs. 1 AtG handelt,

3. in Verwaltungsverfahren und Verwaltungsstreitverfahren Ihrem Handeln meine Auffassung zugrunde zu legen, daß keine Gründe gegeben sind, die Standsicherheit der Einlagerungshohlräume und der Schweben im ERAM, insbesondere in den Abbauen 1 und 2 der 5a-Sohle des Südfeldes, in denen Abfälle verstürzt werden, in Frage zu stellen,

4. Stellungnahmen in Ihrer Zuständigkeit als Landesbehörde nach § 24 Atomgesetz gegenüber den Bergbehörden im Zusammenhang mit bergrechtlichen Betriebsplanzulassungen nicht ohne meine vorherige schriftliche Zustimmung abzugeben.

Die wesentlichen Gründe, die mich unter Berücksichtigung Ihrer Darlegungen zu dieser Weisung bewogen haben, sind in der Anlage dargestellt, die Bestandteil dieser Weisung ist.

Im Auftrag

Hennenhöfer

28/10 97 DI 16:21 FAX +49 391 5671964 MRLU Sachs.Anh.PRESSEST. 444 BUND 001

Komp.
Abt. Morsleben
Stillegung

SACHSEN-ANHALT

Ministerium für Raumordnung, Landwirtschaft und Umwelt

Pressesprecher

PRESSEMITTEILUNG

Nr. 2110
Magdeburg, 28.10.1997

Heidecke: "Beginn des Planfeststellungsverfahrens ist Startschuß zur Stillegung von Morsleben!"

Sachsen-Anhalts Umweltministerin Heidrun Heidecke (Bündnis 90/Die Grünen) hat den ersten Schritt zur Schließung des einzigen deutschen Endlagers für radioaktive Abfälle in Morsleben getan. Sie erklärte in Magdeburg, das Planfeststellungsverfahren zur Stillegung von Morsleben werde mit der jetzt anstehenden Erörterung des Vorhabens mit den 'Trägern öffentlicher Belange' eröffnet.

Heidecke wertete den jetzigen Verfahrensschritt als klaren Erfolg ihrer Politik: "Seit ihrem Antritt hat die Landesregierung kontinuierlich die Sicherheitsdefizite formuliert. Vor diesem Hintergrund mußte der Bund den geplanten Weiterbetrieb aufgeben und vor wenigen Monaten auf das Ziel der Stillegung umschwenken, nachdem noch 1992 das Verfahren auf den Weiterbetrieb ausgerichtet werden sollte. Der Beginn des Planfeststellungsverfahrens ist jetzt der Startschuß zur Stillegung und nicht mehr zum Weiterbetrieb der Anlage."

Heidecke forderte: "Ich erneuere gleichzeitig meine Forderung nach sofortigem Stopp der Einlagerungen. Bislang wurden in 25 Jahren Betriebszeitraum ganze sieben Prozent des Strahlungsinventars eingelagert, das der Bund zur Einlagerung vorgesehen hat. Frau Merkel beabsichtigt offensichtlich, in dem verbleibenden Countdown soviel wie möglich unter die Erde zu bringen. Das eigentliche Risikopotential von 93 % steht uns also noch bevor, wenn kein Einlagerungsstopp kommt," unterstrich Heidekke.

Die vom BfS vorgelegten Unterlagen seien ausreichend, um in die Erörterung mit den 'Trägern öffentlicher Belange' wie z.B. Kommunen und Umweltverbände einzutreten. „Das Ergebnis der Anhörung dient dazu, den Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung abzustecken", erläuterte die Ministerin die zeitliche Abfolge. Das Planfeststellungsverfahren werde zügig durchgeführt, sofern der Betreiber die Antragsunterlagen zeitnah vorlege.

Morsleben-Archiv
001095

P:\PRESSE-1\PMMORS2.DOC

Olvenstedter Straße 4
39108 Magdeburg
Tel.: (0391) 567 1951
Tel.: (0391) 567 1946
Fax: (0391) 567 1964

-ben-Archiv
001102

Prüfexemplar

Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe mbH (DBE)

DBE, Postfach 11 69, 31201 Peine

Landratsamt Ohrekreis
Amt für Regionalplanung und Bauordnung
Gerikestraße 104

39340 Haldensleben

63212

18. Sep. 1996

Ihre Zeichen	Ihre Nachricht vom	Telefon-Direktwahl (0 51 71) 43-	Unsere Zeichen	Wolfenbüttel Straße 74, 31224 Peine
		91-7730	T-ZS2/Hoff 9M/05ZXP/DC/AC/0002/00	16.09.1996

Betreff

Projekt Morsleben
hier: Bauantrag "Schachtanlage Bartensleben: Errichtung von Büro- und Polizeicontainern auf dem Betriebsgelände" (DBE M6396)
Bezug: Ihr Schreiben Ma/Br vom 21.03.1994

Sehr geehrte Damen und Herren,

aufgrund der Forderungen des MI LSA nach zusätzlichen Sicherungseinrichtungen zum Schutz des ERAM gegen Störmaßnahmen oder sonstigen Einwirkungen Dritter sind die vorhandenen Sicherungseinrichtungen zu ergänzen.
Neben der reinen noch durchzuführenden Ertüchtigung der Anlagenumschließungen ist eine Befehlsstelle für Polizeieinsatzkräfte vorgesehen. Aufgrund der begrenzten Raumsituation des Betriebs Morsleben soll der o. a. Forderung durch Aufstellen zusätzlicher Container entsprochen werden. Es bietet sich an die Containeranlage als Erweiterung der vorhandenen zu erstellen.
Bei der damaligen Errichtung der Bürocontaineranlage wurde mit Ihnen darüber Einvernehmen erzielt, daß diese baulichen Anlagen als Baustelleneinrichtungen anzusehen sind (siehe Bezug). Für die neu zu schaffenden Polizeiunterkünfte kann dies jedoch nicht unterstellt werden, da die Container auf jeden Fall bis zum Abschluß des atomrechtlichen Planfeststellungsverfahrens (30.06.2000) benötigt werden.
Bei der vorhandenen Anlage zeigt es sich mittlerweile, daß die von uns beabsichtigte Nutzungsdauer von ca. 2 Jahren aus betrieblichen Gründen überschritten werden muß.

V 80/001/17

Vorsitzender des Aufsichtsrates: Prof. Dr.-Ing. Dr.-Ing. E. h. Heinz Haferkamp

Geschäftsführer: Dr. rer. pol. Hans Jürgen Krug, Dipl.-Ing. Dr.-Ing. Jürgen P. Lempert

Anschrift: Wolfenbüttel Straße 74, 31224 Peine, Postfach 11 69, 31201 Peine

Telefon: (0 51 71) 43-0
Telefax: (0 51 71) 43-218

Bankverbindung: Kreissparkasse Peine, BLZ 252 500 01, Kto.Nr. 75 004 325

Sitz der Gesellschaft: Peine, Amtsgericht Peine, Registernummer HRB 12

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Geschäftszeichen (bei Antwort bitte angeben)
Presserefecat

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Postfach 12 06 29, 53048 Bonn

Westdeutscher Rundfunk Köln
Redaktion "Monitor"
z.Hd. Frau Karin Führ

per Fax: 0221/220 56 94

Bonn, 1. Juli 1998
Telefon (0228) 305-2010
oder (030) 28550-2010
Telefax (0228) 305-3225
Dienstgebäude:*
Kennedyallee 5

Morsleben-Archiv
000559

Ihre Anfrage vom 30.06.1998

Sehr geehrte Frau Führ,

Ihre Fragen zu Morsleben beantworte ich wie folgt:

1. Das Vorkommen von Hauptanhydrit in der Firste des Abbau 1 stellt kein Sicherheitsrisiko dar.

   Sicherheitstechnische Bedeutung ist dann gegeben, wenn ein durchgehendes Anhydritvorkommen vom Salzspiegel bis in die Einlagerungsbereiche reicht. Aufgrund der Entstehungsgeschichte des Salzstockes ist der Anhydrit in einzelne voneinander getrennte Schollen zerlegt, die beim Ostfeld keinerlei Verbindung zum Salzspiegel haben. Deshalb ergibt sich aus dem Anhydritvorkommen im Ostfeld keinerlei Sicherheitsrisiko.

   Das Ostfeld ist an den Flanken und an der Basis von Anhydrit umgeben. Insofern ist das bei Arbeiten an der Firste eines zunächst für die Einlagerung vorgesehenen Abbaues im Ostfeld angetroffene Anhydritvorkommen ohne sicherheitstechnische Bedeutung für das Endlager. Nur im Hinblick auf den Schutz des Betriebspersonals wäre bei einer Einlagerung in diesem Abbau eine mit Kosten verbundene Firstsicherung erforderlich gewesen. Vor dem Hintergrund, daß in den anderen zur Einlagerung vorgesehenen Abbauen ausreichend Einlagerungskapazität besteht, wurde aus wirtschaftlichen Gründen auf die Herrichtung dieses Abbaues verzichtet.

2. Vor Beginn der Einlagerung im Ostfeld wurde dieses in den Jahren 1992 bis 1995 eingehend erkundet. Dabei wurde durch die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) nachgewiesen, daß der Anhydrit im Bereich des Ostfeldes nicht bis zum Salzspiegel reicht. Einer Einlagerung im Ostfeld standen somit Sicherheitsaspekte nicht entgegen. Dieser Bewer-

...

* Erreichbar mit Stadtbahnlinien 16/63 - Haltestelle Hochkreuz/Deutsches Museum -, Buslinien 614/618 - Haltestelle Hochkreuz -
Zentrale für BF (0228) 305-0 u. (030) 28550-0 • Telefax: (0228) 305-3225 • Telex: B 857 90 • Telotex: 228 38 54

Bundesamt für Strahlenschutz

Morsleben

Sonderbetriebsplan	(DBE) M5496

"Schachtanlage Bartensleben:

Erschließung des Ostfeldes und

Einlagerung radioaktiver Abfälle"

Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb
von Endlagern für Abfallstoffe mbH (DBE)

Morsleben-Archiv
000010

BfS Bundesamt für Strahlenschutz

Pressemitteilung

8. November 2000 22/2000 ISSN 0941-620X

Sperrfrist: Mittwoch, 8.11.2000, 13 Uhr

Endlager Morsleben: Neue Erkenntnisse erfordern sofortiges Handeln im Südfeld

Im Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle Morsleben (ERAM) gibt es stärkere Schäden an den sogenannten Schweben (Deckenbereiche zwischen zwei Hohlräumen) als bisher erkennbar.

„Wir müssen damit rechnen, dass kurzfristig bis zu 1000 Tonnen schwere Salzbrocken – bergmännisch Löser genannt – von der Decke auf den dort lagernden Atommüll fallen können," erklärte Wolfram König, Präsident des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS), am Mittwoch vor der Presse in Magdeburg. „Auf Grund dieser neuen Erkenntnisse zur gebirgsmechanischen Situation im Südfeld des Endlagers Morsleben werden die Resthohlräume der zwei Einlagerungskammern umgehend verfüllt," stellte König die daraus folgenden Konsequenzen dar. Er habe Sofortmaßnahmen wie die Sperrung bestimmter Bereiche im Südfeld angeordnet. Durch geeignete technische Maßnahmen im Zusammenhang mit der Bewetterung (Belüftung) sei nach derzeitigem Kenntnisstand gewährleistet, dass keine unzulässige Freisetzung radioaktiver Stäube in die Umgebung stattfindet.

Morsleben-Archiv
000512

Im Rahmen betrieblicher Überwachungsarbeiten waren im Juni/Juli 1999 in einer von zwei Untersuchungsbohrungen vier Risse mit einer maximalen Öffnungsweite von 4,5 cm in der Schwebe eines Abbaus zwischen der 3. und 4a-Sohle festgestellt worden. Daraufhin wurde in Absprache mit dem Bergamt

BfS Bundesamt für Strahlenschutz

Pressemitteilung

17. November 2000 25/2000 ISSN 0941-620X

Sperrfrist: Sonnabend, 18. November 2000, 12 Uhr

Endlager Morsleben: Verfüllung des Südfeldes beginnt

Bundesumweltminister Trittin und BfS-Präsident König vor Ort

Im Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben (ERAM) hat heute die Verfüllung der Resthohlräume der Einlagerungskammern (Abbaue 1 und 2) im Südfeld des ERAM begonnen.

"Die heute begonnenen Verfüllmaßnahmen sind zum Schutz der Bevölkerung und des Betriebspersonals dringend geboten", stellte Bundesumweltminister Jürgen Trittin fest. "Sie sind ein deutliches Signal für den festen Willen der Bundesregierung, das ERAM stillzulegen."

Bundesumweltminister Jürgen Trittin und BfS-Präsident Wolfram König informierten sich am Sonnabend vor Ort über den Stand der Arbeiten und waren Zeugen des Verfüllbeginns der Hohlräume mit Salzgrus, das unter Tage im ERAM hergestellt wird.

Die unverzügliche Verfüllung war notwendig geworden, weil eine Beschädigung der dort eingelagerten Fässer mit mittelradioaktiven Abfällen durch herabfallendes Salzgestein – sogenannte Löser – mit der Folge einer radioaktiven Freisetzung nicht mehr auszuschließen ist.

Die rechtlichen Grundlagen für diese Maßnahmen konnten in Abstimmung mit den Behörden des Landes Sachsen-Anhalt kurzfristig geschaffen werden. Es ist geplant,die Verfüllung mit Drei-Schicht-Betrieb (zwei Verfüllschichten und eine Wartungsschicht) künftig auch an den Wochenenden durchzuführen.

Bis zum 28.09.1998 wurden im Abbau 1 insgesamt 1013 m^3 Abfälle und 6617 umschlossene Strahlenquellen und im Abbau 2 872 m^3 feste und 626 m^3 unter Tage verfestigte Abfälle eingelagert. Die Abfälle sind nur teilweise mit Braunkohlefilterasche abgedeckt.

Morsleben-Archiv
000514

BfS Bundesamt für Strahlenschutz

- ERA M -
Tgb.-Nr.: 1999
07. Mai 2001
Original:
Kopien :

Pressemitteilung

ISSN 0941-620X

4. Mai 2001 37/01

Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben (ERAM):

Bund zieht endgültigen Schlussstrich unter Morsleben

Morsleben-Archiv
000555

Der Bund hat nun auch juristisch einen Schlussstrich unter die Einlagerung von atomaren Abfällen im Endlager Morsleben (Sachsen-Anhalt) gezogen.
Bundesumweltminister Jürgen Trittin hat das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) heute gebeten, beim zuständigen Oberverwaltungsgericht (OVG) Magdeburg eine Erklärung zur Erledigung von Klagen im Hauptsache-Verfahren abzugeben, die den Einlagerungsbetrieb im Endlager Morsleben (ERAM) betreffen. Es handelt sich um unerledigte Klagen einer benachbarten Familie vom August 1994 (Akz. 4K6/95) sowie des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) aus dem Jahr 1997 (Akz. C4S259/97). Beide hatten gegen die weitere Einlagerung radioaktiver Abfälle im ERAM geklagt.

Die Erledigung der Klagen wird möglich, nachdem das BfS im April dieses Jahres ausdrücklich und unwiderruflich auf Teile der Dauerbetriebsgenehmigung für das ERAM verzichtet hatte. Der Verzicht umfasst die Teile der Genehmigung, die die Annahme weiterer radioaktiver Abfälle zur Endlagerung gestatten.

Die bestehenden betrieblichen Vorschriften, beispielsweise die Überwachung und Gewährleistung des Strahlenschutzes, werden dabei im vollen Umfang weiter beachtet. Das BfS beabsichtigt darüber hinaus, beim Umweltministerium des Landes Sachsen-Anhalt als zuständiger Genehmigungsbehörde für das ERAM den reinen Offenhaltungsbetrieb bis zum Beginn der Stillegung zu beantragen.

Zur Historie:
Das ehemalige Kali- und Steinsalzbergwerk in Morsleben (heute Sachsen-Anhalt) war bislang das einzige Endlager für radioaktive Abfälle, das in Deutschland nach dem Atomgesetz betrieben wurde. Ausgewählt und genehmigt

Pressemitteilung 87 vom 03.12.2001

BfS Bundesamt für Strahlenschutz

Größerer Löserfall im ehemaligen Endlager Morsleben (ERAM)

Im Zentralteil des Endlagers Morsleben ist nach einer geplanten Auslösung der sogenannten Warnschussanlage am 30.11.2001 um 12.03 Uhr ein ca. 2000 t bis 2500 t schwerer Salzbrocken (Löser) von der Decke (Firste) eines Hohlraumes (Abbaus) herunter gefallen. Dieses Vorkommnis wurde am heutigen Montag dem Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) gemeldet. Der Abbau war bereits gesperrt worden, da Untersuchungen gezeigt hatten, dass die gebirgsmechanische Stabilität der Firste nicht mehr gegeben war. Personen und Sachschäden sind nicht entstanden. In den umliegenden und darunter liegenden Abbauen wurde kein weiterer Löserfall festgestellt. Der Löserfall ereignete sich außerhalb der Einlagerungskammern auf der 2. Sohle des Zentralteils. Die Grube war zum Zeitpunkt des Ereignisses geräumt. Das BfS, die atomrechtliche Eigenüberwachung, das Bergamt Staßfurt und die atomrechtliche Planfeststellungsbehörde des Landes Sachsen-Anhalt unterziehen vor Ort das Ereignis einer ersten Bewertung.

Das BfS beabsichtigt, im Zentralteil des ERAM sobald wie möglich Verfüllarbeiten als vorgezogene Maßnahmen zur eigentlichen Stilllegung des ERAM durchzuführen. Alle Fachleute gehen davon aus, dass insbesondere durch vorgezogenen Verfüllmaßnahmen im Zentralteil das für die Offenhaltung des Endlagers zur anschließenden Stilllegung erforderliche Sicherheitsniveau erhalten werden kann.

◀ Zurück ● Home

Morsleben-Archiv
000516

Vorgezogene Verfüllung von Abbauen im Zentralteil der Grube Bartensleben

4 mögliche Verfahrensvarianten

Verfahren	Zieltermin (Verfüllbeginn)
1. Variante Eigenständiges Planfeststellungsverfahren für die vVZt in zwei Teilschritten für Konzept und konkrete Maßnahme; Errichtung der Misch- und Förderanlage auf dem ehemaligen NVA-Gelände sowie untertägige rein bergmännische Herrichtungsmaßnahmen nach Berg- und Baurecht/BImSchG	08.2003
2. Variante Genehmigung der übertägigen Errichtung der Misch- und Förderanlage auf dem ehemaligen NVA-Gelände sowie untertägige rein bergmännische Herrichtungsmaßnahmen nach Berg- und Baurecht außerhalb des Planfeststellungsverfahrens sowie untertägige Errichtung und Verfüllbetrieb nach Teilplanfeststellungsbeschluß im Gesamtverfahren	09.2005
3. Variante Teilplanfeststellungsbeschluß im Gesamtverfahren für Errichtung und Teilverfüllung entsprechend MU LSA Positionspapier	01.2007
4. Variante „Normales" Planfeststellungsverfahren ohne Teilbeschlüsse, d.h. keine vVZt	01.2008

Morsleben-Archiv
000613

BfS Bundesamt für Strahlenschutz

[redacted]

Von: <presse@bmu.bund.de>
An: <mail@gruenes-blatt.de>
Gesendet: Mittwoch, 8. Oktober 2003 12:15
Betreff: BMU Pressedienst Nr. 180/03 -- Gemeinsame Pressemitteilung BMU/BfS

Gemeinsame Pressemitteilung
Berlin, 8. Oktober 2003

Bund investiert 100 Millionen Euro in die Standsicherheit des Atomlagers Morsleben

Der Bund hat heute Maßnahmen eingeleitet, um die langfristige Standsicherheit des atomaren Endlagers in Morsleben (ERAM) zu gewaehrleisten. Bundesumweltminister Juergen Trittin und der Praesident des Bundesamtes fuer Strahlenschutz (BfS), Wolfram Koenig, gaben den Startschuss fuer die vorgezogene Verfuellung im Zentralteil des Lagers, in dem keine radioaktiven Abfaelle lagern. Mit diesen Maßnahmen zur bergbaulichen Gefahrenabwehr soll ein moeglicher Einsturz abgewendet werden. Die Kosten fuer das Verfuellen von Hohlraeumen betragen mehr als 100 Millionen Euro. Trittin: "Mit den heute eingeleiteten Maßnahmen wird der Bund in besonderer Weise seiner Verantwortung fuer die Sicherheit der Anlage gerecht."

Das ehemalige Kali- und Steinsalzbergwerk in Morsleben ist bisher das einzige Endlager fuer atomare Abfaelle im Sinne von § 9 a des Atomgesetzes, das in Deutschland betrieben wurde. Nach der deutschen Einheit uebernahm der Bund die Zustaendigkeit fuer das von den damaligen DDR-Behoerden ausgewaehlte und genehmigte Lager fuer schwach- und mittelradioaktive Abfaelle. 1998 wurde die Einlagerung von radioaktiven Abfaellen in Morsleben beendet. Im April 2001 hat das BfS als Betreiber der Anlage auf die Genehmigung zur Einlagerung von Atomabfaellen unwiderruflich verzichtet. Derzeit laeuft das atomrechtliche Verfahren zur Stilllegung von Morsleben.

Bundesumweltminister Trittin: "Die jetzt begonnenen bergbaulichen Maßnahmen zur Gefahrenabwehr duerfen nicht mit der eigentlichen Stilllegung von Morsleben verwechselt werden. Diese bedarf der Genehmigung in einem atomrechtlichen Planfeststellungsverfahren. Im Rahmen dieses Verfahrens wird auch die Oeffentlichkeit beteiligt werden." Trittin betonte, dass Morsleben zu den atomaren Erblasten gehoere, die trotz des beschlossenen Atomausstiegs auf unabsehbare Zeit eine schwere Buerde darstellten.
Die Bundesregierung will fuer die Entsorgung aller Arten des Atommuells ein Endlager in tiefen geologischen Formationen errichten. Fuer die Suche nach einem Standort hat der von Bundesumweltminister Trittin eingesetzte Arbeitskreis Auswahlverfahren Endlagerstandorte (AkEnd) ein Verfahren erarbeitet. Damit liegt zum ersten Mal ein systematischer Ansatz fuer die Endlagersuche vor. Das Endlager muss 2030 betriebsbereit sein. Trittin: "Das Auswahlverfahren fuer das Endlager muss transparent und nachvollziehbar sein. Die Kosten fuer die Suche und fuer die Einrichtung eines Endlagers muessen die Verursacher, also die AKW-Betreiber, uebernehmen."

BfS-Praesident Koenig wies darauf hin, dass die Sicherheit des Endlagers Morsleben regelmaeßig bewertet werde. Das BfS als verantwortlicher Betreiber und das Landesamt fuer Geologie und Bergwesen (LAGB) des Landes Sachsen-Anhalt als zustaendige Bergaufsichtsbehoerde sind gemeinsam zu der Auffassung gekommen, dass in mehreren Bereichen des Zentralteils des ERAM, in denen keine radioaktiven Abfaelle lagern, eine Gefahr fuer die Standsicherheit vorliegt. Modellrechnungen ermittelten Schaeden im Salzgestein in unmittelbarer Umgebung der Abbaue, durch die Wasser in die Hohlraeume eindringen koennte. Koenig: "Ohne vorzeitige Verfuellung koennten sich bislang lokal begrenzte

Morsleben-Archiv
000522

08.10.2003

Schaeden des Salzgebirges auf noch nicht betroffene Bereiche ausweiten und einen geordneten und sicheren Verschluss der radioaktiven Abfaelle gefaehrden".

Zum Start des Verfuellens von Hohlraeumen nahmen Trittin und Koenig am Schacht Bartensleben eine Pumpanlage in Betrieb, die einen stabilisierenden Spezialbeton in 20 ausgewaehlte Abbaukammern befoerdert. Insgesamt sollen etwa 670.000 Kubikmeter Hohlraumvolumen verfuellt werden, und zwar ausschließlich Bereiche des Bergwerks, in denen keine radioaktiven Abfaelle lagern. Ziel ist es, durch gezieltes Einbringen von Salzbeton in einzelne ausgewaehlte Bereiche im Zentralteil des Lagers fuer zusaetzliche Stabilitaet zu sorgen und die Barrierefunktion des Salzes zu verbessern. Die jetzt begonnenen bergbaulichen Maßnahmen sollen bis zum Jahr 2008 abgeschlossen sein.

Das Planfeststellungsverfahren zur endgueltigen Stilllegung des Endlagers Morsleben laeuft derzeit noch. Bei der Stilllegung soll das Lager so verschlossen werden, dass Loesungszutritte in die Einlagerungsbereiche und Schadstoffaustritte aus den Grubengebaeuden verhindert werden. Nach derzeitigen Planungen koennte der Planfeststellungsbeschluss 2008 bekannt gegeben werden.

Hrsg: BMU-Pressereferat, Alexanderplatz 6, 10178 Berlin
Redaktion: Michael Schroeren (verantwortlich)
Juergen Maaß, Frauke Stamer, Henry Wyes
Tel.: 01888/305-2010. Fax: 01888/305-2016
email: presse@bmu.bund.de - internet: http://www.bmu.de/presse

---

Diese Nachricht erhalten Sie aufgrund Ihres Eintrags in unserer Mailing-Liste. Wenn Sie diesen Service nicht mehr in Anspruch nehmen wollen oder sich Ihre eMail-Adresse geaendert hat, klicken Sie bitte auf

http://www.bmu.de/presse/mailinglist/pressemitteilungen.php?weiter=preview&best=no&id=ma7cQBWwSa

08.10.2003

26 10 2004

Morsleben-Netzwerk | Karl-Schmidt-Str. 4 | 39104 Magdeburg | 01 62-860 89 49 | kontakt@morsleben-stillegung.de | www.morsleben-stillegung.de

Widerstand: dem Endlager die Suppe versalzen

- parlamentarischer Widerstand
- Blockaden von Atomtransporten
- Aktionen, z.B. Besetzung des ERAM
- Demonstrationen, Infoveranstaltungen
- Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit
- Briefe und Petitionen aus der Bevölkerung
- Klagen gegen den Betrieb des Endlagers

Morsleben-Netzwerk | Karl-Schmidt-Str. 4 | 39104 Magdeburg | 01 62-860 89 49 | kontakt@morsleben-stillegung.de | www.morsleben-stillegung.de

Jochen Brauer
Mitglied des Deutschen Bundestages
Die Grünen

5300 Bonn 1
Bundeshaus, HT 205
Tel. (0228) 16 77 91 / 16 91 79

Die Wahl dieser Rufnummer vermittelt den gewünschten Hausanschluß.
Kommt ein Anschluß nicht zustande, bitte Nr. 161 (Bundeshaus-Vermittlung) anrufen.

Bahnhofstr. 15 Tel.: 05353 - 628
3308 Königslutter, den 7.8.87

An den
Staatsratsvorsitzenden der
Deutschen Demokratischen Republik
Herrn Erich Honecker

Archiv
Grünes Gedächtnis
Bestand B. II 1
Akte Nr.: 1149

Sehr geehrter Herr Staatsratsvorsitzender,

schon einmal habe ich mich zusammen mit dem Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) an Sie gewandt, als es um die Inbetriebnahme des unentschwefelten Kraftwerks Buschhaus bei Helmstedt ging, dessen Abgasfahne in der überwiegenden Zeit des Jahres über den Raum Magdeburg streicht. Nun ist das Kraftwerk entschwefelt. Für Ihre damalige Unterstützung und den Brief vom 30.4.84 möchte ich mich auf diesem Wege bedanken.

Nun geht es um die Atommüllagerung im grenznahen Raum, um Asse II, Konrad und Bartensleben.

Ich schreiben Ihnen als Bürger, der auch in diesem Fall persönlich betroffen ist und sich große Sorgen macht. Ich wohne im Grenzgebiet zur DDR und besitze ein Haus in Klein Bartensleben, in dem seit Jahren der Kinderhort untergebracht ist. Während meiner Kindheit war ich oft dort; gut erinnere ich mich noch an das Schachtgelände, weil wir dort zum Schwimmen hinradelten.

Wie viele Bürgerinnen und Bürger dieser Region teile ich die Sorgen über die Umweltgefährdung durch radioaktive Verseuchung. Ich möchte Sie bitten, mir unbeachtet des Strahlenschutzabkommens die nachfolgenden Auskünfte zu erteilen. Ganz besonders würde ich mich freuen, wenn es möglich wäre bei einem meiner nächsten Besuche in der Deutschen Demoratischen Republik -vielleicht im Rahmen des sogenannten Kleinen Grenzverkehrs- vor Ort ein Gespräch führen zu können.

Mit vorzüglicher Hochachtung

J. Brauer
Jochen Brauer

Morsleben-Archiv
000793

27. November 1988

Betr.
Radioaktives Endlager im ehemaligen Salzsteinbergwerk
der Schachtanlage Bartensleben bei Morsleben

Nach neuester Information durch die Tageszeitung "Neues Deutschland" als Organ des ZK der SED vom 15./16. Oktober 1988 ist einem breiten Leserkreis bekanntgeworden, daß in dem stillgelegten Salzbergwerk Bartensleben bei Morsleben im Grenzgebiet des Magdeburger Raums ein zentrales Endlager für radioaktive Abfälle betrieben wird. Bisher zu erwähnende Hinweise auf dieses Endlager bei Morsleben sind in

- der Anordnung über die zentrale Erfassung und Endlagerung radioaktiver Abfälle vom 11. Mai 1981 (GBl.I 1981 Nr.16) - außer Kraft -
- der Anordnung über die zentrale Erfassung und Endlagerung radioaktiver Abfälle vom 25. Februar 1986 (GBl.I 1986 Nr.13 S.182)

in jeweils einer Fußnote das VE Kombinat Kernkraftwerke "Bruno Leuschner", Betrieb Endlager für radioaktve Abfälle, 3241 Morsleben, genannt worden.

Durch a) die unmittelbare Nähe an Magdeburg und an Helmstedt,
b) die gegebenen Sicherheitsbedenken,
c) die Häufigkeit von Unfällen, Havarien, Katastrophen und
d) die daraus resultierende Umweltverseuchung, vornehmlich der Kontamination des Wasservorkommens

haben sich unweigerlich Gedanken einer Besorgnis aufgedrängt, daß die geforderte Sicherheit des Salzbergwerkes und des endeingelagerten radioaktiven Atommülls für den erforderlichen Zeitraum bis zum Abbau einer "ungefährlichen" Radioaktivität des Lagergutes für die Biosphäre nicht gegeben sein kann.

Derartige Deponien können, wenn sicherheitsempfindliche Schwachstellen bestehen oder technisch, technologisch und natur- oder kriegskatastrophenbedingte Ereignisse ablaufen, umweltverheerende Folgen mit Dauerschäden entstehen lassen.

Aus diesen Erwägungen verbunden mit dem generativen Verantwortungsgefühl heraus wollen wir über die Maßnahmen umweltsichernder Gefahreneindämmung dieser Enddeponie hinsichtlich der Langzeitgefährlichkeit für Mensch und Umwelt des auf ewig zu lagernden, nichtrückholbaren Mülls von den Kernkraftwerken, der Nuklearindustrie, der Uranbergbauförderung und -aufbereitung, der Industrie, der Medizin, der Forschung und möglichen Atommüllimporten offene, klare und exakt qualifizierte Antworten auf unsere besorgten Fragen hin erhal-

Morsleben-Archiv
000797

GP DDR z.K.

STADT HELMSTEDT

Der Stadtdirektor

Stadt Helmstedt · Markt 1 · Postfach 1640 · 3330 Helmstedt

Morsleben-Archiv
000842

Greenpeace e.V.
z.H. Frau Reinecke
Vorsetzen 53
Hafen-Hof

2000 Hamburg 11

Fernsprecher: (0 53 51) 170 (Vermittlung)
Anrufbeantworter: (0 53 51) 17-333
Telex: 95508 sthed
Telefax: (0 53 51) 17-102
Besuchszeiten: Mo bis Fr 8.30-12.15 Uhr
Mo und Do 14.00-17.00 Uhr

Datum und Zeichen Ihres Schreiben

(Bei Antwort bitte angeben) Aktenzeichen der Stadt: StW-Ju/Ba

Datum: 26.09.1990

Atommüll-Endlager in Morsleben/DDR
Schreiben vom 08.08.1990

Sehr geehrte Frau Reinecke,

die in Ihrem obigen Schreiben gestellten Fragen beantworten wir wie folgt:

1. Trinkwasserleitung aus dem Harz

Die rd. 42 km lange Fernwasserleitung aus dem Harz wurde ursprünglich geplant, um die Grundwasserbestände im Lappwald, dem Naherholungsgebiet der Stadt Helmstedt, zu schonen. Nachdem die Stadt Helmstedt Kenntnis von der Einlagerung von Atommüll im ehemaligen Schacht Bartensleben erlangte, wurde die Umgebung der Deponie und des Brunnens Clarabad vom Niedersächsischen Landesamt für Bodenforschung, Hannover in den Jahren 1979 - 1981 hydrogeologisch untersucht (Gutachten des Niedersächsischen Landesamtes für Bodenforschung vom 19.12.1979 und 08.01.1982) mit folgendem Ergebnis aus 1982:

"Aus den bisher durchgeführten Untersuchungen ergibt sich, daß eine Gefährdung des Brunnens Clarabad durch die Deponie Morsleben weiterhin nicht ausgeschlossen werden kann."

Diese Analyse führte zu einer Größerdimensionierung der Fernwasserleitung im Hinblick auf eine u.U. notwendige Vollversorgung der Stadt Helmstedt mit Fernwasser und einer Förderung des Projektes (teilweise mit 80 % Zuschuß) durch die Landesregierung. Die Stadt Helmstedt wird 1990 300 tsd.m³ Fernwasser aus dem Harz beziehen, was 20 % ihres Trinkwasserbedarfs entspricht.

Nordd. Landesbank Helmstedt 5 802 095 · Volksbank Helmstedt eG 102250400 · Commerzbank AG Helmstedt 734 545 700 · Deutsche Bank AG Helmstedt 80-10 803 · Genossenschaftsbank Suppliegen 9 237 300 · Postgiro-Konto Hannover

318/2.7.90

Keine Demo, keine Kundgebung, Musik, Kaffee und Kuchen nur, wenn's jemand mitbringt zum

Sonntagsspaziergang in Morsleben

am DDR - Atommüll - Endlager Schacht Bartensleben

Am 1. Juli wird das bundesdeutsche Atomgesetz auf die DDR ausgedehnt. Das DDR Atommüllendlager Schacht Bartensleben in Morsleben könnte über kurz oder lang auch bundesdeutschen oder europäischen Atommüll aufnehmen.

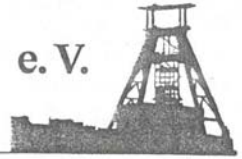
Die Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD e.V. lädt alle Betroffenen aus nah und fern, besonders aber die Bevölkerung in Morsleben ein zu Information und Gespräch. Wir wollen uns auf dem Parkplatz des Endlagers treffen, um uns die Anlage aus der Nähe zu besehen, wollen informieren und uns informieren lassen über Bartensleben und Atommüllprobleme in Ost und West.

Sonntag
1. Juli
15.00 Uhr

Bus ab Braunschweig:
14.00 Uhr, Parkplatz TU Mensa, 10,- DM

Morsleben-Archiv
001090

Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD e. V.



Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD e. V.
Bleckenstedter Straße 24 · 3320 Salzgitter 1

Morsleben-Archiv
001056

Büro:
Bleckenstedter Straße 24
3320 Salzgitter-Bleckenstedt
Tel.: 0 53 41 – 67 4 92

Öffnungszeiten:
Montag bis Freitag 16 – 18 Uhr
Dienstag 11 – 13 Uhr

Bankverbindungen:
PGiroA Hannover Nr. 3787 52 – 308
BLZ 250 100 30
NORD/LB Wolfenbüttel
Nr. 9 344 250, BLZ 250 500 00

Salzgitter, 25.09.90

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg
lädt (unwiderruflich) ein zu einem

POLTERABEND

(am Tage vor der "Vereinigung von Ost-West-Atommüll")

am Dienstag, den 2. Oktober 1990 ab 17 Uhr

vor der Schachtanlage des Endlagers Morsleben (DDR)
(Anfahrskizze und Beschreibung: s. Rückseite)

Die Aktion wird unterstützt von zahlreichen Anti-AKW-Gruppen aus dem östlichen Niedersachsen, so auch von Mitgliedsgruppen der Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD.

Mit Gepolter und Straßentheater am Schachtgelände wollen die (westdeutschen) Veranstalter deutlich machen, daß sie es nicht tatenlos hinnehmen werden, wenn das DDR-Atommüll-Endlager Bartensleben zum Schlupfloch für die westdeutsche Atomwirtschaft werden soll. Erwünscht sind noch weitere kulturelle und phantasievolle Beiträge, die diesen denkwürdigen Tag abrunden. Die Inszenierung dieser Aufführung hat die BI Lüchow-Dannenberg übernommen, an die man/frau sich bezüglich eines Engagements bitte (möglichst umgehend) wenden möge:

Drawehner Str. 3, 3130 Lüchow, Tel.: 05841 / 4684.

Für die Information und Koordination steht auch das Büro der Arbeitsgemeinschaft SCHACHT KONRAD zur Verfügung (s.o.).

Claus Schröder

(Claus Schröder - Geschäftsführer)

P.S.: Weitere Informationen, insbesondere zum Thema Endlager Morsleben sind dem beiliegenden INFO zu entnehmen.

Wissenschaftlicher Beirat: Dr. Detlef Appel, Geologe, Pan Geo-Institut Berlin · Dr. Helmut Burdorf, Chemiker, Leiter des Umweltamtes der Stadt Marburg · Dr. Gottfried Galling, Professor für Biologie und Leiter des Botanischen Instituts der TU Braunschweig · Andreas Gleim, Verwaltungsjurist beim Bausenator der Stadt Hamburg · Dr. Erika Hickel, Professorin für Geschichte der Naturwissenschaften an der TU Braunschweig · Physiker und Volkswirt Matthias Kollatz, Berlin · Dr. Jens Scheer, Professor für Physik an der Universität Bremen.

Morsleben-Netzwerk | Karl-Schmidt-Str. 4 | 39104 Magdeburg | 01 62-860 89 49 | kontakt@morsleben-stillegung.de | www.morsleben-stillegung.de

Kein Atomklo in der Börde !

Symbolische Besetzung

der Zufahrt zum Endlager für radioaktive Abfälle

Morsleben

18.11. 1990 ab 14.00 Uhr

Es laden ein:
- Bürgerinitiative Endlager Morsleben
- Die GRÜNEN Sachsen-Anhalt
- NEUES FORUM Sachsen-Anhalt

Treffpunkt: Morsleben, Zufahrt zum Endlager von der F1
Zufahrt : über F1 oder Autobahnabfahrt Marienborn
Bahn : Bahnhof Marienborn, von dort 2,5 km

Morsleben-Archiv
001089

ATOMMÜLLENDLAGER
MORSLEBEN

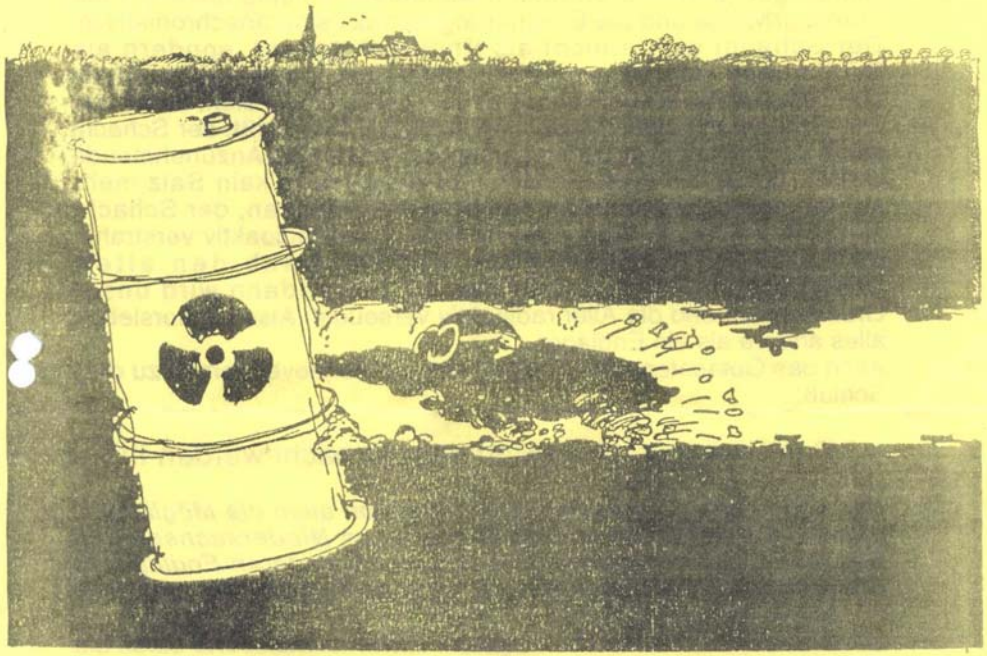
»PODIUMSDISKUSSION«

MONIKA GRIEFAHN
Nieders. Umweltminister

REINHARD HÖPPNER
Fraktionsvor. der SPD - Sachsen-Anhalt

RALF LUDWIG
Bundesvorstand der Jungsozialisten

JOCHEN BRAUER
Bürgerinitiative Helmstedt



16.3. **14.00 UHR**

Schützenhaus/Helmstedt

VERANSTALTER: JUSO-Bezirk Braunschweig, Landesverband Sachsen-Anhalt und Unterbezirk Helmstedt.

Morsleben-Archiv
001084

DIE GRÜNEN

DIE GRÜNEN KV Helmstedt Driebe 13 3308 Königslutter

Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen

Datum :

ACHTUNG : Neuer Ortstermin

Morsleben-Archiv
001088

INFORMATIONSVERANSTALTUNG zum ATOMMÜLLENDLAGER MORSLEBEN

am: Donnerstag , 29. 11. 1990
um: 20.00 Uhr
im: Schützenhaus , Maschweg 9 , Helmstedt

TeilnehmerInnen:
Gerhard SCHMIDT , Ing.grad,ÖKOINSTITUT Darmstadt

Hannes KEMPMANN , MdL Hannover, DIEGRÜNEN

Ingrid REINECKE ,GREENPEACE ,Hamburg

Wer ja sagt zu KONRAD und MORSLEBEN

sagt damit ja zur weiteren Nutzung der Atom–Energie.

Wir haben mit Entsetzen feststellen müssen, daß Teile der niedersächsischen Koalitionsregierung unter der Führung von Gerhard Schröder bereit sind, die Koalitionsvereinbarungen in Gesprächen mit der Industrie zur Disposition zu stellen.

... dem von Schröder und den Konzernchefs Piltz und Gieske verantworteten Atomenergie–Papier geht es um die langfristige Sicherung der wirtschaftlichen Interessen einiger Großkonzerne durch

- Bestandssicherung laufender Reaktoren und Forschungssubventionen für neue Reaktorlinien,
- Kaschierung des Entsorgungsdebakels und
- die Garantie, Reaktoren nur durch neue Großkraftwerke zu ersetzen.

Die Aufgabe der Wiederaufbereitung, nun auch im Ausland, und die Aufgabe des maroden Endlagerprojektes Gorleben ist weder ein Zugeständnis noch folgt sie ökologischer Vernunft. Sie ist Eingeständnis des restlosen Scheiterns der Entsorgung! – Das Scheitern der Entsorgung ist aber kein Grund, die Anforderung an die Entsorgung zu reduzieren, sondern die Atomkraftwerke stillzulegen.

Morsleben-Archiv
001050

Wer aber

- Zwischenlager als Entsorgungsnachweis,
- die Genehmigung von KONRAD und die Inbetriebnahme von MORSLEBEN,
- die Internationalisierung des Atommüll–Problems

akzeptiert, hilft mit, die gescheiterte Entsorgung zu kaschieren und den Betrieb von Atomanlagen langfristig zu sichern.

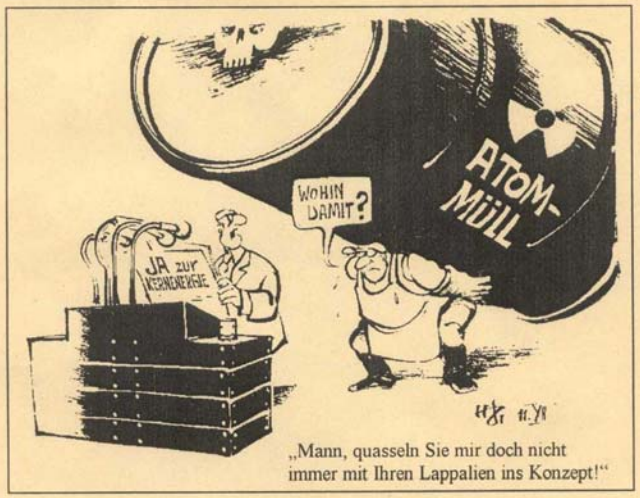
Wir fordern die Deligiertinnen und Deligierten der BDK auf klarzustellen, das eine solche Politik mit Ihnen nicht durchsetzbar ist.

Wer den Ausstieg will, muß nein sagen zu KONRAD und MORSLEBEN.

Bürgerinitiativen der Region
Landesverband der GRÜNEN Niedersachsen und Sachsen-Anhalt

Atomklo Morsleben sofort schließen

Wir fordern Frau Heidecke auf, ein Zeichen zu setzen und Morsleben - das einzige Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle in Deutschland - zu schließen !



„Mann, quasseln Sie mir doch nicht immer mit Ihren Lappalien ins Konzept!"

Zu Kontakten setzen, wegen Demo

Morsleben ist nicht sicher, denn:

- ⇒ Der von Bundesamt für Strahlenschutz beauftragte Gutachter Prof. Hermann fordert wegen der bislang unzureichend untersuchten Tropfstellen einen sofortigen Einlagerungsstop.
- ⇒ Die Zuflußmenge aus bisher bekannten Tropfstellen beträgt 1000 Liter pro Monat.
- ⇒ Viele der Nachbarschächte sind bereits abgesoffen, es ist nicht auszuschließen, daß auch der Endlagerschacht Bartensleben und Schacht Marie, in dem immer noch Giftmüll lagert, vollläuft.
- ⇒ Die obere Salzschicht beträgt an der dünsten Stelle nur 32 m, nach bundesdeutschem Standard werden jedoch mindestens 150 m gefordert.
- ⇒ Die geologische Formation der Region Morsleben weist Verwerfungen auf und wurde bis jetzt nur unzureichend untersucht.

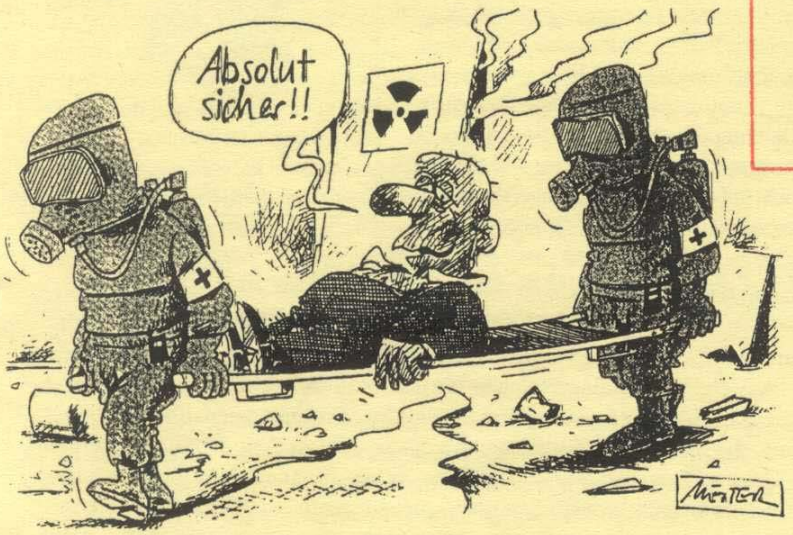
V.i.S.d.P. Magdeburger BürgerInneninitiative gegen das Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben, Harsdorfer Straße 49, 39116 Magdeburg

Morsleben-Archiv
001085

Was Sie schon immer über Morsleben und die Atomkraft wissen wollten

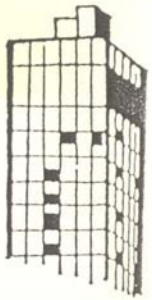
Die meisten Menschen haben eine Abneigung gegen Atomenergie. Das Gefühl sagt ihnen, daß sie gefährlich ist. Doch der Super - GAU von Tschernobyl rückt in weite ferne und die Menschen werden empfänglicher für die Propaganda der Atomwirtschaft. Hier sollen die zehn vielleicht am häufigsten gestellten Fragen und aufgestellten Behauptungen zum Endlager in Morsleben und der Atomenergie im Allgemeinen in kurzer Form beantwortet werden. Für viele werden dies erstaunliche Fakten sein, die wir auf Nachfrage gern belegen.

Morsleben-Archiv
001083



Die letzten Worte des Firmensprechers.

Magdeburger Initiative gegen das Atommüllendlager Morsleben
Breiter Weg 229 39104 Magdeburg



Macht die Tropfsteinhöhle dicht!

**Nur wenige Kilometer von Magdeburg entfernt ist das erste deutsche Atommüllendlager in Betrieb.
Es wird Atommüll aus den alten und neuen Bundesländern eingelagert, obwohl nicht die Anforderungen an die Langzeitsicherheit erfüllt sind. Tropfstellen, Einsturzgefahr, Gefahr der Grundwasserverseuchung kommen hinzu.**

Wir fordern:

- **Keine weiteren Einlagerungen von radioaktiven Abfällen in das Endlager Morsleben**
- **Endgültige Stillegung und Sanierung des Endlagers Morsleben**
- **ebenfalls Verzicht auf die anderen Endlagerprojekte Gorleben, Asse und Konrad**
- **keine Einlagerung von Atommüll in den Salzstöcken der Altmark**
- **Abschaltung aller Atomanlagen in der Bundesrepublik und weltweit**
- **Hilfe für die Opfer der Atombombenversuche und der Reaktorkatastrophe Tschernobyl**

lfd. Nr.	Name	Vorname	Anschrift	geb. Dat.	Unterschrift
1					
2					
3					
4					
5					
6					
7					
8					
9					
10					
11					
12					
13					
14					
15					
16					

Morsleben-Archiv
001078

GruppeÖkologie

Institut für
ökologische Forschung und
Bildung Hannover e.V.

Schwachstellenbetrachtungen für das Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben

im Auftrag der
Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad e.V.

Hannover, Februar 1991

Morsleben-Archiv
001044

GREENPEACE

Kurzgutachten

Morsleben-Archiv
001071

Endlager Morsleben:

Einlagerung radioaktiver Abfälle trotz Sicherheitsbedenken

1. Einleitung

In der Pressemitteilung des Bundesministers für Umwelt (BMU) vom 10.07.1992 wird unter Bezug auf die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes vom 25.06.1992 die baldige Einlagerung radioaktiver Abfälle in das Endlager Morsleben (ERAM) angekündigt. Das Bundesverwaltungsgericht hat sich mit der Frage des Weiterbetriebs des ehemaligen DDR-Endlagers unter rein genehmigungsrechtlichen Gesichtspunkten auseinandergesetzt.

Die Wiederinbetriebnahme des Endlagers Morsleben setzt jedoch auch die Erfüllung inhaltlicher Mindestanforderungen voraus. In der Pressemitteilung des BMU wird daher ausführlich auf die Frage der Eignung des Endlagers Morsleben eingegangen. Die vorgesehene weitere Einlagerung radioaktiver Abfälle wird im wesentlichen mit der am 22.05.1991 verabschiedeten "Empfehlung zum Betrieb des Endlagers für radioaktive Abfälle Morsleben (ERAM)" der Reaktor-Sicherheitskommission (RSK-261) begründet, die die RSK auf ihrer Sitzung am 17.06.1992 (RSK-270) ausdrücklich bestätigt hat.

BMU und RSK schließen danach die Gefährdung Dritter durch den Betrieb des Endlagers für den genehmigten Betriebszeitraum bis zum 30.06.2000 aus. Außerdem sei für den Betrieb über den genehmigten Zeitpunkt hinaus ein positiver Planfeststellungsbeschluß zu erwarten. Die Schutzziele der sogenannten RSK-Sicherheitskriterien von 1983 seien als erfüllt anzusehen, die Standsicherheit des Grubengebäudes Bartensleben/Marie sei gewährleistet und technisch nicht beherrschbare Lösungszutritte ins Grubengebäude seien nicht zu besorgen.

Die RSK hat sich bei ihrer Empfehlung den Argumenten der von ihr gehörten Gutachter, insbesondere Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS), Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) und SCHWANDT, angeschlossen. Abweichende Positionen des Gutachters HERRMANN (1991, 1992) und des den Antrag auf Wiederinbetriebnahme des Endlagers stellenden Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS) hat sie dagegen lediglich zur Kenntnis genommen (RSK-AE-44, RSK-260, RSK-261). Die Behauptung der RSK in ihrer Stellungnahme vom 17.6.1992 (RSK-270), sie habe die Sicherheit des ERAM "gesamtheitlich" betrachtet, entspricht daher eindeutig nicht den Tatsachen. Allein die Berücksichtigung der neueren geochemischen

Monika Griefahn Niedersächsische Umweltministerin

Frau
Inge Lindemann
Greenpeace e.V.
Vorsetzen 53
Postfach 11 16 51

2000 Hamburg 11

Morsleben-Archiv
001093

Hannover, 22.06.1993

Sehr geehrte Frau Lindemann,

Ihre Bedenken zur mangelnden Sicherheit des Endlagers für radioaktive Abfälle Morsleben (ERAM) teile ich und habe dies in meiner Antwort auf die dringliche Anfrage der Fraktion der Grünen am 18.02.1993 vor dem Nieders. Landtag auch deutlich zum Ausdruck gebracht.

Auch ich bedauere es, daß der Bund als Betreiber und Aufsicht des ERAM es nicht für notwendig erachtet hat, zunächst die Sicherheit und insbesondere auch die Langzeitsicherheit des in DDR-Zeiten eingerichteten Endlagers im Rahmen des dafür nach dem Atomgesetz vorgesehenen Planfeststellungsverfahren prüfen zu lassen. Die von Prof. Herrmann geäußerten Bedenken zur Sicherheit des ERAM sind hier sowohl durch die von ihm vorgelegten Berichte als auch durch fachliche Gespräche zwischen Prof. Herrmann und Mitarbeitern meines Hauses bekannt. Obwohl auch von Prof. Herrmann keine unmittelbare, d.h. akute Gefahr für

Archivstraße 2
3000 Hannover 1
Telefon 0511 / 104-3301/02
Telefax 0511 / 104-3199

DEMONSTRATION 9. MÄRZ 1991

MORSLEBEN STILLEGEN !

AUFTAKT – KUNDGEBUNG

13.00 Uhr in Helmstedt, Marktplatz

*

DEMONSTRATION NACH MORSLEBEN

*

KUNDGEBUNG IN MORSLEBEN

Ab 15.30 Uhr

*

REDE–BEITRÄGE:

- Morsleben – ein untaugliches Endlager (BI Morsleben)
- Die neue Offensive der Atomindustrie (Rosemarie Poldrasch, Greifswald)
- Energiewende JA – Stromvertrag NEIN (Till Noak, Jena)
- Tschernobyl ist nicht vergessen (Ljuboó Kowalewskaja, Kiew)
- Manifest – Aufruf zum Handeln

Morsleben-Archiv
001087

STOPPT DIE ATOM-INDUSTRIE !

STOPPT MORSLEBEN !

SOFORTIGE STILLEGUNG ALLER ATOMANLAGEN !

Kontakt: Jochen Brauer, Bahnhofsstr. 15, 3308 Königslutter, Tel. 0 53 53-6 28

MORSLEBEN STILLEGEN!

Zwischen Braunschweig und Magdeburg befindet sich das einzige formell genehmigte Atommüll-Endlager der Bundesrepublik. Ein Stillegungsurteil des Verwaltungsgerichtes Magdeburg wurde zwischenzeitlich aufgehoben; die Betreibergesellschaft bereitet die Wiederaufnahme der Einlagerungen vor.

Kerntechnische Anlagen geben ständig radioaktive Stoffe an die Umwelt ab. Die Körper der Lebewesen richten sich nicht nach Strahlenschutzverordnungen: Jede zusätzliche Radioaktivität bedeutet für jeden einzelnen ein zusätzliches Risiko. Morsleben erfüllt nicht einmal die von der Reaktorsicherheitskommission bis 1990 formulierten Mindestanforderungen.

Die alte Kaligrube Morsleben/Bartensleben besteht aus einer Vielzahl von Kavernen und Gängen. Die geologische Situation im Aller-Urstromtal ist ungeklärt: Es gibt mehrere Wasserdurchtritte, zweifelhafte Alteinlagerungen, vagabundierende radioaktive Flüssigkeiten. Ein Schweizer Käse ist vergleichsweise wohlorganisiert.

Der Notausgang des Endlagers führt über einen Hauptstollen zum Nebenschacht Marie. In dieser Schachtanlage lagern zehntausende von Plastikfässern mit hochgiftigen Cyanidabfällen, die bei Feuchtigkeitseinwirkung Blausäure freisetzen.

Wehren wir uns gegen ein marodes Bergwerk als Atomendlager!

Aus der Atomenergie aussteigen!

Morsleben-Archiv
001082

Für eine Energiewende: Einsparung und rationelle Verwendung von Energie in Wirtschaft und Privathaushalt!

Konsequente Förderung von Wind- und Sonnenenergie

Morsleben stillegen!

Im Umkreis des Endlagers Morsleben liegen Gemeinde und Städte **wie Morsleben, Beendorf, Helmstedt, Haldensleben, Flechtingen,** insgesamt an die 50000 Menschen. Vom Endlager werden ständig radioaktiv belastete Abluft und radioaktiv belastetes Abwasser über den Salzbach in die Aller abgeleitet. "Normale" Belastung und Unfallrisiken betreffen damit auch **Wolfsburg, Gifhorn, Celle** und andere Städte. Transporte führen über **Magdeburg** und, bei Einlagerung von Atommüll aus den alten Bundesländern, über **Braunschweig**.

Mit Morsleben wird ein altes Salzbergwerk zum Atomendlager umgestrickt, nur weil es eben da ist. Zu SED-Zeiten ging das so: 12 Bergwerke kommen in Frage, 9 fördern noch Kali, 2 sind schon abgesoffen, bleibt Morsleben. Selbstverständlich gab es keine Planfeststellung, keine Bürgerbeteiligung. Als das einzige verfügbare Atomendlager ist Morsleben heute der rostige Notnagel der Atomindustrie und des Töpfer-Ministeriums. Mit dem Einigungsvertrag wurde die alte Betriebsgenehmigung für diese Anlage, die nach bundesdeutschem Recht nie genehmigt worden wäre, bis zum 30. Juni 2000 verlängert. Ob es dabei bleibt, entscheidet sich in einem Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht.

Wir leben täglich mit Risiken. Aber allein durch dieses Endlager werden Hunderte oder Tausende Schaden nehmen, auch wenn dies selten direkt nachweisbar ist. Also: Neue Chancen für die Region! Morsleben stillegen!

DEMONSTRATION UND KUNDGEBUNG

Samstag, 18.9.1993 11.00 Uhr, Magdeburg, Kölner Platz (am Bahnhof)

INITIATIVE GEGEN DAS ATOMMÜLL-ENDLAGER MORSLEBEN e.V., Sitz Helmstedt
1.VORS. DOROTHEA JANZEN-PÖHLMANN, BIRKENWEG 3, (3300) 38350 HELMSTEDT, Tel./Fax 05351-41861

Spendenkonto: Stadt Helmstedt, Kto.-Nr. 7102-309 beim PGA Hannover, BLZ 25010030
Stichwort "BI-Morsleben"

Demonstration

gegen das

ATOMMÜLLENDLAGER

MORSLEBEN

Liebe Magdeburger / Innen,

Demonstrieren Sie zusammen mit den Kindern und Jugendlichen für eine strahlenfreie Zukunft und Umwelt für die nächsten Generationen !

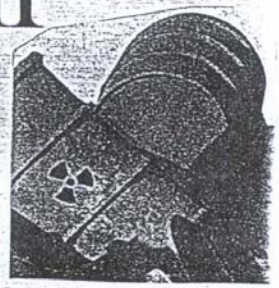
Nehmen Sie an dem Protestmarsch am

30. September

Um 10.30 Uhr

Am Zentralen Platz

Teil.



Informationen gibt´s bei Greenkids Magdeburg, Geißlerstraße 1

Morsleben-Netzwerk | Karl-Schmidt-Str. 4 | 39104 Magdeburg | 01 62-860 89 49 | kontakt@morsleben-stillegung.de | www.morsleben-stillegung.de

Anti Atom Camp
in Morsleben
21.7. - 3.8. '96
Morsleben ist das einzige offizielle Atommüllendlager Deutschlands. Hier fahren normalerweise wöchentlich 16 Atomtransporter ein. Doch in diesem Sommer wird alles anders:
Musik, Workshops, Spaß, Arbeitskreise, Urlaub, Kreativität und Spiele wie „Räuber und Gearndarm" wird es im Camp geben. Ob einen Tag oder zwei Wochen, wenn Ihr kommt und Eure Freunde mitbringt, guckt die Atommafia einen halben Monat in die Röhre.
KOMMT ALLE !
Aktuelle Infos gibt es bei der:
Anti Atom Gruppe
Harsdorfer Str. 49
39110 Magdeburg
Tel.: 0391/7315980
Fax: 0391/7315982
Aktionstag am Samsttag 27. Juli
Alternativ-Energie Stände
Filme
Workshops
Konzert
und eine Überraschungsaktion
V.i.S.d.P.: Michael Schmidt, Gardelegen
Wir stellen uns quer

Benoit · Günther · v. Brevern · Heidel · Schippmann
Rechtsanwälte

RAe. Benoit · Günther · v. Brevern · Heidel · Schippmann
Postfach 60 54 80 · 22303 Hamburg

Gerd Benoit
Michael Günther
Wolf-Dietrich v. Brevern
Hans-Gerd Heidel
Jens Schippmann
Dr. Ulrich Wollenteit
Claudia Schoppen

Morsleben-Archiv
000834

Hamburg, 18. 11. 1993
1687/93V/H/ap/H

R E C H T S G U T A C H T E N

zur Unzulässigkeit des Betriebs des Endlagers Morsleben

EINLEITUNG

Entgegen der Auffassung des BMU lassen sich der grundlegenden Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts zur Fortgeltung der Betriebsgenehmigung für das ehemalige DDR-Endlager Morsleben keine Aussagen über die Sicherheit des Endlagers entnehmen (I.) Wegen des bis heute fehlenden Nachweises der Langzeitsicherheit sowie weiterer gravierender Sicherheitsbedenken (Lösungszuflüsse aus dem Deckgebirge, Standfestigkeit des Grubengebäudes, Nichteinhaltung der RSK-Sicherheitskriterien für die Endlager radioaktiver Abfälle in einem Bergwerk) besteht eine Gefahr bzw. ein Gefahrenverdacht, der wegen möglicher irreversibler Folgen den Weiterbetrieb des Endlagers zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht zuläßt und deshalb Anlaß zur vorübergehenden Stillegung im Rahmen der Eigenaufsicht bis zur Klärung der Sicherheitsbedenken gibt. Ungeklärt ist auch, ob die Vorgaben anderer als atomrechtlicher Vorschriften eingehalten werden (II.). Die DDR-Altgenehmigung ist im übrigen inhaltlich beschränkt und läßt u. a. die Einlagerung von Atommüll aus den alten Bundesländern nicht zu (III).

Dorotheenstraße 54 · 22301 Hamburg · Telefon: (040) 270 70 70 · Telefax: (040) 270 707-36
Postfach 60 54 80 · 22303 Hamburg · Gerichtskasten 177

Dresdner Bank AG, Hamburg BLZ 200 800 00, Kto-Nr. 4009 885 | Deutsche Bank AG, Hamburg BLZ 200 700 00, Kto.-Nr. 3100369 | Hamburger Sparkasse BLZ 200 505 50, Kto.-Nr. 1127/212 155 | Postgiroamt Hamburg BLZ 200 100 20, Kto.-Nr. 180 009/208

UTD

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
im Landtag von Sachsen-Anhalt

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

KV Anhalt
ges. 26.11.96 pl.

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Landtag von Sachsen-Anhalt • Domplatz 6-9 • 39104 Magdeburg

NABU
Steubenallee 2

39104 Magdeburg

Eingegangen
25 NOV. 1996
Erl.: .....

21.11.96

Einladung zum Morsleben-Workshop

Liebe Freundinnen und Freunde,

hiermit lade ich Euch zu unserem nächsten Mosrleben-Workshop ein, und zwar für den 3.12.96, 17 Uhr im Landtag von Magdeburg, Domplatz 6-9, Raum A016.

Vorgeschlagene Tagesordnung:

1. Vorschlag für eine gemeinsame Kampagene aller Morsleben-Engagierten (Postkartenaktion oder andere Formen, Vorschlag der BI Magdeburg)
(45 min)

2. Konsequenzen aus Krümmel-Urteil?
(15 min)

3. Entsorgungskippe Ost: Werden Morsleben und Greifswald für den Ausstieg im Westen geopfert? Wie gehen wir mit aktuellen Entwicklungen um?
(45 min)

4. Sonstiges
(15 min.)

Mit vielen Grüßen und der Hoffnung auf Eure Teilnahme

Morsleben-Archiv
000983

Mathias Weiland
(umweltpol. Sprecher der Fraktion)

Der Morsleben-Rundbrief

Jahrgang 3 Ausgabe 1 Februar / März 1996

Für die sofortige Stillegung des ERAM und aller anderen Atomanlagen

Einzelpreis: 2,50 DM

Neues von den Klagen
Seite 4

Hochradioaktiver Atommüll im ERAM
Seite 6

Planfeststellungsverfahren zum Endlager Morsleben
Seite 10

Bild: Luftaufnahme der Schachtanlage Bartensleben in Morsleben

Morsleben-Archiv
001097

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Geschäftszeichen (bei Antwort bitte angeben)
RS III 6 - 07023 II

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Postfach 12 06 29 · 53048 Bonn

Lieferanschrift:
Ahrstraße 20
53175 Bonn
Fernruf: (0228) 305-0
(030) 23142-0*
Durchwahl: 2956
Telex 8 857 90
Telefax 228 38 54
Dienstgebäude Nr.: 4

23. Februar 1994

Herrn
Hans-Herbert Tietz
Gutenbergstr. 7

24116 Kiel

Sehr geehrter Herr Tietz,

vielen Dank für Ihre Karte vom 15. Januar 1994, in der Sie u.a. die unpersönliche Art der Antwort auf Ihr Schreiben vom 21. November 1993 kritisieren. Dazu teile ich Ihnen mit, daß im Bundesumweltministerium im letzten halben Jahr ca. 2.500 Schreiben besorgter Bürger im Zusammenhang mit dem Endlager für radioaktive Abfälle Morsleben eingegangen sind. Die große Anzahl dieser Schreiben ließ eine persönliche und individuelle Antwort leider nicht zu. Ich bitte Sie insofern um Verständnis.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag

Neumann

BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ UND REAKTORSICHERHEIT KANZLEI 1

Beglaubigt
Angestellte

Morsleben-Archiv
000531

Dienstgebäude
1 = Kennedyallee 5
2 = Bernkasteler Straße 8
3 = Godesberger Allee 90
4 = Husarenstraße 30
5 = Graurheindorfer Str. 92 (Eingang Husarenstr. 30)
6 = Ahrstraße 20
7 = Petersbergweg 63
8 = Stephan-Lochner-Str. 1
9 = Stephan-Lochner-Str. 2
10 = 10117 Berlin, + Schiffbauerdamm 15

Telefax:
1 = 305-3225
2 = 305-3524
3 = 305-2695
4 = 305-2899
5 = 305-3746
6 = 305-2399
7 = 305-2693
8 = 305-3225
9 = 305-2109
10 = 030-23142-4375

Erreichbar mit öffentlichen Verkehrsmitteln
1, 8 u. 9 = Hochkreuz Stadtbahnlinien 16/63 Bushaltestelle Linien 614 u. 618 Hochkreuzallee Buslinie 612
2 = Hochkreuz Stadtbahnlinie 16/63
3 = Bushaltestelle Augustinum Linie 638
4/5 = Straßenbahnhaltestelle Finanzministerium Linie 61
6 = Bushaltestelle Linien 610 Danziger Straße und 614 Deutsche Forschungsgemeinschaft
7 = Bushaltestelle Linie 622 Rheinuallee und 630 Schießbergweg
Stadtbahnlinie 64, Küdinghoven
10 = Haltestelle Bahnhof Friedrichstraße - U- u. S-Bahnen

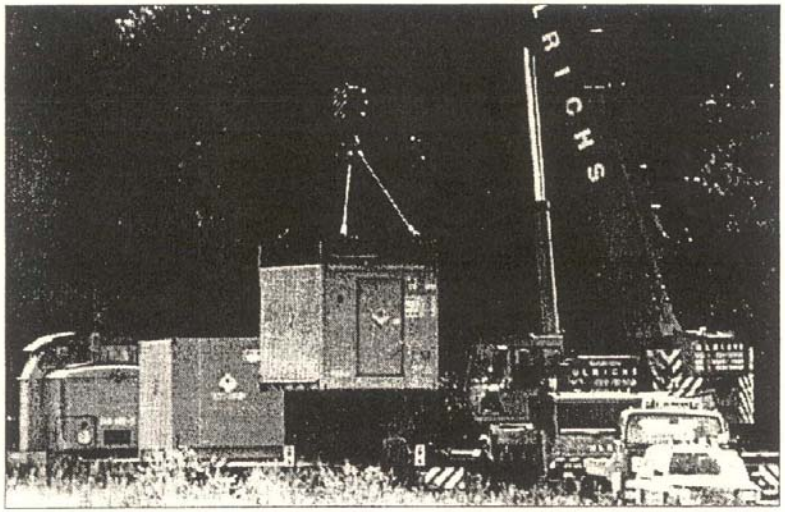
Recycling Papier, zu 100% aus Altpapier hergestellt

Schwertransporter mit radioaktivem Müll fahren regelmäßig durch Wohngebiete in Rothensee

Anwohner beunruhigt über mysteriöse Atom-Transporte

Die Rothenseer sind beunruhigt. Regelmäßig werden Container mit Atom-Müll auf dem Güterbahnhof im Norden der Stadt verladen und unter sichtbarem Polizeischutz durch das Wohngebiet transportiert. Weder die Feuerwehr noch das kommunale Umweltamt hat Informationen über die gefährliche Fracht.

von Oliver Schlicht



Ein Kran beförderte vor zwei Tagen in Hadmersleben zwei Container mit Atom-Müll von der Schiene auf Schwertransporter. Foto: R. Doring

Rothensee. Am Donnerstag vergangener Woche war es wieder soweit. Die Gäste des Getränkestützpunktes in der Badeteichstraße setzten verdutzt die Bierbüchsen ab. Durch die schmale Gasse holperte auf löchrigem Kopfsteinplaster drei Meter neben den auf Gartenstühlen sitzenden Männern ein Schwertransporter vorbei. Beladen ist das Fahrzeug mit Containern, auf denen das bekannte Strahlensymbol mit der Aufschrift „Vorsicht! Radioaktiv!" gelb leuchtet. Anwohner Guido Dietrich beobachtet das Geschehen besorgt. „Die kommen inzwischen fast wöchentlich. Es kann doch nicht sein, daß solche gefährliche Fracht über kaputte Straßen mitten durch das ...ngebiet transportiert wird", ...gt er.

Anscheinend doch. Der Atom-Müll in den Containern ist zur Endlagerung in Morsleben vorgesehen. Auf der Schiene wird die Fracht bis zum Rothenseer Güterbahnhof gebracht und dort auf Schwertransporter umgeladen. Die Fahrt geht von der Oebisfelder Straße in die Badeteichstraße und erreicht über die Turmstraße, die Hohenwarther Straße und den August-Bebel-Damm die Autobahn. Ein aufwendiges Polizeiaufkommen begleitet jedesmal den Zug: Funkstreifenwagen, ein Mannschaftswagen und zivile Einsatzkräfte. An den Kennzeichen der Begleitfahrzeuge ist zu erkennen, daß die Sicherheitsleute nicht aus der Landeshauptstadt sind.

„Die haben vor allem Angst vor Demonstranten", weiß Oliver Wendenkampf zu berichten. Der Geschäftsführer des Landesverbandes vom „Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschlands" (BUND) teilt die Sorge der Anwohner: „Es ist unverantwortlich, den Mist unmittelbar durch die Gärten der Leute zu kutschieren." Er vermutet vor allem Krankenhausabfälle in den Containern, die leicht bis mittelschwer radioaktiv belastet sind. Wendenkampf: „Nach der Gefahrengutordnung sind diese Transporte nicht meldepflichtig. Die Spediteure müssen also ihre gefährliche Fracht nicht anmelden oder über mögliche Gefahren informieren." Da es zu Verkehrsunfällen kommen könnte, sei ein Atom-Transport natürlich immer mit einem Risiko verbunden.

Die Transporte nach Morsleben werden nach Erfahrung vom BUND vor allem über Rothensee, Flechtingen, Braunschweig und Hadmersleben abgewickelt. Je nach Herkunft des Mülls. Insgesamt soll es 14 Routen geben, auf die ausgewichen werden kann, falls eine Strecke von Demonstranten blockiert wird. Erst gestern berichtete die Oschersleber Volksstimme unter der Überschrift „Atom-Müll durch Oschersleben transportiert" über eine Verladung von drei Containern in Hadmersleben. Die Hadmersleber sind genauso beunruhigt wie die Rothenseer. Denn über den Inhalt der Container wissen auch sie nichts.

Die Transporte werden von der Bundesbehörde für Strahlenschutz organisiert und von der Landesbereitschaftpolizei Schönebeck abgesichert. Da keine Meldepflicht besteht, weiß in den städtischen Behörden niemand über Zeitpunkt, Fahrtroute und Art des Mülls Bescheid. Magdeburgs Umweltamtsleiter Rolf Warschun: „Wir sind absolut ahnungslos." Schwertransporte durch Wohngebiete seien grundsätzlich Quatsch. Über den Atom-Transport durch Rothensee müßte seiner Meinung nach mindestens die Feuerwehr informiert werden.

Doch auch die weiß von nichts. Olaf Derlath, stellvertretener Feuerwehrchef: „Diese Art von Transporten werden bei uns nicht angemeldet. Über die Routen und das beförderte Material sind wir vorab nicht informiert."

Magdeburger Volksstimme vom 1.9. 95

Selbstbestimmtes Aktionsbündnis Niedersachsen/Sachsen-Anhalt
Pressemitteilung
23.02.1995

Atomtransportblockade am Magdeburger Güterbahnhof Rothensee

Heute gegen ca. 4.00 Uhr morgens blockieren wir (ca. 50 AtomkraftgegnerInnen aus der Region um Schacht Konrad, Asse 2, und dem Endlager Morsleben) einen Transport mit Atommüll am Magdeburger Güterbahnhof Rothensee.

Wir wollen mit dieser Aktion darauf aufmerksam machen, daß nunmehr seit fast einem Jahr Atommüll in ein sogenanntes Endlager eingelagert wird, von dem ,vor der Eingemeindung der fünf neuen Länder, selbst der damalige Bundesumweltminister Töpfer behauptete, daß es ungeeignet sei.

Wir weisen ausdrücklich darauf hin, daß auch nach den neuesten Gutachten des Clausthaler Professors Herrmann, die Langzeitsicherheit für das Lager nicht nachgewiesen ist. Im Gegenteil: Das Bundesamt für Strahlenschutz versucht, die Langzeitsicherheit durch nachträgliche Aufschlussbohrungen und neuere Daten herzurechnen.

Wir befürchten, daß das Endlager Morsleben auch nach dem Jahre 2000 als Endlager weiterbetrieben werden soll. Und zwar nicht nur für so definierten schwach- und mittelaktiven Atommüll, sondern auch für hochaktiven Atommüll. Das hieße, daß der Castorbehälter, der mittlerweile seit über einem halben Jahr im AKW Philipsburg auf seine Beförderung ins wendländische Gorleben wartet, nach einer Zwischenlagerung von 10, 20, 30 oder mehr Jahren letztlich eine neue ungewisse Reise in das Endlager Morsleben antreten müßte. (Wobei vermutlich noch immer von einer Dichtheit des zurechtgeschliffenen Deckels ausgegangen würde).

Wir fordern eine sofortige Einstellung **aller** Atomtransporte !!

Wir fordern die sachsen-anhaltinische Umweltministerin Heidecke auf, endlich zu handeln und dem Endlager aufgrund mangelnder Dauerstandsicherheitsnachweise der Grubenanlage **unverzüglich und dauerhaft die Genehmigung zur weiteren Einlagerung zu entziehen** !

Es kann weder von uns, noch vom Land Sachsen-Anhalt akzeptiert werden, daß Atommüll in eine alte, lecke Kaligrube gekippt wird, von der eine Langzeitsicherheit nicht nachgewiesen ist. Der Atommüll, der heute abgekippt wird, kann nicht ohne immense Gefahren aus dem Salzstock zurückgeholt werden.

Es ist auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten für das Land überlegenswert, sich auf mögliche Schadenersatzprozesse einzulassen, da ein späteres Absaufen des Schachtes erheblich höhere wirtschaftliche Belastungen für das Land nach sich ziehen kann. Doch scheint es nicht üblich zu sein, daß sich Politiker in längeren Zeiträumen für Ihre jeweiligen Zuständigkeitsbereiche verantwortlich fühlen als Ihre eigene wacklige Amtszeit läuft.

Ein grünes Parteilabel schützt nicht vor Taten !!

Die Entsorgung von Atommüll ist ungesichert, der Betrieb von Atomanlagen führt zu diversen Gesundheitsbeschwerden bis hin zu Leukämie und Tod, Unfälle bei Transport und Handhabung von nuklearem Material haben bereits, und werden mit Sicherheit auch in Zukunft, tausende von Menschenleben kosten.

Daher gibt es ***keinen Atomkonsens mit der Bevölkerung.***

Die einzige Lösung kann nur heißen:

Abschalten aller Atomanlagen, sofort und endgültig !!!

Stoppt die Atomtransporte, ob Castor oder andere !!

Diese Aktion wird nicht die letzte sein, die Atomtransporte dürfen sich auch in dieser Region zukünftig eines unruhigen Hinterlandes sicher sein.

Morsleben-Netzwerk | Karl-Schmidt-Str. 4 | 39104 Magdeburg | 01 62-860 89 49 | kontakt@morsleben-stillegung.de | www.morsleben-stillegung.de

Morsleben-Netzwerk | Karl-Schmidt-Str. 4 | 39104 Magdeburg | 01 62-860 89 49 | kontakt@morsleben-stillegung.de | www.morsleben-stillegung.de

Morsleben-Archiv
001075

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

GRÜNE KONRAD-Koordination - Kohlmarkt 7 - 3300 Braunschweig

Regionaler Arbeitskreis
KONRAD - ASSE II - Morsleben - KONSENS

Kohlmarkt 7, 3300 Braunschweig
0531 / 1 64 00
Fax 0531 / 12 56 64

Konto:
Konto 644 96 300 (KV Braunschweig)
Postgiroamt Hannover (BLZ 250 100 30)
Stichwort: KONRAD-Koordination

Presseinformation

23.08.1993

Resolution der Landesdelegiertenversammlung von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN Niedersachsen 21./22.08.93

Morsleben nicht, KONRAD nicht und Sibirien schon gar nicht!

Weil Niedersachsen gleich in zweifacher Weise von dem Ex-DDR Endlager Morsleben betroffen ist, nahm die Landesversammlung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN am Wochenende noch einmal deutlich Stellung und begrüßte die derzeit laufenden Aktionen von der BI Morsleben und Greenpeace.

Besondere Bedeutung erhält Morsleben im Kontext der gescheiterten Atommüll"entsorgung", weil die Genehmigung des Endlagers Schacht KONRAD weiter verzögert oder gar ganz verhindert werden könnte. Denn die Bundesregierung steht gerade bei den Abfällen, die nach Schacht KONRAD sollen, unter einem akuten Entsorgungsdruck, da 1997 die Zwischenlagerkapazitäten voll ausgeschöpft sind. Das völlig marode Endlager Morsleben soll dann als Ventil für diesen Druck dienen.

Direkt betroffen sind die Menschen im Kreis Helmstedt und in der Stadt Wolfsburg durch möglichee Ausbreitungspfade der radioaktiven Abfälle ins Grundwasser in Richtung Helmstedt und Morsleben. Immerhin baute die ehemalige DDR-Führung ihr Atommülllager nur 400 Meter von der Grenze zur BRD entfernt.

Mit dem Hinweis darauf, daß sie die Endlagerung weder in Morsleben noch in Sibirien für verantwortbar halten, wandten sich die GRÜNEN auch zugleich gegen den in den letzten Tagen bekanntgewordenen Vorschlag von Wissenschaftlern, das deutsche Atommüllproblem ins Ausland zu exportieren.

Für Rückfragen:
Ursula Schönberger
Tel: 05 31 / 1 64 00

Text in der Anlage

PRESSEDIENST

PDS LINKE LISTE IM BUNDESTAG

Pressebüro

Bundeshaus Bonn-Center
53113 Bonn
Tel. (02 28) 16 70 14/15
Fax (02 28) 168 66 04

Verantwortlich:
Jürgen Reents (Pressesprecher)
Dr. Harald Grünig (stellv. Pressesprecher)

Datum: 14.1.1994
Nr.: 1023
Thema: Morsleben

Töpfers Nacht- und Nebel-Aktion in Morsleben – PDS/Linke Liste beantragt Aktuelle Stunde im Bundestag

Zur Einlagerung von Atommüll in Morsleben erklärt die umweltpolitische Sprecherin der PDS/Linke Liste im Bundestag, ***Dr. Dagmar Enkelmann:***

Umweltminister Töpfer fürchtet offenbar nichts mehr, als ein öffentliches Genehmigungsverfahren für die DDR-Atommülkippe Morsleben. Dabei würde der nach vielen Gutachten völlig ungeeignete Schacht durchfallen. Wenn die Bundesregierung auch sonst alles für Unrecht erklärt, was im anderen deutschen Staat erlassen wurde. Wenn man nicht mehr weiß, wohin mit dem Atommüll, kommt ihr das selbst nach bundesdeutschen Sicherheitskriterien nicht genehmigungsfähige "Endlager" genau richtig. Sachsen-Anhalts Innenminister Walter Remmers (CDU) geht davon aus, daß bald der erste Atommüll auch aus dem westlichen Bundesgebiet in Morsleben eintreffen wird. Zumindest dagegen hatte sich vor einem Jahr noch Umweltminister Wolfgang Rauls (FDP) gewehrt. Nach einem Gespräch mit Töpfer fiel auch er um und will von der Nacht- und Nebel-Aktion nichts gewußt haben.

Ist das Zusammenziehen von mehreren Einsatzhundertschaften auch aus Magdeburg, die das Atommüllager in eine Polizeifestung verwandelten, etwa ohne Wissen der Landesregierung durchgeführt worden?

Es bleibt dabei: Töpfers Tropfsteinhöhle wird auch durch Atomstaatseinsätze nicht sicherer. Die PDS im Landtag von Sachsen-Anhalt hat mehrere Initiativen gegen die Einlagerung von Atommüll in Morsleben ergriffen. Die PDS/Linke Liste im Bundestag hat für die nächste Woche eine "Aktuelle Stunde" zu Morsleben beantragt.

***

Morsleben-Archiv
001077

Pressemitteilung

SPD Bundestagsfraktion

8. November 1993 - 2603.

Siegrun Klemmer
Konsequenzen aus den Sicherheitsrisiken des Endlagers Morsleben ziehen

Zu der Protestaktion von Greenpeace vor dem atomaren Endlager Morsleben erklärt die SPD-Bundestagsabgeordnete Siegrun Klemmer, *Mitglied im Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:*

Zum wiederholten Mal protestieren heute Mitglieder der Umweltschutzorganisation Greenpeace vor dem atomaren Endlager Morsleben und machen auf die desolate Lage der deutschen Atomwirtschaft aufmerksam.

Während in den Führungsetagen der Atomindustrie fieberhaft über den Bau neuer Reaktoren nachgedacht wird, um das lukrative Geschäft der Kernenergie aufrecht zu erhalten, bleibt das Hauptproblem der Entsorgung des atomaren Mülls weiter auf der Strecke und wird fahrlässig ignoriert. Besorgt äußert man sich, wenn Staaten wie Rußland Atommüll in das japanische Meer verklappen, verschweigt dabei aber bis heute die eigenen Probleme.

Die Zweifel internationaler Experten an der Endlagerung des atomaren Mülls in Salzstöcken werden immer größer. Am Endlager Morsleben existieren erhebliche Sicherheitsmängel, die sich insbesondere durch Zuflüsse aus dem Deckgebirge ergeben. Gutachten, die diesen Sachverhalt herausarbeiten, werden aber von Seiten der politisch Verantwortlichen wissentlich nicht zur Kenntnis genommen. Stattdessen stützt man sich bei der Beurteilung auf Gutachten, die derartige Fragen offenlassen.

Die Bundesregierung meidet immer mehr den öffentlichen Dialog über diese für die Atomindustrie alles entscheidende Frage. Sie boykottiert Veranstaltungen wie das Endlager-Hearing in Braunschweig, stellt sich nicht den Problemen vor Ort und versucht stattdessen die Opposition in den Energiekonsensgesprächen zu erpressen.

Ich fordere die Bundesregierung erneut auf, sich dem Problem der Endlagerung öffentlich zu stellen. Die desolate Lage der Entsorgung wird von Tag zu Tag dramatischer. Die Gefahren, die für Mensch und Umwelt von dieser strahlenden Hinterlassenschaft ausgehen, werden täglich größer. Erst wenn die Mengen des radioaktiven Mülls erheblich reduziert werden ist eine halbwegs akzeptable Lösung der Problematik in Sicht.

Morsleben-Archiv
001076

Herausgeber: Dr. Peter Struck, MdB - Redaktion: Ulrich Heier - ☎ 0228/16-2728, 16-7574, 16-2773, 16-5057 - Fax 0228/16-3518

Deutscher Bundestag
12. Wahlperiode

Morsleben-Archiv
000857

Drucksache 12/6045

27. 10. 93

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Reinhard Weis (Stendal), Dietmar Schütz, Michael Müller (Düsseldorf), Hermann Bachmaier, Friedhelm Julius Beucher, Lieselott Blunck (Uetersen), Dr. Eberhard Brecht, Ursula Burchardt, Marion Caspers-Merk, Peter Conradi, Dr. Marliese Dobberthien, Ludwig Eich, Evelin Fischer (Gräfenhainichen), Lothar Fischer (Homburg), Arne Fuhrmann, Monika Ganseforth, Dr. Liesel Hartenstein, Renate Jäger, Susanne Kastner, Siegrun Klemmer, Horst Kubatschka, Dr. Klaus Kübler, Dr. Uwe Küster, Klaus Lennartz, Ulrike Mehl, Jutta Müller (Völklingen), Manfred Reimann, Otto Schily, Karl-Heinz Schröter, Ernst Schwanhold, Bodo Seidenthal, Dr. Peter Struck, Hans Georg Wagner, Wolfgang Weiermann, Dr. Axel Wernitz, Hans-Ulrich Klose und der Fraktion der SPD

Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle Morsleben

Seit 27 Jahren werden in der Bundesrepublik Deutschland Atomkraftwerke betrieben, ohne daß das Problem der Entsorgung bislang gelöst werden konnte. Auch heute ist kein Konzept einer gesicherten Lagerung radioaktiver Abfälle in Sicht. Von den zwei zur Diskussion stehenden Alternativen „Wiederaufbereitung oder Endlagerung" hat sich inzwischen die Wiederaufbereitung als nicht gangbar erwiesen. So hat nach sorgfältiger Analyse kürzlich auch der Bundesrechnungshof die Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen als „wirtschaftlich nicht vertretbar" bezeichnet.

Die dauerhafte Endlagerung radioaktiver Abfälle verbleibt daher als einzige Möglichkeit der Entsorgung. Seit langem ist die Bundesregierung auf der Suche nach einem geeigneten Standort für ein Endlager. Sie sieht sich dabei mit massiven technischen Problemen und dem erheblichen Widerstand der Bevölkerung konfrontiert. Mit der deutschen Wiedervereinigung hat sich diese Situation auf einem Teilgebiet scheinbar verändert: Die Bundesregierung hat von der DDR das Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle in Morsleben (ERAM) übernommen.

Der Standort Morsleben birgt jedoch eine Vielzahl rechtlicher und technischer Probleme. Das ERAM erhielt seine Betriebsgenehmigung bis zum 30. Juni 2000 ohne Beteiligung der Öffentlichkeit und ohne Umweltverträglichkeitsprüfung. Das ERAM weist zudem gravierende Sicherheitsmängel auf. In einem Gutachten für die Reaktorsicherheitskommission wurde u. a. auf Wasserzuflüsse auf dem Deckgebirge hingewiesen, die die Sicherheit des Endlagers in Frage stellen.

Morsleben-Netzwerk | Karl-Schmidt-Str. 4 | 39104 Magdeburg | 01 62-860 89 49 | kontakt@morsleben-stillegung.de | www.morsleben-stillegung.de

Morsleben-Netzwerk | Karl-Schmidt-Str. 4 | 39104 Magdeburg | 01 62-860 89 49 | kontakt@morsleben-stillegung.de | www.morsleben-stillegung.de

Morsleben-Netzwerk | Karl-Schmidt-Str. 4 | 39104 Magdeburg | 01 62-860 89 49 | kontakt@morsleben-stillegung.de | www.morsleben-stillegung.de

Greenpeace
verpeace
Dich

20 3 2004

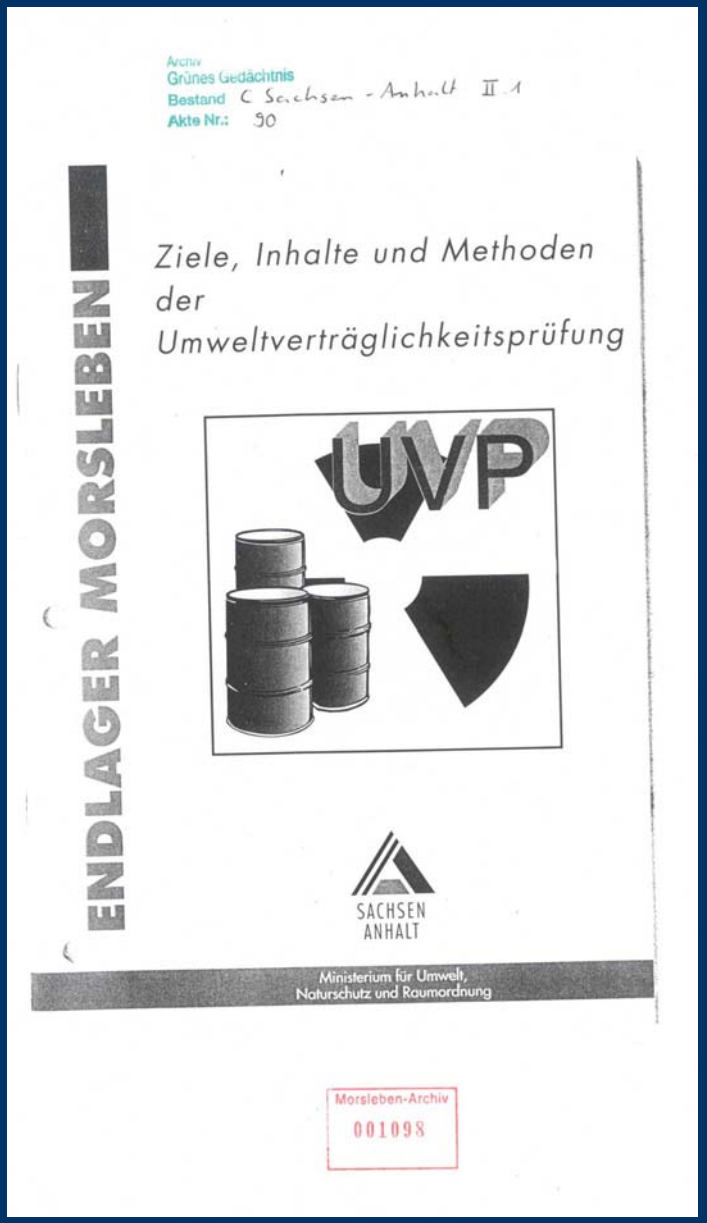
Ausgang
Ausgang
Anmeldung
Speiseraum
Zytapherese
9 9 2004

Ausgang
WC
9 9 2004

Morsleben-Netzwerk | Karl-Schmidt-Str. 4 | 39104 Magdeburg | 01 62-860 89 49 | kontakt@morsleben-stillegung.de | www.morsleben-stillegung.de

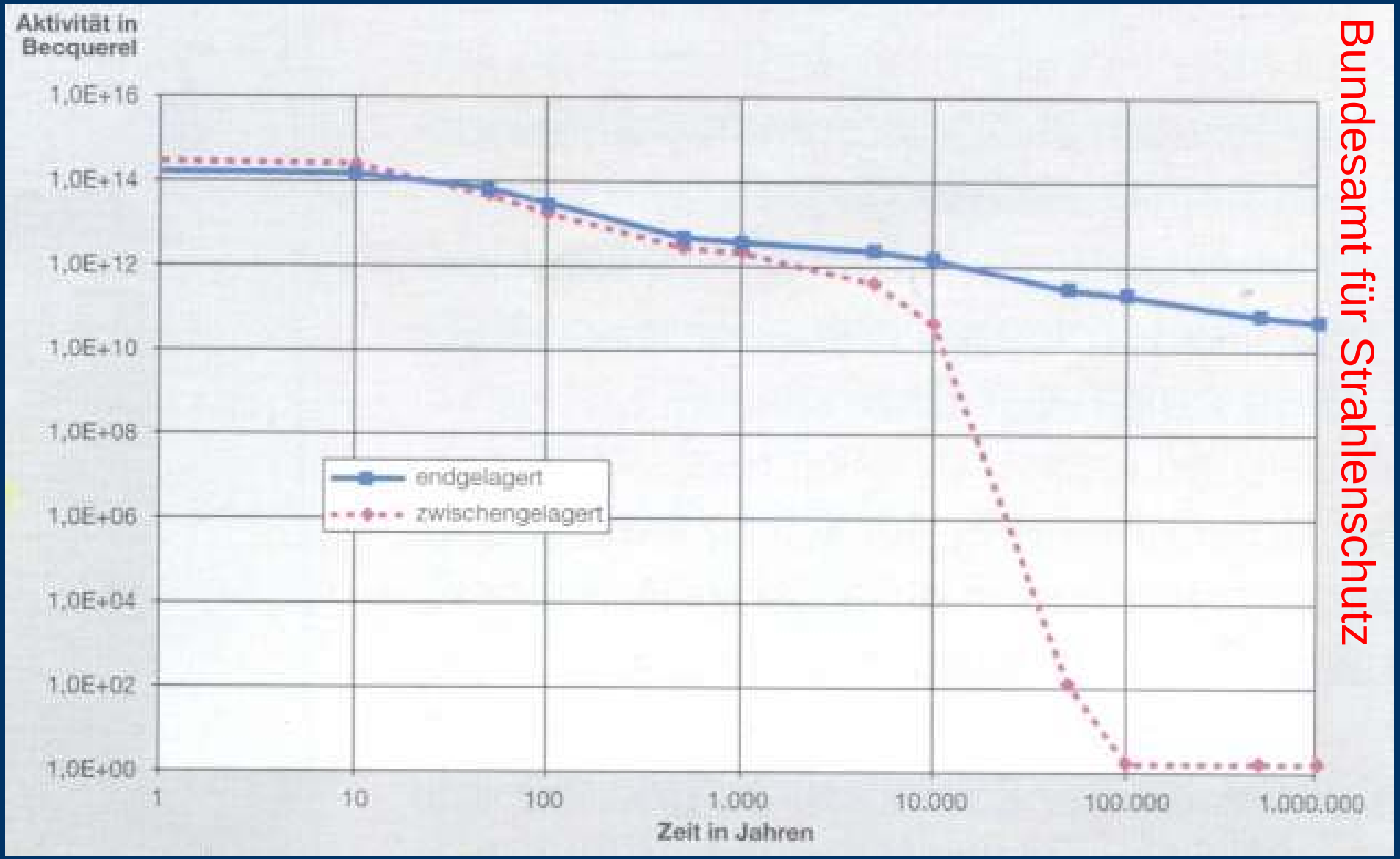
Morsleben-Netzwerk | Karl-Schmidt-Str. 4 | 39104 Magdeburg | 01 62-860 89 49 | kontakt@morsleben-stillegung.de | www.morsleben-stillegung.de

Stillegung – aber wie?



- Planfeststellungsverfahren (PV) zur Stillegung – erster Antrag 1992
- Konkretisierung des Antrags und Scopingtermin 1997
- ursprünglich PV-Beschluss für 2000 geplant
- jetzt: noch immer nicht die nötigen Unterlagen eingereicht => Stillegung verzögert sich

Morsleben-Netzwerk | Karl-Schmidt-Str. 4 | 39104 Magdeburg | 01 62-860 89 49 | kontakt@morsleben-stillegung.de | www.morsleben-stillegung.de



Bundesamt für Strahlenschutz

Stillegungsvarianten

- Stehen- und Absaufenlassen
- Flutung mit Salzlösung (DDR-Konzept)
- Kapselung im nahen Umfeld der Einlagerungsbereiche
- Porenspeicherkonzept
- Verfüllung und Abdichtung im weiteren Umfeld sowie vollständige Verfüllung (BfS-Konzept)
- Rückholung des Atommülls
- Offenhaltungsbetrieb (kompatibel)

Morsleben-Netzwerk | Karl-Schmidt-Str. 4 | 39104 Magdeburg | 01 62-860 89 49 | kontakt@morsleben-stillegung.de | www.morsleben-stillegung.de

Konflikte im Stillegungsverfahren

- BfS ist nicht bereit, Gutachten und alle Untersuchungen sofort zu veröffentlichen
- BfS will außerhalb des Beteiligungsverfahrens im PV keine Zwischenberichte bereitstellen
- die Untersuchung alternativer Konzepte wie der Rückholung oder des Offenhaltungsbetriebes werden nicht vorgenommen
- BfS bringt einerseits Stillegung nicht voran und schafft andererseits Tatsachen unter Ausschluss der Öffentlichkeit

Morsleben-Netzwerk | Karl-Schmidt-Str. 4 | 39104 Magdeburg | 01 62-860 89 49 | kontakt@morsleben-stillegung.de | www.morsleben-stillegung.de

weitergehende Forderungen

- keine Verschleppung des Stillegungsverfahrens
- klare Mitbestimmungsrechte für die durch das Endlager betroffenen Menschen – pseudo-Beteiligung im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens genügt nicht
- Öffentlichkeit muss aktiv in einen Diskurs über die Zukunft des ERAM einbezogen werden; rein theoretischer Informationszugang ist nicht ausreichend

Morsleben-Netzwerk | Karl-Schmidt-Str. 4 | 39104 Magdeburg | 01 62-860 89 49 | kontakt@morsleben-stillegung.de | www.morsleben-stillegung.de

was tun?

- mithelfen beim Recherchieren (Greenkids-Forschungsprojekt)
- politischen Druck auf die verantwortlichen Behörden ausüben
- Unterschriften für die Forderungen des Morsleben-Netzwerks sammeln
- Morsleben-Netzwerk mit Spenden unterstützen
- selbst Aktionen machen und sich organisieren

Morsleben-Netzwerk | Karl-Schmidt-Str. 4 | 39104 Magdeburg | 01 62-860 89 49 | kontakt@morsleben-stillegung.de | www.morsleben-stillegung.de